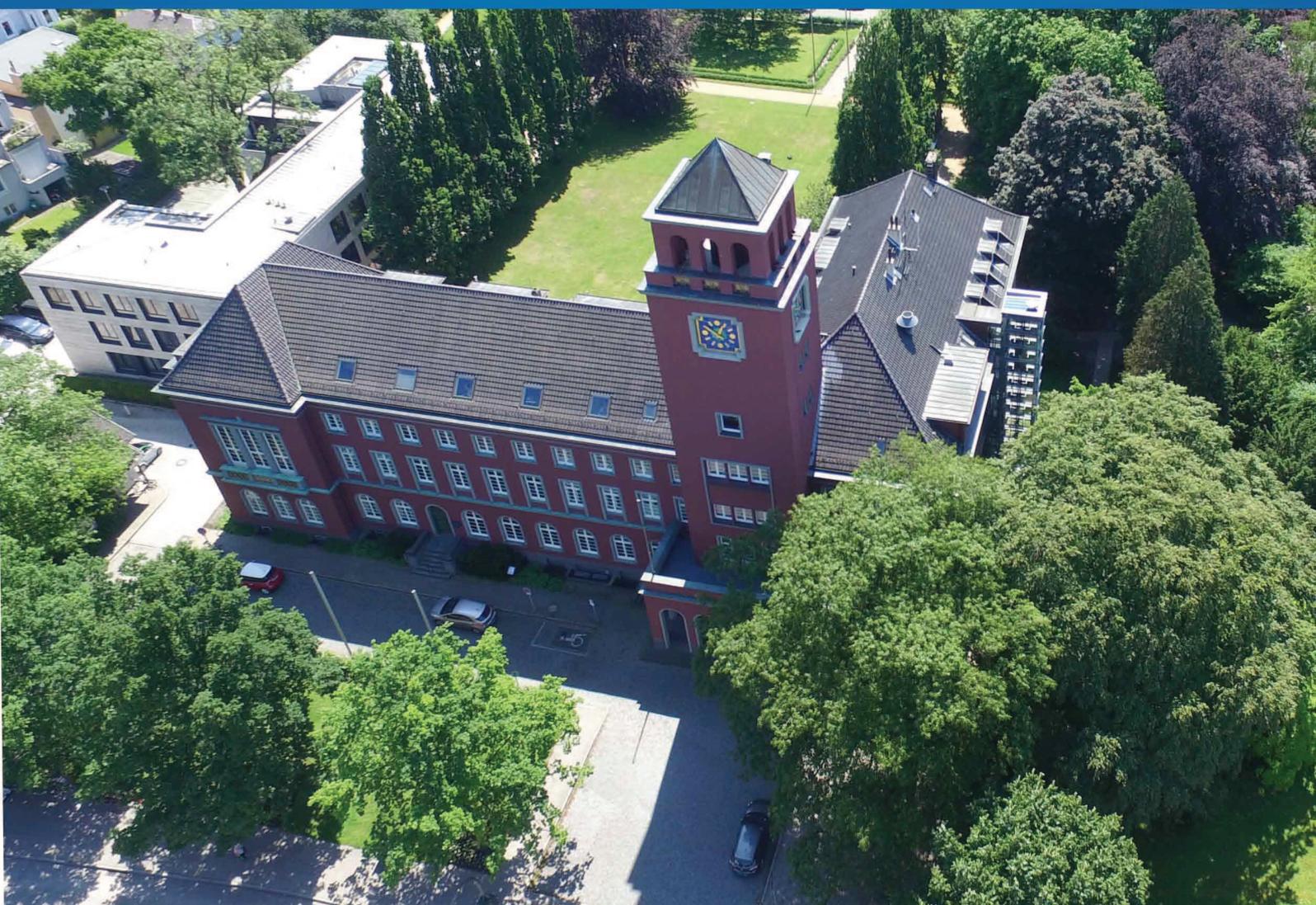


Wo in Hamburg die Sonne aufgeht!

# Tätigkeitsbericht

des Bezirksamtes Bergedorf für das Jahr 2016



[www.bergedorf.hamburg.de](http://www.bergedorf.hamburg.de)

HAMBURG  
BERGEDORF

**Freie und Hansestadt Hamburg**

**Drucksache 20-1196**

**Bezirksamt Bergedorf**

**T Ä T I G K E I T S B E R I C H T**

**D E S**

**B E Z I R K S A M T E S B E R G E D O R F**

**BERICHTSJAHR 2 0 1 6**

**(37. Fortschreibung)**



## VORWORT

Das Bezirksamt legt mit dieser Ausgabe seinen Tätigkeitsbericht 2016 vor, um damit wie in den Vorjahren auch über die Arbeit des vergangenen Jahres durch Zahlen, Daten und Fakten zu informieren.

Diese Informationen sollen Interessierte einladen, sich mit der Arbeit und der Entwicklung des Bezirksamtes zu befassen, die mit den jährlichen Tätigkeitsberichten nun schon zum 37. Mal dokumentiert werden.

Wir fordern erneut zur Aufgabenkritik auf und freuen uns über Anregungen, die der Arbeit des Amtes dienen könnten.

Arne Dornquast

Bezirksamtsleiter



## INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
<b>1. Bergedorfer Museumslandschaft</b>	<b>5</b>
Museum für Bergedorf und die Vierlande	5
Freilichtmuseum Rieck Haus	6
Hamburger Sternwarte	7
Lichtwarkausschuss	8
<b>2. Gleichstellung</b>	<b>9</b>
<b>3. Dezernat Steuerung und Service</b>	
3.1 Interner Service	10
Gremienbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit,	10
Gebäudemanagement,	11
Katastrophenschutz,	12
3.2 Personalservice	13
3.3 Ressourcensteuerung	15
Haushalt und Controlling	15
Organisation und IT-Angelegenheiten	15
3.4 Rechtsamt	16
<b>4. Dezernat Bürgerservice</b>	
4.1 Fachamt Einwohnerwesen	19
Einwohnerdaten	20
Ausländerangelegenheiten	21
4.2 Fachamt Personenstandswesen	21
<b>5. Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit</b>	
5.1 Fachamt Grundsicherung und Soziales Dienstleistungszentrum	23
Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei	
dauerhafter voller Erwerbsminderung, Asylbewerberleistungen	23
Leistungen der Hilfe zur Pflege, Bezirkliche Seniorenberatung, Pflegefachkraft	
und Pflegestützpunkt	24
Fachstelle für Wohnungsnotfälle	25
Wohngeld	25
Elterngeld	25
Unterhaltssicherung	26
5.2 Fachamt Sozialraummangement	27
Integrierte Stadtteilentwicklung	27
Integrierte Sozialplanung	30
Steuerung, Finanzabwicklung, Stadtteilkultur	34
Kommunale Einrichtungen zur Förderung der Erziehung in der Familie	34
Sportangelegenheiten	36



5.3	Fachamt Jugend- und Familienhilfe	37
	Übergreifende Planung und Steuerung	37
	Koordinatorin für Kinderschutz	38
	Qualitätsmanagement,	38
	Allgemeiner Sozialer Dienst	38
	Projekte	39
	Gewaltprävention im Kindesalter	39
	Pflegekinderdienst	40
	Amtsvormundschaft / Beistandschaft	40
	Kindertagesbetreuung	41
	Unterhaltsvorschuss	41
5.4	Fachamt Gesundheit	42
	Kommunales Gesundheitsförderungsmanagement	43
	Sozialpsychiatrischer Dienst	43
	Beratungsstelle für körperbehinderte Menschen	44
	Jugendpsychiatrischer Dienst	44
	Kinder- und Jugendgesundheitsdienst	45
	Schulärztlicher Dienst	45
	Schulzahnärztlicher Dienst	46
	Mütterberatung	46
	Mitarbeit der Mütterberatung in den Familienteams	47
	Projekt „Einladungswesen U6/U7“	48
	Gesundheitsschutz	48
	Wohn-Pflege-Aufsicht	49
<b>6.</b>	<b>Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt</b>	<b>51</b>
6.1	Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung	51
	Übergeordnete Planung	53
	Bebauungsplanung	55
	Landschaftsplanung	57
6.2	Fachamt Management des öffentlichen Raumes	58
	Straßen- und Tiefbauprojekte	58
	Unterhaltungsmaßnahmen Straßen und Wege	59
	Unterhaltungsmaßnahmen Grün	59
	Forstprojekte	59
	Wasserwirtschaftliche Maßnahmen	60
	Landschaftsbauprojekte	60
	Ordnungswidrigkeiten und Ermittlungen	60
6.3	Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt	63
	Gewerberecht, Marktwesen, Lebensmittelüberwachung	63
	Lebensmittelüberwachung und Marktwesen	66
	Veterinärwesen	68
	Technischer Umweltschutz	71
6.4	Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt (WBZ)	72
	Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing	73
	Bauaufsicht	74
	Service und Verwaltung	76
	Umwelt	77



## **1. Bergedorfer Museumslandschaft (MB)**

	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Beschäftigungsvolumen	9,37	8,62	10,06

### **a) Organisation und Aufgaben**

Die Museumslandschaft betreut das Museum für Bergedorf und die Vierlande, das Freilichtmuseum Rieck Haus, das Besucherzentrum an der Hamburger Sternwarte und den 'Lichtwarkausschuss'. Außerdem koordiniert sie das Geschichtsmarketing des Bezirksamtes und vertritt die Bergedorfer Kultur- und Geschichtseinrichtungen in der Lenkungsgruppe Tourismus.

In ihren Museen fördert die Museumslandschaft mit Ausstellungen, Veranstaltungen und Publikationen das Verständnis der historischen und gegenwärtigen Entwicklung von Stadt und Land im Bezirk Bergedorf. Im Zentrum stehen dabei die Besucherorientierung und Partizipation der Bevölkerung und Besucher. Ein Teil der Partizipation erfolgt über den Museumsbeirat, der den Museumsvorstand – bestehend aus Museumsleitung, Bezirksamtsleitung und einem Abgeordneten des Beirats – in Fragen der Ausstellungs- und Veranstaltungsplanung berät.

In der Sternwarte ermöglicht das Besucherzentrum mit den dortigen Vertragspartnern Besuchern die Teilnahme an astronomischen und historischen Führungen. Die Museumslandschaft koordiniert und leitet den sogenannten „Runden Tisch Sternwarte“, der die Interessen der beteiligten Gruppen mit Blick auf die Öffentlichkeitsarbeit und die Öffnung der Sternwarte für den Besucherbetrieb zusammenführt. Der Runde Tisch tagte 2016 viermal.

Der Lichtwark-Ausschuss organisiert und betreut den Jugendtheaterwettbewerb in Bergedorf und den Jugendmusikantenwettbewerb gemeinsam mit der Staatlichen Musikschule Hamburg.

### **b) Tätigkeiten und Besuchszahlen der Museen**

#### **Museum für Bergedorf und die Vierlande**

##### **Ausstellungen**

Im Jahr 2016 hat die Bergedorfer Museumslandschaft im Bergedorfer Schloss fünf Sonderausstellungen gezeigt. Zwei davon waren selbst kuratiert, drei waren Bürgerausstellungen im Rahmen des Mitmachmuseums:

##### **Kriegsschauplatz Ostafrika: Ein Bergedorfer im Ersten Weltkrieg**

Laufzeit: 15. November 2015 – 30. Juni 2016

kuratiert von der Bergedorfer Museumslandschaft

##### **Carl Lindemann: Maler auf drei Kontinenten**

Laufzeit: 15. November 2015 – 30. Juni 2016

kuratiert von Ulrike Badstuber, initiiert vom Seniorenbeirat

##### **Vierte Kunstschau Bergedorf**

2. - 18. September 2016

initiiert und kuratiert von den Künstlern der Bergedorfer Kunstschau



### **A Feast for the Eyes - Ein Augenschmaus**

2. Oktober 2016 - 29. Januar 2017

Initiiert und kuratiert von Brigitte und Azzudin Shahabudin

### **ansichtssache. Bergedorfmotive auf der Postkarte**

18. November 2016 – 30. Juni 2017

kuratiert von der Bergedorfer Museumslandschaft

## **Veranstaltungen**

Zu den großen Ausstellungen „Kriegsschauplatz Ostafrika“ und „ansichtssache“ hat die Museumslandschaft ein umfangreiches Begleitprogramm angeboten. Im Rahmen des Mitmach-Museums haben Bergedorfer Bürger weitere Veranstaltungsformate etabliert: Helmuth Sturmhoebel die „Bergedorfer Schlosskonzerte“, Thomas Graff die Matinee „Überraschendes unter Bergedorfs Dächern“ und Huug van't Hoff und Ella Marouche den „Bergedorfer Schlossschreiber/ Hamburger Gast.“

Daneben gab es verschiedene Einzel- und Serienveranstaltungen für Erwachsene und Kinder. Einen Teil der Schloss-Veranstaltungen hat der Verein der Freunde des Museums für Bergedorf und die Vierlande e.V. finanziell bezuschusst.

Sanierungsbedingt war der Ausstellungs-, Veranstaltungs- und Vermietungsbetrieb im Schloss zeitweise eingestellt oder eingeschränkt.

<b>Besuchszahlen</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Besucher im Schloss	13.339	14.448	13.120
davon Besucher von Kulturveranstaltungen und Führungen	3.286	5.073	5.801
Zusätzliche Besucher bei Privatvermietungen (Hochzeiten, Vorträge)	2.497	3.347	2.586

## **Freilichtmuseum Rieck Haus**

### **Ausstellungen**

Im Rieck Haus gab es 2016 eine bürgerkuratierte Sonderausstellung in der Scheune:

### **Leben auf dem Lande 1950 - 1980**

Blick in private Fotoalben aus den Vier- und Marschlanden

5. März bis 18. September 2016

initiiert und kuratiert vom Heimatverein De Latücht

### **Veranstaltungen**

Das Freilichtmuseum Rieck Haus hat monatlich gemeinsam mit dem Kooperationspartner Vierländer Ewer e.V. Museumstörns vom Schloss zum Rieck Haus mit Führungen in beiden Häusern angeboten. Einmal im Monat haben sich ganzjährig die von Elke Marx ins Leben gerufenen Rieck-Haus Plattsnacker getroffen. Ebenfalls monatlich hat das Museum die Sonntagskinder angeboten und im Sommer das Kinderferienprogramm. Beide Kinderprogramme hat der Verein Freundeskreis Rieck Haus e.V. finanziell bezuschusst. Der Freundeskreis Rieck Haus e.V. hat das Erdbeerfest und die Lange Nacht der Museen sowie einen Backtag für Kinder und die Handarbeitstage organisiert.



Sanierungsbedingt hat das Rieck Haus bereits Mitte September statt zum 1. November geschlossen.

<b>Besuchszahlen</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Besucher im Freilichtmuseum Rieck Haus	9.494	11.752	9.065
davon Besucher von Kulturveranstaltungen und Führungen	5.916	5.647	4.644

## Hamburger Sternwarte

Die Hamburger Sternwarte bietet gemeinsam mit dem Förderverein Hamburger Sternwarte e.V. offene und geschlossene Führungen und Rundgänge über das Gelände der Sternwarte an und koordiniert Vortragsreihen, Kulturabende und andere Veranstaltungen.

<b>Besuchszahlen</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Café und Gelände der Hamburger Sternwarte	15.000	19.000	19.000
Besucher individueller Führungen	1.300	1.500	2.300*
Besucher von Kulturveranstaltungen	3.280	4.100	9.850**
Besucher bei Privatvermietungen	5.400	6.000	5.000

\* Individuelle und Offene Wochenendführungen

\*\* Astro- und Kulturveranstaltungen

## Dokumentation

Die Bergedorfer Museumslandschaft nimmt seit März 2016 am Inventarisierungsprojekt der Freien und Hansestadt Hamburg teil. Eine Dokumentarin erfasst im Rahmen des Projekts bisher unerschlossene Bestände der Museumssammlung.

Bei der Erschließung der Museumsobjekte haben 2016 wie in den Vorjahren viele ehrenamtliche Mitarbeiter mitgewirkt, die in der Regel einmal wöchentlich mit der festangestellten Dokumentarin an den Sammlungsbeständen arbeiten.

### c) Dachmarke Museumslandschaft

Das Fachamt Museumslandschaft hat die Arbeitsgruppe „Museums- und Kulturlandschaft Bergedorf“ initiiert und koordiniert regelmäßige offene Treffen der kulturell und historisch tätigen Institutionen in Bergedorf. Die Akteure entwickeln gemeinsame PR-Strategien und planen gemeinsame Veranstaltungsangebote, um Bergedorfs Kulturangebot in Bergedorf, der Region und über die Region hinaus bekannter zu machen.

2016 hat die Arbeitsgruppe am 28. und 29. Mai das Kulturwochenende „KuLaBe“ organisiert, an dem 24 Kultureinrichtungen Programm und Besichtigungen bei einem gemeinsamen Ticket für alle Einrichtungen angeboten haben. Das erste KuLaBe hat 508 Tickets verkauft und 3067 Besuche gezählt. Jeder Besucher hat durchschnittlich sechs Kultureinrichtungen besucht. Die Veranstaltung KuLaBe ist im Zweijahrerhythmus geplant, die Vorarbeiten für das KuLaBe 2018 sind schon angelaufen.

Beteiligte Orte 2016 waren: die Bergedorfer Mühle, das Deutsche Maler- und Lackierermuseum, das Freilichtmuseum Rieck Haus, die Hamburger Sternwarte, die Hasse-Aula, der Hafenkran, Hof Eggers in der Ohe, KOKUS, das Künstlerhaus Möörkenweg, das Künstlerhaus Südbahnhof, die KZ-Gedenkstätte Neuengamme, das Mahnmal zum Gedenken an Zwangsarbeiter, das Museum für Bergedorf und die Vierlande, die Sammlung de Weryha, die SkulpturenLandschaft, der



Vierländer Ewer e.V., die Dreieinigkeitskirche zu Allermöhe Reitbrook, St. Johannis zu Curslack, St. Johannis zu Neuengamme, St. Nicolai zu Altengamme, St. Nikolai zu Billwerder, St. Nikolai zu Moorfleet, St. Pankratius zu Ochsenwerder und St. Severini zu Kirchwerder. Beteiligte Akteure waren die Mitarbeiter der Einrichtungen sowie zahlreiche ehrenamtlich tätige Vorleser oder Musiker wie die Bergedorfer Liedertafel, die Serrahner, 6pac, Nomi & Mac, die Lola-Band, die Deichspatzen und Schüler von Musikschulen.

## d) Lichtwark-Ausschuss

### Jugendmusikantenwettbewerb

Rund 140 junge Musikerinnen und Musiker aus dem gesamten norddeutschen Raum wetteiferten an den 2 Wochenenden des 53. Bergedorfer Jugendmusikantenwettstreits um gute Plätze. Höhepunkt war das abschließende Preisträgerkonzert. Die Oscar und Vera-Ritter-Stiftung ermöglichte durch ihre großzügige Spende erneut die Vergabe von Preisen in Form von Musikalien-Gutscheinen.

### Jugend-Theatertage

An den 37. Bergedorfer Jugendtheatertagen haben acht Theatergruppen teilgenommen, deren Aufführungen eine ehrenamtlich arbeitende Jury bewertet hat. Der Wettbewerb wurde erneut finanziell und persönlich durch die Freunde des Theaters Haus im Park unterstützt.

Der Theaterbetrieb hat in der abgelaufenen Saison weiterhin sein hohes Niveau an Besucherzuspruch gehalten.

<b>Spielzeit</b>	<b>12/13</b>	<b>13/14</b>	<b>14/15</b>	<b>15/16</b>
Anzahl der Veranstaltungen	44	44	46	52
Anzahl der Abonnenten	867	872	829	816
Anzahl der Besucher	14.133	14.746	15.626	16.786
Auslastung der Veranstaltungen	75,1	78,3	82,71	79,8



## 2. Gleichstellung (GB)

	2014	2015	2016
Beschäftigungsvolumen		0,25	0,25

### Aufgabe und Entwicklung im Jahr 2016

Das Gesetz zur Neuregelung des Hamburgischen Gleichstellungsrechtes im öffentlichen Dienst dient der Gleichstellung von Frauen und Männern sowie der Beseitigung bestehender und der Verhinderung künftiger Nachteile auf Grund des Geschlechts im Geltungsbereich des Gesetzes. Das Gesetz untergliedert sich in Maßnahmen zur Gleichstellung von Männern und Frauen, sowie auch der Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Gleichfalls sind auch die Erstellung eines Gleichstellungsplans sowie das Verfahren zur Erstellung dieses Planes gesetzlich geregelt. Zudem ist die Gleichstellungsbeauftragte über alle personellen, sozialen und organisatorischen Maßnahmen, die die Gleichstellung von Frauen und Männern und die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit betreffen, zu unterrichten.

Dies vorangeschickt, hat die Gleichstellungsbeauftragte im Berichtszeitraum alle Personalauswahlverfahren, davon 13 aktiv durch ihre Teilnahme an Vorauswahl und/oder Auswahlgesprächen, begleitet.

Unter Federführung des Personalservices hat die Gleichstellungsbeauftragte die Erstellung des für vier Jahre gültigen und ab 01. Januar 2017 wirksamen Gleichstellungsplanes des Bezirksamtes Bergedorf begleitet. Die Beschäftigten hatten zuvor die Möglichkeit auf einer Informationsveranstaltung rund um das Thema Gleichstellung im August des Berichtsjahres, zu der die Gleichstellungsbeauftragten alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingeladen hatten, Anregungen zur Schwerpunktsetzung des Gleichstellungsplans zu geben, damit diese im Gleichstellungsplan entsprechend Berücksichtigung finden konnten.

Darüber hinaus besteht eine Kernaufgabe der Gleichstellungsbeauftragten darin, Beschäftigte in Fragen der Gleichstellung von Männern und Frauen sowie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf umfassend zu beraten und erforderlichenfalls zu unterstützen.



### 3. DEZERNAT STEUERUNG UND SERVICE

	2014	2015	2016
Beschäftigungsvolumen	51,49	49,59	54,86
betreute Fachausschüsse	Bezirksversammlung, Hauptausschuss, Regionalausschuss und andere Fachausschüsse		

#### 1.1. Interner Service

	2014	2015	2016
Beschäftigungsvolumen	22,16	19,73	20,89

### Aufgaben und Entwicklung in 2016

#### Gremienbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit

	2014	2015	2016
Anzahl der zu betreuenden ehrenamtlichen Gremien	16	16	17
Anzahl der Sitzungen der Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse	131	125	139
Anzahl der der Bezirksversammlung vorgelegten Drucksachen	652	715	665
Anzahl der Beiträge/Stellungnahmen zu Drucksachen der Bezirksversammlung und deren Fachausschüsse	309	302	319
Aufwendungen für Bezirksabgeordnete und Fraktionen	806.519	708.942	773.325
Eingaben an die Bezirksversammlung	21	25	15
Eingaben an die Bezirksamtsleitung	61	93	96

Schwerpunktt Themen der Hauptausschuss-Eingaben sind nach wie vor Verkehrsangelegenheiten. Die Eingaben an die Bezirksamtsleitung betreffen neben Bau- und Verkehrsangelegenheiten aktuell auch das Thema Flüchtlinge.

Neben der Ausschuss begleitenden Tätigkeit wurden 2016 folgende besondere Maßnahmen durchgeführt:

- Durchführung des Bürgerbegehrens „Bergedorf für gute Integration“
- Unterschriftenprüfung für die Volkspetition „Verbot für die Zurschaustellung von lebenden Tieren auf dem Hamburger Dom“
- Optimierung des Post austausches
- Organisation des Helfertags
- Teilnahme am Tag des offenen Denkmals



## Ehrungen

	2014	2015	2016
Eiserne-, Diamantene-, Goldene-, Gnadenhochzeit	10	6	6
90., 100. und jeder weitere Geburtstag über 100	281	294	297

Zu den 90. Geburtstagen und den Geburtstagen über 100 verschickt die Senatskanzlei Glückwunschkarten.

Die Ehrungen zu den 100. Geburtstagen werden vom Bezirksamt persönlich vorgenommen. Auf Wunsch übermittelt das Bezirksamt Gratulationen bei Ehejubiläen.

## Interner Service und Katastrophenschutz

### Aufgabe und Entwicklung in 2016

Das Kalenderjahr 2016 wurde durch mehrere Personalwechsel stark geprägt.

Einen großen Anteil der Arbeit im Jahr 2016 nahmen besonders im 1. Quartal die Organisation und Koordination der Flüchtlinge in Anspruch.

Darüber hinaus wurde jährlich in den Projekten OptiFM (Optimierung des Facility Managements) und dienstliche Mobilität intensiv mitgearbeitet. Beide Projekte sollen zu einer Optimierung der Aufgabenwahrnehmung innerhalb der Abteilung und des Bezirksamtes insgesamt führen.

## Gebäudemanagement

IS	Einheit	2015	2016
Gesamtmietfläche	qm	14.651	14.651
Anzahl Nutzer	MA	445	418
Mietkosten Dienstgebäude € / qm pro Monat <sup>1</sup>	Euro	9,48	9,33
Mietkosten Dienstgebäude € / Nutzer pro Monat	Euro	311,97	392,22
Betriebskosten Dienstgebäude € / qm pro Monat	Euro	5,51	4,73
Betriebskosten Dienstgebäude € / Nutzer pro Monat	Euro	181,28	164,84

In dieser Berechnung sind die von IS betreuten Dienstgebäude Wentorfer Straße 30,38,40, 42, Chrysanderstraße 2d und Weidenbaumsweg 21 enthalten. Die Mietkosten entsprechen der



tatsächlich gezahlten Kaltmiete 2016. Die Betriebskosten enthalten sämtliche Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten für die benannten Objekte.

#### **Weitere Arbeitsfelder:**

- Umsetzung Bau Feuertreppe Heckkaten
- Büroerweiterung im Jugendamt
- Fertigstellung Schließanlage Fahrradparkhaus
- Gründung AG Raumluft und Fragebogen
- Vergabe und Baugenehmigung Fahrradwerkstatt Bockhorster Weg
- Ausschreibung Reinigung Dienstleistungszentrum
- Entwicklung und Umsetzung dienstliche Mobilität mit dem Fahrrad

#### **Zentrale Fachaufgabe Katastrophenschutz**

Am 11. November 2016 fand eine praktische Deichverteidigungsübung in Kombination mit einer Kommunikationsübung mit dem ZKD im Zeitraum von 14 – ca. 22 Uhr statt. Trainiert wurden in der Hauptsache die technischen Fertigkeiten der Deichverteidigung und das Zusammenspiel mit den Technischen Einsatzleitungen (TEL-DV). Zusätzlich wurde im Rahmen dieser Übung auch die Kommunikation zwischen den Technischen Einsatzleitungen (TEL/DV) und dem RKD sowie als besondere Herausforderung dem ZKD geprobt. Die Übungsziele wurden in vollem Umfang erreicht.

Darüber hinaus beteiligte sich das Fachamt maßgeblich an den Planungen für die Einrichtung und Betreuung einer Notfallstation. Als Referenzobjekt wurde die im Bezirk Bergedorf befindliche Gewerbeschule G 19 am Billwerder Billdeich ausgewählt.

Der neu eingerichtete Stabsbereich 5 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wurde konkret geplant. Funktionen und Zuständigkeiten abgestimmt und Inhalte erarbeitet.

Bei 9 Schulungsterminen wurden insgesamt 16 Mitarbeiter des RKD fortgebildet und in ihre Aufgaben eingewiesen, sowie z.T. mit für ihre Tätigkeit im RKD notwendiger Software vertraut gemacht.

<b>Katastrophenschutz</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Anzahl der Katastrophenschutzübungen	2	2	2
Anzahl der Schulungen	11	6	9
Anzahl der Einsätze	0	1	1



## 1.2 Fachamt Personalservice (PS)

	2014	2015	2016
Beschäftigungsvolumen	6,5	6,75	7,05

### Aufgaben und Entwicklung in 2016

Das Fachamt Personalservice (PS) vertritt die Arbeitgeberinteressen und berät die Behördenleitung, die Fachämter sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen personellen Fragen.

Im Jahr 2016 war die Personalrekrutierung wieder einmal ein besonderer Schwerpunkt.

Die Zahl der Einstellungsverfahren ist gegenüber 2014 um rd. 80% gestiegen. In 2014 wurden 35 Einstellungsverfahren durchgeführt, in 2015 59 Verfahren und in 2016 63 Verfahren. Um der gestiegene Anzahl und höheren rechtlichen Anforderungen an Auswahlverfahren gerecht zu werden, wurden neue Abläufe definiert, neue Arbeitshilfen erstellt und weitere Verbesserungen der Bewerberverwaltung und der Dokumentation der Auswahlverfahren vorgenommen. Schwerpunkte der Personalrekrutierung waren der Allgemeine Sozialen Dienst (ASD) sowie die Einstellung von Ingenieurinnen und Ingenieuren im Rahmen der Kampagne „Hamburg wächst“.

Zum 1. September 2016 wurde im Bezirksamt Bergedorf die elektronische Zeiterfassung **eZeit** eingeführt und damit die Papier-Stempelkarte abgelöst. Das Bezirksamt Bergedorf ist das erste von sieben Bezirksamtern, das diese Umstellung als bezirklicher Pilotanwender durchgeführt hat. Darüber hinaus ist das Bezirksamt Bergedorf die erste Organisationseinheit der FHH, die eine neue **eZeit**-Oberfläche mit erweiterten Bedienungsmöglichkeiten eingeführt hat. Neben der Grundfunktion der Arbeitszeiterfassung konnten mit dem Programm elektronische Workflows für die Genehmigung von Urlaub, Freizeitausgleich oder Sonderdiensten implementiert werden. Im ersten Halbjahr 2016 wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch regelmäßige Newsletter informiert, es wurde parallel eine neue Dienstvereinbarung mit dem Personalrat verhandelt und kurz vor der Einführung fanden insgesamt fünf Informationsveranstaltungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter statt.

In 2016 wurden für sämtliche Vorgesetzte Inhouse-Schulungen zum Thema Arbeitszeit durchgeführt.

Die Fehlzeitenquote im Bezirksamt ist 2016 angestiegen. Sie betrug in 2016 8,5 % (Vorjahr 7,6 %), damit liegt das Bezirksamt zum ersten Mal leicht über der für die gesamte FHH ermittelten Fehlzeitenquote von 8,0 %. Neben dem Angebot zur „Mobilen Massage“ (das in 2016 von insgesamt 40 Beschäftigten genutzt wurde) sollen für die Zukunft weitere Maßnahmen der Betrieblichen Gesundheitsförderung geprüft werden.

Gemeinsam mit der Gleichstellungsbeauftragten und dem Personalrat wurde der neue Gleichstellungsplan geschrieben, der zum 01. Januar 2017 in Kraft trat. In 2016 wurde dem Bezirksamt Bergedorf zudem wegen seiner guten Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie erneut das Hamburger Familiensiegel verliehen.

Im Rahmen der Personalentwicklung wurden auch in 2016 Informationsgespräche mit neuen Vorgesetzten geführt, sowie Teamentwicklungs- und Coachingmaßnahmen organisiert. Aufgrund etlicher Neueinstellungen von Beschäftigten ohne klassische Verwaltungsausbildung hat das Bezirksamt Bergedorf im Bereich der eigenen Fortbildung zwei ganztägige Veranstaltungen durchgeführt zu den Themen ‚Behördliche Arbeitstechniken‘ und ‚Verwaltungs-Know-how‘ mit insgesamt 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.



Das Bezirksamt hat sich in 2016 im Bereich Garten- und Landschaftsbau erfolgreich um insgesamt sieben Gärtner-Auszubildende gekümmert. Hier wurde zur Unterstützung der Auszubildenden die neue Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit in Form von ausbildungsbegleitenden Hilfen fortgeführt. Die Ausbildungszahlen für die Nachwuchskräfte (NWK) im Fachbereich Allgemeine Dienste sind in 2016 gestiegen. So wurden in 2016 im Bezirksamt insgesamt für 11 NWKe in der Laufbahngruppe 1 (Auszubildende zu Verwaltungsfachangestellten AzVA - ehem. mittlerer Dienst) und für 8 NWKe für das Eingangsamt der Laufbahngruppe 2 (Regierungsinspektoranwärter RIA - ehem. gehobener Dienst) Ausbildungsplätze bereitgestellt. Die übergreifende Betreuung für alle NWKe erfolgt durch den Personalservice, die praktische Ausbildung vor Ort in den einzelnen Fachdienststellen des Bezirksamtes. Auch im Personalservice selbst wurden wieder drei RIA praktisch ausgebildet. 20 Schülerinnen und Schülern wurde ein Betriebspraktikum im Bezirksamt ermöglicht, 14 Studierende absolvierten hier das für ihr Studium vorgesehene Pflichtpraktikum und im Rahmen von Eingliederungsmaßnahmen der Agentur für Arbeit konnte das Bezirksamt ein Praktikum ermöglichen. Das Bezirksamt Bergedorf hat sich in 2016 mit einem eigenen Programm am Girl's and Boy's day beteiligt und in diesem Rahmen 22 Kinder betreut.

<b>Kennzahlen</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Anzahl von Fortbildungstagen pro Beschäftigten	1,2	1,2	1,2
Ø Fortbildungsausgaben je Beschäftigten in €	71,9	72,0	72,2
Ø Krankenquote in %	7,1	7,6	8,5
Quote (in %) der Schwerbehinderten	11,5	10,7	*

<b>Das Bezirksamt beschäftigte</b>		<b>2014</b>	<b>2014</b>	<b>2016</b>
Beamte		139	140	144
davon (in %)	weiblich	65	65	67
	männlich	35	35	33
	teilzeitbeschäftigt	23	26	26
	beurlaubt o. ä.	3	2	2
Tarifbeschäftigte		381	416	413
davon (in %)	weiblich	62	65	62
	männlich	38	35	38
	teilzeitbeschäftigt	33	31	32
	davon weiblich	86	88	89
	davon männlich	14	12	11
	beurlaubt o. ä.	3	4	4
Geringfügig u. sonstige Beschäftigte		5	1	2
Auszubildende (gewerblich)		8**	8	9
Beschäftigte insgesamt		533	565	568
Honorarkräfte		204	244	188

\* Die Quote wird zentral vom Personalamt errechnet und liegt erst im Mai jeden Jahres vor.

\*\* Dauerhaft in der Ausbildung befanden sich 2014 bis zum 31.01.14 nur 7 und ab dem 01.08.14 nur 6 Azubis. In zwei Fällen kam es zur vorzeitigen Beendigung der Ausbildung.



### 1.3 Fachamt Ressourcensteuerung (RS)

#### Abteilung Haushalt und Controlling

	2014	2015	2016
Beschäftigungsvolumen	9,56	10,86	10,6

#### Aufgaben und Entwicklungen in 2016

Im ersten Halbjahr musste der erste „Doppik“-Jahresabschluss erstellt werden. Es wurden neben der Prüfung von Deckungsfähigkeiten und Mehrerlösverwendungen etliche aufwändige Buchungen durch die Berücksichtigung von mehreren Kontenbereichen sowie Erträge und Aufwände vorgenommen werden. Ebenso mussten im Rahmen des bilanziellen Abschlusses Rückstellungen, sonstige Verbindlichkeiten und die Wertberichtigungen auf Forderungen gebildet und berücksichtigt werden.

Auf dem 31.12. musste ebenfalls eine Inventur durchgeführt werden. Unter Beteiligung aller Fachämter wurden alle Vermögenswerte des Bezirksamtes und deren Ansätze überprüft. Neben Grundstücken, Gewässerflächen und Gebäuden, gehörte hierzu ebenfalls das bewegliche Anlagevermögen wie z.B. Kraftfahrzeuge.

Im Controlling-Bereich wurden - neben den monatlichen Abschlüssen der Kosten- und Leistungsrechnung - die internen Berichte für die Fachämter optimiert und weiter entwickelt. Die Quartalsabschlüsse und der umfangreichere Halbjahresabschluss für die Bürgerschaft konnten mit den Erfahrungen aus dem Vorjahr optimiert erstellt werden.

#### Organisation und IT-Angelegenheiten

	2014	2015	2016
Beschäftigungsvolumen	7,94	7,14	8,85

#### Aufgaben und Entwicklungen in 2016

Auch im Jahr 2016 waren leitungsunterstützende Aufgaben zu erledigen bzw. die Auswirkungen neuer Senatsentscheidungen zu begleiten und auszuwerten. Das neue Kooperationsmodell ein regelmäßiges Gespräch mit den Dezernaten des Bezirksamtes zu führen, ist in 2016 mit Leben gefüllt worden und hat sich in dieser Form bewährt.

Neubewertungen bzw. Überprüfungen tariflicher Eingruppierungen sowie von Dienstpostenbewertungen im Beamtenbereich sind auch in 2016 in einem erheblichen Umfang durchgeführt worden. Die Zuwanderungsthematik hat weiterhin die Arbeit deutlich geprägt. Es waren Stellen- und Budgetzuwächse im erheblichen Maße zu begleiten und mit umfänglicher Mehrarbeit bei



Bedarfsberechnungen, Stellenbewertungen, Stellenwirtschaft, Controlling, Abrechnungen und Raumbedarfsplanungen verbunden.

Auch die Zahl der parlamentarischen Anfragen lag 2016 in Fortsetzung des Niveaus aus dem Vorjahr spürbar höher, als in zurück liegenden Referenzzeiträumen. Zu den Antwortbeiträgen waren damit weiterhin vermehrt Auskünfte zu Ressourcenausstattungen des Bezirksamtes zu liefern.

In 2016 waren für das neue Verfahren für die Leistungskennzahlen im Vorbericht der Bezirksämter für den Haushaltsplan der FHH zu erheben. Gleichzeitig bestand weiterhin die Notwendigkeit das System fortzuentwickeln. Als Federführer für die Bereiche des Zentrums für Wirtschaft, Bauen und Umwelt sowie für das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung war die Ressourcensteuerung hier besonders gefordert und als Ansprechpartner für alle Fachämter im Rahmen der Querschnittsaufgabe tätig.

Zur Einführung des Dokumenten- und Informationsmanagement (DIM) in allen Hamburger Behörden sind vorbereitende Arbeiten zur Koordinierung und Umsetzung im Bezirksamt Bergedorf zu leisten gewesen. Die Implementierung im Bezirksamt wird auch in 2017 erhebliche Ressourcen im Bereich Organisation und IT-Angelegenheiten binden.

#### 1.4 Rechtsamt

	2014	2015	2016
Beschäftigungsvolumen	4,3	4,3	4,8

#### **Aufgabe und Entwicklung im Jahr 2016**

Das Rechtsamt ist neben seiner Funktion als Widerspruchsbehörde zuständig für die Erledigung aller im Bezirksamt anfallenden Rechtsstreitigkeiten, die Erarbeitung rechtlich geprägter gutachtlicher Stellungnahmen und Formulierung von Verträgen sowie für die Beratung und Unterstützung der Bezirksamtsleitung und der Fachämter des Bezirksamtes. Der Rechtsamtsleiter ist gegenwärtig zugleich stellvertretender Bezirkswahl- und -abstimmungsleiter.

Das Rechtsamt hatte weiterhin einen sehr geringen Krankenstand und konnte seine statistisch gemessene Produktivität gegenüber dem Vorjahr erneut steigern. Dennoch ist es trotz deutlich mehr erledigter Verfahren wieder zu einem leichten Anstieg der Dauer von Widerspruchsverfahren gekommen, was u.a. dem Weggang einer Mitarbeiterin geschuldet sein dürfte. Die Stelle ist inzwischen nachbesetzt und das Rechtsamt ist außerdem seit August um eine mit halber Stundenzahl tätige Rechtsreferentin verstärkt worden.

Die Zahl der Widersprüche ist wie in den Vorjahren abermals leicht gesunken. Angesichts der wachsenden Bevölkerungszahl verblüfft dies zunächst. Eine naheliegende Erklärung ist, dass die Bürger mit der Arbeit der Verwaltung tendenziell zufriedener sind. Der Sozial- und Jugendhilfebereich hat nach einer „Delle“ im letzten Jahr inzwischen wieder das gewohnte Fallaufkommen erreicht. Ungewöhnlich ist im Bereich der Sozialhilfe die Verfünffachung der Klagen von 11 im Vorjahr auf nunmehr 60. Die Zahl ist maßgeblich beeinflusst durch eine (inzwischen verstorbene) Hilfeempfängerin. Auf dem Gebiet der Bauaufsicht sind die Neueingänge um über ein Drittel zurückgegangen. Der absolute Wert ist auch im langjährigen Vergleich recht niedrig. Über die Gründe könnte nur spekuliert werden. Der Rückgang der Widerspruchsverfahren in Wirtschafts- und Gewerbeangelegenheiten erklärt sich dadurch, dass inzwischen die erste Welle



des neuen Spielhallenrechts umgesetzt ist. Im Jahr 2017 wird anlässlich der nächsten Umsetzungsstufe wieder eine Vielzahl von Verfahren erwartet.

Die Fallzahlen sind im Einzelnen der untenstehenden Übersicht ausgewählter Rechtsgebiete zu entnehmen. Die Quote von Abhilfen ist allgemein unauffällig. Grundsätzlich sollten die ermittelten Zahlen nicht überinterpretiert werden, da angesichts der insgesamt geringen Fallzahlen zufällige Schwankungen stark durchschlagen.

Nach wie vor erfüllt das Widerspruchsverfahren seinen Zweck, Streitigkeiten zu befrieden, wenn auch im Berichtsjahr der Anteil der mit einer Klage angefochtenen Widerspruchsbescheide um fünf Prozentpunkte auf 38 % angestiegen ist. Berücksichtigt man aber weiter, dass fast 40 % der Widerspruchsverfahren schon im Vorfeld ohne förmlichen Bescheid abgeschlossen wurden, gelangte jedoch nur ein knappes Viertel aller verwaltungsrechtlichen Streitverfahren überhaupt zu den Gerichten, wo dann in etwa vier Fünfteln der Fälle das Bezirksamt obsiegt hat.

Etwa konstant geblieben ist die Zahl der rechtlichen Anfragen, die von den Fachämtern des Bezirksamtes gestellt und zeitnah beantwortet wurden.

Daneben hat das Rechtsamt 18 Bebauungsplanverfahren begleitet, wobei besonders die Mitwirkung an inzwischen fast obligatorischen städtebaulichen Verträgen sowie die Rechtsprüfung vor der öffentlichen Auslegung und die abschließende rechtliche Prüfung aufwendig sind.

Im Jahr 2016 absolvierten wieder zwölf Rechtsreferendare ihre Verwaltungsstation im Rechtsamt, das sich für die Ausbildung auch deshalb besonders gut eignet, weil es keine Spezialisierung gibt, sondern alle Referenten als Ausbilder das komplette Aufgabenspektrum abdecken. Außerdem konnte eine Jurastudentin ihr Pflichtpraktikum im Rechtsamt ableisten. Um seiner Verantwortung gegenüber den Nachwuchskräften gerecht zu werden, schöpft das Rechtsamt die personellen und räumlichen Kapazitäten für die Ausbildung regelmäßig aus.

## Kennzahlen:

<b>Widerspruchsverfahren<sup>2</sup></b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
<u>Zugang</u>	264	248	226
erledigt			
- (überwiegend) zugunsten des Amtes	241	215	269
- (überwiegend) zugunsten der Gegenseite	34	31	30
Bestand am 31.12.	268	268 <sup>2</sup>	193
von diesen Widerspruchsverfahren entfielen auf			
<b>- Bauprüf- und Bauangelegenheiten</b>			
- Zugang	58	67	41
- erledigt	59	58	54
- davon zugunsten d. Widersprechenden	11 (18,6%)	9 (15,5%)	7 (13%)
- Bestand	46	55	42
<b>- Tief- und Gartenbau-, Naturschutzangelegenheiten</b>			
- Zugang	20	11	11
- erledigt	14	11	17
- davon zugunsten d. Widersprechenden	2 (14,3%)	3 (27,3%)	3 (18%)
- Bestand	15	14	8

<sup>2</sup> Der Anteil der zugunsten oder überwiegend zugunsten von Bürgern abgeschlossenen Widerspruchsverfahren kann nicht allein als Qualitätskennziffer für richtige oder falsche Entscheidungen von Sachbearbeitern in den Fachämtern gewertet werden. Häufig reichen Bürger im Widerspruchsverfahren noch Unterlagen nach, die dann die Angelegenheit in einem anderen Licht erscheinen lassen.



<b>- Jugend-, Grundsicherungs- und Sozialhilfeangelegenheiten</b>			
- Zugang	120	96	121
- erledigt	148	119	140
- davon zugunsten d. Widersprechenden	15 (10 %)	15 (12,6%)	8 (6%)
- Bestand	152	128	109
<b>-Wohngeld, USG, Elterngeld</b>			
- Zugang	25	22	10
- erledigt	12	14	33
- davon zugunsten d. Widersprechenden	1 (8,3 %)	0	1 (3%)
- Bestand	16	24	1
<b>- Einwohneramtsangelegenheiten</b>			
- Zugang	0	0	2
- erledigt	1	0	2
- davon zugunsten d. Widersprechenden	0	0	0
- Bestand	0	0	0
<b>- Wirtschafts- und Gewerbeangelegenheiten</b>			
- Zugang	13	29	13
- erledigt	12	16	27
- davon zugunsten d. Widersprechenden	3 (25 %)	1 (6,3%)	5 (19%)
- Bestand	11	23	9
<b>- Gebührenangelegenheiten</b>			
- Zugang	14	16	11
- erledigt	14	20	11
- davon zugunsten d. Widersprechenden	2 (14,3%)	3 (15%)	2 (18%)
- Bestand	17	14	13 <sup>3</sup>
<b>- Ausländerangelegenheiten</b>			
- Zugang	10	5	13
- erledigt	9	6	12
- davon zugunsten d. Widersprechenden	0	0	4 (33%)
- Bestand	9	8	9
<b>B-Plan-Verfahren</b>	18	19	18

<b><u>Verfahren vor den Gerichten</u></b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
(Zivil-, Sozial und Verwaltungsgerichte)			
<b>Antragsverfahren I. und II. Instanz</b>			
- anhängig wurden	27	27	30
- abgeschlossen wurden	21	29	38
- davon zugunsten oder überwiegend zugunsten des Bürgers	5	2	7
- Bestand	20	19	10
<b>Hauptsacheverfahren I. und II. Instanz</b>			
- anhängig wurden	70	44	119
- abgeschlossen wurden	71	53	68
- davon zugunsten oder überwiegend zugunsten des Bürgers	17	14	13
- Bestand	143	131	183
<b><u>Rechtsservice</u></b>			
Zugang	249	300	287
Erledigung	244	306	273
Bestand	56	50	59

<sup>3</sup> Hier wie auch bei einigen anderen Rubriken leichte rechnerische Differenz aufgrund fehlerhaften Übertrages in der Datenbank.



<b><u>Verfahrensdauer in Tagen</u></b>			
<b>Verfahren im Bezirksamt (incl. Gerichtsverfahren)</b>	189	177	180
- davon Widerspruchsverfahren	217	221	238
<b>Gerichtsverfahren</b>			
- Antragsverfahren	211	97	127
- Beschwerdeverfahren	174	237	996 <sup>4</sup>
- Klageverfahren	540	796 <sup>2</sup>	473
- Berufungsverfahren	550	368	561

## **2. DEZERNAT BÜRGERSERVICE**

	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Beschäftigungsvolumen	30,87	31,64	33,88

### **2.1 Fachamt Einwohnerwesen (EA)**

*(Einwohnerdaten und Ausländerangelegenheiten)*

	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Beschäftigungsvolumen	22,4	22,92	24,56

Allgemeine Kennzahlen	<b>2014</b> 30.06.2014	<b>2015</b> 31.12.2014	<b>2016</b> 30.06.2016
Bevölkerungszahl im Bezirk Bergedorf	123.139	123.288	125.823
davon Ausländer	13.538 (10,99%)	13.612 (11,04%)	16.389 (13,03 %)

<sup>4</sup> Maßgeblich beeinflusst durch ein acht Jahre dauerndes Normenkontrollverfahren.



## Abteilung für Einwohnerdaten

Bergedorf - gesamt -	2014	2015	2016
Anzahl der erteilten Personaldokumente	18.691	19.124	17.862
Anzahl der An-, Um- und Abmeldungen	14.695	18.963	21.073
Durchschnittliche Wartezeit in Minuten	26	18	14
Durchschnittliche Quote der telefonischen Erreichbarkeit <sup>5</sup>	19 % <sup>2</sup>	75,8%	77,08%

### Aufgabe und Entwicklung in 2016

Öffnung des Einwohnerdatenbereiches:

Es wurde, wie bereits in den Vorjahren, der dauerhafte Dienstbetrieb gewährleistet.

Wartezeiten:

Die durchschnittliche Wartezeit im Jahresmittel betrug 14,8 Minuten.

Seit Jahresbeginn 2011 wird auch für den Fachbereich Einwohnerdaten die Terminvereinbarung für die Kunden empfohlen. Diese Empfehlung hat zur Optimierung des Serviceangebotes geführt.

Seit Oktober 2013 gibt es die Möglichkeit, Termine auch über das Internet oder den telefonischen HamburgService zu buchen. Die Möglichkeit der Terminvereinbarung wird zunehmend gerne genutzt. Die Quote der Terminkunden liegt im Verhältnis zu den Kunden mit den sogen. „längeren Dienstleistungen“, die zu den allgemeinen Öffnungszeiten ohne Terminvorgespräch, bei zurzeit 74 %.

Terminkunden haben nahezu keine Wartezeit.

Engpässe in der Wartezeit – während der Schulferien - wurden durch den Einsatz zweier zusätzlicher Unterstützungskräfte, die für einfache Dienstleistungen wie z. B. Terminvereinbarungen, Ausstellen von Bescheinigungen oder Aushändigen von Personaldokumenten eingesetzt wurden, weitgehend kompensiert.

Telefonische Erreichbarkeit:

Die telefonische Erreichbarkeit ist mit 77,08 % herausragend. Der Planwert von 80 % wurde nur sehr knapp verfehlt. Die Ursache für den niedrigen Wert in 2014 lag bei diversen technischen Problemen zwischen NGN-Technologie des Telefonischen HamburgService und der zuvor noch analogen Telefonanlage, mit der der Einwohnerdatenbereich ausgestattet war. Aufgrund der unterschiedlichen Technologien erfolgte die statistische Erfassung nur fehlerhaft. Tatsächlich lag die Erreichbarkeit aber deutlich höher.

<sup>5</sup> Basis ist die Statistik des Telefonischen HamburgService(HS)

<sup>2</sup> Bei der Telefonumstellung auf NGN-Technologie kam es zu technischen Problemen bei der Ermittlung der Quote.



## Abteilung für Ausländerangelegenheiten

	2014	2015	2016
Verpflichtungserklärungen nach § 68 Aufenthaltsgesetz (Einladungen an Besucher aus dem Ausland)	1.340	1.230	1054
Anzahl der erteilten Aufenthaltsgenehmigungen	3.493	3.667	3.600
Anzahl der abgelehnten Aufenthaltsgenehmigungen	54	95	74
durchschnittliche Quote der telefonischen Erreichbarkeit	74 %	81,5%	78,4%

### Terminmanagement:

Aufgrund der Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels im Jahr 2011 hat sich durch die gesetzlichen Vorgaben das Kundenaufkommen fast verdoppelt. Trotz des erheblich höheren Kundenaufkommens ist es durch die Terminsteuerung gelungen, auch in den nachfolgenden Jahren die hohe Servicequalität beizubehalten.

Das Terminangebot 2016 konnte mit einem Zeitfenster von durchschnittlich ca. 11 Arbeitstagen im Jahresmittel den Planwert diesmal nicht ganz erreichen, da durch längerfristigen krankheitsbedingten Personalausfall die Zielerreichung nicht mehr möglich war. Notfälle wurden zu jeder Zeit sofort bearbeitet.

### Telefonische Erreichbarkeit:

Die telefonische Erreichbarkeit des Fachbereiches Ausländerangelegenheiten ist wie bereits in den Vorjahren mit einer Quote von 78,4% sehr gut.

## 2.2 Fachamt Personenstandswesen (ST)

	2014	2015	2016
Beschäftigungsvolumen	8,3	8,72	8,1

### Aufgabe und Entwicklung in 2016

Es musste auch in 2016 die Anpassung der Rechtsvorschriften umgesetzt werden, sowie die deutliche Veränderung der Software und des elektronischen Mitteilungsverkehrs.

Die strukturierte Nacherfassung der Papierregister in das elektronische Register konnte in 2016 erfolgreich weitergeführt werden.

Wartezeiten fallen im Standesamt weiterhin nur noch im Ausnahmefall an. Die Kundenzufriedenheit bleibt auf einem hohen Niveau, ebenso die Mitarbeiterzufriedenheit, was sich auch an der Fehlzeitenquote ablesen lässt.

Es konnten 2016 erneut deutlich mehr Eheschließungen auch an besonderen Orten als im Jahr zuvor angeboten werden.



<b>Kennzahlen</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Geburtsbeurkundungen	709	744	758
Davon mit Ausländerbeteiligung	212	213	217
Sterbefallbeurkundungen	897	988	1017
Durchschnittliche Bearbeitungszeit von Geburts- und Sterbefallbeurkundungen bei Vorliegen vollständiger Anträge in Tagen	Geburt 4 Sterbe 3	Geburt 4 Sterbe 3	Geburt 4 Sterbe 3
Anmeldungen der Eheschließung	720	667	658
Davon mit Ausländerbeteiligung	112	107	105
Eheschließungen	505	476	515
Beurkundungen von Kirchenaustrittserklärungen	1023	722	717

### **3. DEZERNAT SOZIALES, JUGEND UND GESUNDHEIT**

	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Beschäftigungsvolumen	196,63	203,93	217,05
betreute Fachausschüsse	Fachausschüsse für Sport und Bildung, für Soziales, Gesundheit und Integration, Jugendhilfeausschuss		

#### **Einführung**

Im Jahr 2016 hat insbesondere das Thema Integration die Arbeit der Fachämter des Dezernates Soziales, Jugend und Gesundheit geprägt.

Im Fachamt Sozialraummanagement bildete die Entwicklung des sozialintegrativen Konzeptes zur Unterkunft mit der Perspektive Wohnen am Mittleren Landweg auf dem Gelände des Gleisdreiecks Billwerder, die Planungen, Vorbereitungen und erste Umsetzungsschritte einen wesentlichen Arbeitsschwerpunkt.

Durch das weiterhin hohe Engagement vieler ehrenamtlich tätiger Bergedorfer Bürgerinnen und Bürger konnte auch die ehrenamtliche Unterstützung in den Flüchtlingsunterkünften aufrechterhalten und ausgebaut werden.

Mehr als 38.000 Kunden haben 2016 die verschiedenen Beratungs- und Leistungsangebote des Sozialen Dienstleistungszentrums in Anspruch genommen. Eine wesentliche Aufgabe war dabei u.a. die Versorgung der Leistungsberechtigten nach dem AsylLG, auch wenn der Zustrom von Flüchtlingen im Vergleich zum Jahr 2015 nachgelassen hat. Ab Oktober 2016 musste das Soziale Dienstleistungszentrum zusätzlich die Vorbereitungen für die ab 01. Januar 2017 geplanten sehr umfangreichen gesetzlichen Änderungen im Leistungsrecht bewältigen.



Für das Gesundheitsamt standen im Jahr 2016 die zwei großen Dezentralen Erstaufnahmen in der Kurt- A.-Körper-Chaussee und in der Osterrade im Fokus des Infektionsschutzes, wodurch die hygienischen Verhältnisse vor Ort deutlich verbessert werden konnten.

Die Gesundheitsförderung von Migranten für Migranten wurde weiter ausgebaut und in Kooperation mit dem Verein „Bergedorfer für Völkerverständigung“ konnten Maßnahmen in den Bereichen psychische Gesundheit, Gesundheit von Ehrenamtlichen und Mutter-Kind-Gesundheit erfolgreich umgesetzt werden.

Im Jugendamt, im Fachdienst Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD), wurde eine vierte Abteilung eingerichtet.

Das Jugendamt hat an zwei Wochentagen Sprechstunden für Flüchtlinge eingerichtet, die gut angenommen wurden. Um dem erhöhten Unterstützungsbedarf nachzukommen, wurden insbesondere die Kapazitäten der Familienteams und die „Stadtteilmütter“ mit zusätzlichen Mitteln ausgebaut.

Die nachfolgenden Berichte der Fachämter verdeutlichen die Aufgabenvielfalt und die qualitative und quantitative Entwicklung der im Jahr 2016 geleisteten Arbeit.

### **3.1 Fachamt Grundsicherung und Soziales Dienstleistungszentrum (GS)**

	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Beschäftigungsvolumen	54,78	55,57	58,72

## **Aufgabe und Entwicklung in 2016**

### **Allgemeines**

Mehr als 38.000 Menschen haben die verschiedenen Beratungs- und Leistungsangebote des Sozialen Dienstleistungszentrums in Anspruch genommen.

Erwartungsgemäß haben aufgrund der Wohngeldnovelle mehr Bürgerinnen und Bürger die Beratung rund um den Miet- und Lastenzuschuss nachgefragt und auch im Bereich Sozialhilfe und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) ist das Kundenaufkommen gestiegen. Da die Gültigkeit von Wohnberechtigungsbescheinigungen verlängert wurde, ist das Kundenaufkommen in diesem Bereich um rund 500 gesunken.

### **Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter vollen Erwerbsminderung, Asylbewerberleistungen**

Der Zustrom von Flüchtlingen ist 2016 im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurückgegangen. Dennoch war die Versorgung der im Bezirk Bergedorf lebenden Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG eine wesentliche Aufgabe und ist es immer noch. Durch Umzug in eigenen Wohnraum und die Belegung frei werdender Plätze ergibt sich in den bestehenden Unterkünften eine hohe Fluktuation. Im Sommer 2016 konnte die nach Umwandlung von einer Erstaufnahme in eine Folgeunterbringung neu eröffnete Wohnunterkunft „Auf dem Sülzbrack“ bezogen werden. Die Bewohnerinnen und Bewohner der neuen Unterkunft mit der Perspektive Wohnen am Gleisdreieck Mittlerer Landweg, die seit Ende Dezember 2016 nach und nach einziehen, erhalten überwiegend Leistungen nach dem SGB II, das sog. Hartz IV.

Das Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren hat ab Mitte März 2016 zu deutlichen Veränderungen im Leistungsrecht geführt. In vielen Fällen war und ist fortlaufend zu prüfen, ob



gesetzlich normierte Anspruchseinschränkungen vorzunehmen sind. Davon können Personen betroffen sein, die eingereist sind, um Sozialleistungen zu erhalten, vollziehbar Ausreisepflichtige, deren Ausreise aus von ihnen zu vertretenden Gründen nicht durchgeführt werden kann, geduldete Ausreisepflichtige, die rechtsmissbräuchlich aufenthaltsbeendende Maßnahmen verhindern oder Personen, die einer besonderen EU-Verteilung unterliegen.

Ab Beginn des 4. Quartals 2016 war das Soziale Dienstleistungszentrum mit aufwändigen Vorbereitungen für die zum 01.01.2017 geplanten umfangreichen gesetzlichen Änderungen im Leistungsrecht beschäftigt. Das Bundesteilhabegesetz, die Pflegestärkungsgesetze II und III, das dritte Änderungsgesetz zum AsylbLG u.a. sind lange vorbereitet worden und überwiegend auch in Kraft getreten. Um die geplanten Änderungen bei den Regelbedarfen und der Regelbedarfsstufenzuordnung zum 01.01.2017 im AsylbLG umzusetzen, wurden im Vorfeld bereits vorläufige Arbeitshilfen durch die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration herausgegeben und Programmierungen im IT-System vorgenommen. Wider Erwarten hat der Bundesrat das Gesetz Mitte Dezember gestoppt, alle bereits umgesetzten Änderungen mussten rückgängig gemacht werden. Die Rückabwicklung dauerte bis in den Januar 2017 hinein.

Kennzahlen	2014	2015	2016
<b>Hilfen zum Lebensunterhalt</b>			
Empfänger (HE) von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kap. SGB XII	389	369	341
Empfänger von Grundsicherungsleistung nach dem 4. Kap. SGB XII	2.097	2.278	2.252
Anzahl der Empfänger von Grundleistung nach dem AsylbLG	1.064	1.446	1.424

### **Leistungen der Hilfe zur Pflege, Bezirkliche Seniorenberatung, Pflegefachkraft und Pflegestützpunkt**

Für die Beratung älterer und/oder pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen durch Pflegestützpunkt, Seniorenberatung und Pflegefachkraft sind insbesondere die gesetzlichen Änderungen im Leistungsspektrum des Sozialhilfeträgers und der Kranken- und Pflegeversicherung zu berücksichtigen. Zum 01.01.2016 sind mit dem Krankenhausstrukturgesetz (KHSG) Verbesserungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung für diejenigen in Kraft getreten, die beispielsweise nach einer Krankenhausentlassung der vorübergehenden Pflege und Unterstützung in der hauswirtschaftlichen Versorgung bedürfen.

Im zweiten Kalenderhalbjahr betrafen bereits viele Fragen die Änderungen durch das Pflegestärkungsgesetz III zum 01.01.2017 und vor allem im 4. Quartal wurden bereits intensive Vorbereitungen auf die Neuerungen getroffen. Informationen zum neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff, der die Versorgung von Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz verbessert, wurden zur Verfügung gestellt und Schulungen zum Neuen Begutachtungsassessment (NBA) durchgeführt. Die neuen Begutachtungsrichtlinien stellen zukünftig mehr auf den Umfang der Selbständigkeit in sechs verschiedenen Lebensbereichen ab, die unterschiedlich gewichtet werden. Für die Überleitung der Leistungsfälle aus den bisherigen drei Pflegestufen in die neuen fünf Pflegegrade wurden allein knapp 400 Fälle überprüft, bei denen bisher eine Pflegestufe noch gar nicht erreicht war.

Bezirkliche Seniorenberatung und Pflegestützpunkt haben rund 1.600 Beratungsgespräche rund um altersbedingte Unterstützungsbedarfe, hauswirtschaftliche Versorgung und ambulante oder stationäre Pflege und deren Finanzierung geführt. Die Anzahl der Hausbesuche konnte gegenüber dem Vorjahr um 42 % auf rund 600 erhöht werden. Wie schon in den Vorjahren haben Pflegestützpunkt und Seniorenberatung ihr Beratungsangebot im Haus bruegge und dem Haus



Christo vorgestellt und unter dem Motto „Ein bunter Blumenstrauß des Lebens“ zwei Veranstaltungen mit dem Schwerpunkt Demenz für betroffene Personen und ihre Angehörigen in den Räumen des Sozialen Dienstleistungszentrums durchgeführt.

### **Fachstelle für Wohnungsnotfälle**

Wohnraum, der für Menschen mit niedrigem Einkommen bezahlbar ist oder für Empfänger von Transferleistungen die die Angemessenheitskriterien nach den fachbehördlichen Vorgaben erfüllen, ist nach wie vor knapp. Dass gegenüber 2015 mehr vordringlich Wohnungssuchende mit Wohnraum versorgt werden konnten, wird auf die Fertigstellung der öffentlich geförderten Wohnungen in den Glasbläserhöfen, die ab November 2015 bis Anfang 2016 bezogen wurden, zurückgeführt. Insgesamt konnte die Anzahl der Wohnungsvermittlungen gesteigert werden, wobei erneut die Anzahl der Wohnungsvermittlungen an Nicht-Kooperationspartner besondere Erwähnung verdient.

Die Anzahl der erteilten Dringlichkeitsbestätigungen ist gegenüber 2015 deutlich gestiegen, weil von den bereits 2015 zugewanderten Flüchtlingen mehr und mehr als bleibe- bzw. wohnberechtigt anerkannt worden oder Familienangehörige nachgezogen sind.

In der Wohnungssicherung konnte das Ergebnis des Vorjahres nicht erreicht werden. Das liegt u.a. daran, dass Mietschulden bereits zum wiederholten Mal vorliegen und deshalb im Einzelfall eine (erneute) Mietschuldenübernahme nicht in Betracht kommt oder aus anderen Gründen eine dauerhafte Sicherung des Wohnraums nicht möglich ist. In einigen Fällen treten neben den Mietrückständen Gründe hinzu, aus denen der Vermieter das Mietverhältnis auch bei Mietschuldenübernahmen nicht fortsetzen möchte, so beispielsweise bei mietwidrigem Verhalten, dauerhaften Verstößen gegen die Hausordnung, vielfachen Beschwerden anderer Mieter o.ä.

Die Möglichkeiten, obdachlose Menschen in öffentlich-rechtliche Unterbringung durch fördern und wohnen AöR zu vermitteln, haben sich gegenüber 2015 verbessert, weil aufgrund der geringeren Zuwanderung wieder mehr Plätze zur Verfügung standen. Seit dem Herbst 2016 wendet sich das Blatt allerdings erneut aufgrund des Familiennachzugs. Im Dezember 2016 mussten nach vielen Monaten erstmals wieder 2 Familien in Hotels untergebracht werden.

### **Wohngeld**

Nachdem von 2009 an die Anzahl der Wohngeldhaushalte kontinuierlich sank, wurde mit der Wohngeldnovelle zum 01.01.2016 mit einem sehr deutlichen Anstieg um etwa 60 % gerechnet. Immerhin wurden die Einkommensgrenzen angehoben, Hamburg der höchsten Mietstufe (Mietstufe V) zugeordnet und die durchschnittliche Wohngeldleistung erhöht. Bund und Länder sind davon ausgegangen, dass viele Empfänger aus dem Leistungsbezug nach dem SGB II wieder zurück in den Wohngeldbezug wechseln. Tatsächlich ist die Anzahl der Wohngeldhaushalte zwar gestiegen, aber nicht in dem erwarteten Umfang. Die Zahl ist mit der Anzahl der Wohngeldhaushalte 2014 vergleichbar. Für alle diejenigen, die bereits Wohngeld erhielten, wurde der Leistungsumfang im Januar und Februar 2016 überprüft und der Höhe nach angepasst.

### **Elterngeld**

Bis in das Jahr 2016 hinein war die Elterngeldstelle noch mit diversen abgelehnten Anträgen auf Betreuungsgeld beschäftigt, nachdem das Bundesverfassungsgericht das Betreuungsgeld bereits im Juli 2015 für verfassungswidrig erklärt hatte. Darüber hinaus wurde das Betreuungsgeld in 110 Fällen eingestellt. Das ist z.B. dann erforderlich, wenn das Kind vor Ablauf des Bewilligungszeitraumes eine Kita besucht.

Eltern wurden und werden zum Elterngeld Plus, zum Partnerschaftsbonus sowie zur flexibleren Elternzeit beraten. Gegenüber dem früheren Basiselterngeld sind der Beratungsaufwand und die zeitliche Inanspruchnahme der Beschäftigten dadurch höher. Dennoch werden die neuen flexibleren Gestaltungsmöglichkeiten der Elternzeit und des Bezugs von Elterngeld nur wenig in



Anspruch genommen. Nach wie vor wird von den Antragstellern überwiegend Basiselterngeld mit und ohne Teilzeitbeschäftigung gewählt.

## **Unterhaltssicherung**

Im gesamten Bundesgebiet waren nach den Wehrrechtsänderungen die Bewilligungszahlen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG) deutlich rückläufig. Nach längeren Vorbereitungen ist die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem USG beim Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr zentralisiert worden. Die Hamburger Fälle wurden im Februar 2016 abgegeben.

<b>Hilfen zur Verhinderung und Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit, öffentliche Unterbringung, Wohnungsangelegenheiten</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Anzahl der Fälle mit drohendem Wohnungsverlust	535	540	547
Anzahl der abgeschlossenen Fälle	479	479	457
Anteil positiv abgeschlossene Fälle (= Wohnungssicherung) in %	84	88	81
Anzahl der Fälle öffentlicher Unterbringung	130	227	229
Anzahl Wohnungsvermittlungen gem. Kooperationsvertrag	74	70	94
Anzahl Wohnungsvermittlungen an andere Vermieter	67	86	123
Wohnberechtigungsbescheinigungen (§-5-Scheine)	871	942	786
Dringlichkeitsscheine	635	558	561
Dringlichkeitsbestätigungen	236	329	533
<b>Wohngeld, Elterngeld, Unterhaltssicherung</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Anzahl Haushalte, die Wohngeld oder Lastenzuschuss erhalten	1.043	897	1.030
Anzahl der Empfänger von Elterngeld (Anträge)	1.585	1.601	1.725
Anzahl Bewilligungen einmaliger oder laufender Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG)	476	450	entfällt



### 3.2 Fachamt Sozialraummanagement (SR)

	2013	2014	2015	2016
Beschäftigungsvolumen	31,51	30,89	32,49	36,3

#### **Aufgaben und Entwicklung 2016**

Das Fachamt Sozialraummanagement ist zuständig für die Integrierte Stadtteilentwicklung und für die fachübergreifende sozialräumliche Planung von Einrichtungen und Maßnahmen der sozialen Infrastruktur. Die bezirklichen Seniorentreffs und Seniorenkreise sowie die Einrichtungen der Stadtteilkultur werden hier gefördert und gesteuert. Darüber hinaus bearbeitet das Fachamt Sozialraummanagement fachübergreifend die Querschnittsthemen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements. Im Bereich Bildung hat das Fachamt ebenfalls eine koordinierende Funktion.

Ferner obliegt dem Fachamt die Steuerung der kommunalen Einrichtungen der Jugend- und Familienhilfe sowie der Jugendberufsagentur. Alle Zahlungen an nicht-staatliche Träger von sozialen Einrichtungen und Maßnahmen werden im Fachamt abgewickelt. Die städtischen Sportanlagen im Bezirk werden verwaltet und die Nutzung der Sportstätten gesteuert.

Das Jahr 2016 wurde darüber hinaus von der Planung zweier großer Projekte geprägt: Das neue KörperHaus sowie das neue Bauvorhaben Gleisdreieck.

Auf der Fläche des heutigen Lichtwarkhauses entsteht in den nächsten Jahren mit dem KörperHaus ein neuer, attraktiver Treffpunkt für den ganzen Bezirk.

Im Stadtteil Billwerder wird zunächst als Flüchtlingsunterbringung mit der Perspektive Wohnen das Wohnquartier „Gleisdreieck“ mit 756 Wohneinheiten für voraussichtlich 2.500 geflüchtete Menschen gebaut.

Bestehende Unterkünfte für geflüchtete Menschen wurden weiter mit Runden Tischen begleitet. Aber nicht nur die aktuellen Herausforderungen standen im Mittelpunkt, gleichzeitig bekommt das Thema Integration der zu uns geflüchteten Menschen immer stärker werdende Bedeutung.

Die Durchführung von Informations- und Beteiligungsveranstaltungen, Jugendworkshop zur Partizipation, Preisverleihungen und Ehrungen sowie die Durchführung von Ferienfreizeiten bildeten auch 2016 zusätzliche Arbeitsschwerpunkte.

#### **Integrierte Stadtteilentwicklung**

Die Abteilung Integrierte Stadtteilentwicklung war im Berichtsjahr mit den Entwicklungsgebieten Bergedorf-Süd, Neuallermöhe, Lohbrügge-Ost befasst und setzte Maßnahmen und Projekte in den Handlungsfeldern Bildung, Beschäftigungsförderung, Wohnumfeld und öffentlicher Raum, Verkehr, Kultur, Familienförderung und Integration um. Dabei wurde stets ein besonderer Schwerpunkt auf die Beteiligung und Aktivierung von Bewohnerinnen und Bewohnern gelegt. Die Gebietsentwicklung erfolgt auf der Grundlage des RISE-Programms Hamburg sowie der Bundesprogramme „Soziale Stadt“ und „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“. Darüber hinaus wurde mit der Vorbereitung zur Gebietsaufnahme „Mittlerer Landweg“ begonnen.

Fortgeführt wurde die *Controlling*-Datenbank in enger Abstimmung mit der BSW. Die umfassende INEZ/RISE Datenbank ermöglicht neben dem monetären auch ein fachliches Controlling der einzelnen Projekte und Maßnahmen der Gebietsentwicklung.



## **Lohbrügge-Ost 2008-2015**

Alle vorgesehenen Maßnahmen im Fördergebiet Lohbrügge-Ost wurden im Wesentlichen bis zum vorgesehenen Laufzeitende 2015 umgesetzt. Aufgrund eines Bürgerbegehrens musste die Maßnahme „Umbau des Lohbrügger Marktes“ verschoben werden. Vor diesem Hintergrund hat der Leitungsausschuss Programmsteuerung die Festlegung als Fördergebiet um ein weiteres Jahr bis Ende 2016 beschlossen, um auch diese Maßnahme noch fertig stellen zu können. Der Umbau des Lohbrügger Marktes hat stattgefunden. Er wurde am 19. September zusammen mit Bezirksamtsleiter Dornquast und Staatsrat Kock eingeweiht. Darüber hinaus ist es in 2016 gelungen, unter großem ehrenamtlichen Engagement die Beteiligung im Stadtteil auch ohne die Unterstützung eines Gebietsentwicklers fortzuführen und regelmäßige Stadtteilbeiratssitzungen durchzuführen sowie die Lohbrügger Stadtteilzeitung zu veröffentlichen.

## **Vorbereitung der Gebietsaufnahme Mittlerer Landweg**

Mit der Drucksache „Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen“ (Drs. 21 /1838) vom 3.11.2015 wurde das acht ha große Gebiet „Gleisdreieck“ am Mittleren Landweg in Billwerder als geeignete Siedlungsfläche für dauerhaftes Wohnen benannt. Es wird in der Drucksache explizit darauf hingewiesen, dass alle Erfahrungen der Stadt- und Integrierten Stadtteilentwicklung zur Entwicklung stabiler Quartiere einzubeziehen sind.

Vor diesem Hintergrund sollte die Aufnahme des Quartiers am Mittleren Landweg als Fördergebiet der Integrierten Stadtteilentwicklung vorbereitet werden, um so die anstehenden Herausforderungen bewältigen zu können. Der Stadtteil Billwerder und die Nachbarschaft stehen vor besonderen städtebaulichen, sozialen und integrativen Herausforderungen. Bereits in 2017 wird die Bevölkerung dort voraussichtlich um 2.400 Menschen zunehmen.

Zur Vorbereitung der Senatsentscheidung zur Gebietsaufnahme wurde in 2016 eine umfassende Problem- und Potenzialanalyse (PPA) für das Gebiet „Mittlerer Landweg/ Gleisdreieck“ erstellt, die die spezifischen sozialräumlichen und städtebaulichen Strukturen des Gebietes analysieren, einen Vorschlag zur Gebietsabgrenzung fachlich begründen, ein geeignetes Fördersegment der Städtebauförderung aufzeigen und erste Handlungsansätze und Maßnahmen entwickeln sollte.

Schon vor der Gebietsfestlegung wurde ein Interimsquartiersmanager (Büro Tollerort) ausgewählt und für die Zeit vom 01.09.2016 bis 31.03.2017 vor Ort eingesetzt. Der Gebietsmanager führte in einem Büro an der Grundschule Mittlerer Landweg einmal die Woche Sprechzeiten durch und informierte die Bewohnerinnen und Bewohner über den aktuellen Bau- und Gestaltungsprozess und organisierte den Beteiligungsprozess vor Ort bzw. führte Veranstaltungen (z.B. Begehungen des Baugebietes und Sitzungen des Quartiersbeirates) durch.

## **Bergedorf-Süd 2011-2020**

Nach der Hälfte des Förderzeitraums ist in jedem RISE-Gebiet das Gebietsmanagement aufgefordert, eine Zwischenbilanzierung zum erreichten Entwicklungsprozess zu ziehen sowie Ziele und Projekte für den verbleibenden Förderzeitraum zu formulieren. Diese Zwischenbilanzierung wurde für Bergedorf-Süd in 2015 vorbereitet. Der für Anfang 2016 vorgesehene Beschluss des Berichts und der Fortschreibung durch den Leitungsausschuss Programmplanung erfolgte nicht, weil bei wesentlichen Maßnahmen noch nicht absehbar war, ob sie im verbleibenden Förderzeitraum umgesetzt werden können. Im Verlauf des Jahres konnte für viele der Projekte Klarheit erreicht werden. Der Zwischenbericht wurde deshalb in großen Teilen überarbeitet und die Fortschreibung angepasst. Nach der Abstimmung der Unterlagen im Bezirksamt, soll mit der Beteiligung der Fachbehörden und dem Beschluss des Leitungsausschusses im März 2017, die Grundlage für die weitere Arbeit im Gebiet vorliegen.

Wesentlichstes Projekt im Jahr 2016 war der Beginn der Sanierungsarbeiten am Vorderhaus der Rudolf-Steiner-Schule. Der Maßnahme wird aus dem Gebiet, aber auch darüber hinaus, viel Aufmerksamkeit zuteil. So waren die drei Baustellenführungen des Energetischen Sanierungsmanagements im September gut besucht. Der Abschluss der Bauarbeiten ist für das Frühjahr



2017 vorgesehen. Die vorbereitenden Arbeiten für den Neubau der Mensa auf dem Schulgelände sind erfolgt. Für die Sanierung der Hasse-Aula werden Anfang des Jahres 2017 erste Gespräche geführt. Dabei ist eine intensive Abstimmung mit dem Denkmalschutzamt erforderlich, auch um die Rahmenbedingungen für die künftige Nutzung zu klären. Durch Kooperationen mit Vereinen, Einrichtungen und Bewohnern trägt die Rudolf-Steiner-Schule wesentlich zur Stabilisierung und Vernetzung der sozialen und kulturellen Infrastruktur im Fördergebiet bei.

Im Zusammenhang mit dem Neubau des Geschäftsgebäudes an der Bergedorfer Straße wurde der Fußgängerbereich in der Straße Hinterm Graben der Gestaltung der umgebenden Fußgängerzone angepasst. Für die Soltaustraße wurde die Planung für die Umgestaltung nach den Sielbaumaßnahmen konkretisiert.

Ein weiterer Schwerpunkt der Gebietsentwicklung liegt darin, Angebote zu machen, um den sozialen Zusammenhalt im Gebiet zu stärken. Dazu wurde u.a. im Juni für Kinder aus dem Gebiet erstmals ein Fußballturnier, der Brookdeichcup, ausgerichtet. Im Rahmen der KuLaBe konnten Besucher an einem Wochenende die Hasse-Aula nicht nur besichtigen, sondern auch bei zahlreichen Musikdarbietungen die besondere Akustik erleben. Mit der Durchführung von zwei von Bewohnern und Vereinen organisierten Stadtteilsten wurde der Zusammenhalt im Gebiet gestärkt und die Nachbarschaft gefördert. Ausstellungen von Künstlerinnen aus Bergedorf-Süd im Gebäude des Grundeigentümergebietes haben einen weiteren Ort der Begegnung geschaffen.

Die im letzten Jahr gegründete Kultur-AG hat mehrere Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen durchgeführt, an denen zahlreiche Besucher teilnahmen.

Der Beteiligung der Bewohner am Gebietsentwicklungsprozess wird durch die Sitzungen des Beirats (sechs Sitzungen), eine stets aktualisierte Webseite, dem Versand von Newslettern (sechs), den Ausgaben der Stadtteilzeitung (vier) und Sprechstunden im Stadtteilbüro viel Raum eingeräumt.

Das seit zwei Jahren arbeitende Energetische Sanierungsmanagement hat zahlreiche Gespräche mit Eigentümern geführt mit dem Ziel, Maßnahmen zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bei Ihren Immobilien und Neubauvorhaben zu erreichen. Die erste Maßnahme (Vorderhaus Rudolf-Steiner-Schule) wurde begonnen, mit weiteren Eigentümern wurden Vereinbarungen (letter of intent) geschlossen.

### Projektentwicklung KörberHaus

Das Fachamt war im Laufe des Jahres bei unterschiedlichen Formaten an der Projektentwicklung des Körberhauses, gerade auch im Hinblick auf die Entwicklung eines Raum- und Nutzungskonzeptes für den Architektenwettbewerb, beteiligt. Informations- und Beteiligungsveranstaltungen wurden durchgeführt und mitgestaltet.

### Neuallermöhe 2012-2019

Der Gebietsentwicklungsprozess in Neuallermöhe hat in 2016 die Halbzeit erreicht. Seit dem ersten Jahr ist die Beteiligung, das Engagement und das Interesse der Bewohner und Akteure in Neuallermöhe sehr hoch. Der Stadtteilbeirat hat elfmal getagt. Die Mittel des *Verfügungsfonds* i.H.v. 20.000 Euro wurden voll ausgeschöpft und 25 Projekte finanziert. Die Sitzungen des *Stadtteilbeirates* sind mit durchschnittlich 50 Gästen weiterhin sehr gut besucht.

Folgende Projekte und Veranstaltungen wurden erfolgreich umgesetzt und vorbereitet:

Die *Öffentlichkeitsarbeit* wurde fortgeführt, der Internetauftritt [www.neuallermoehe.de](http://www.neuallermoehe.de) wurde erweitert und regelmäßig aktualisiert. Die Stadtteilzeitung ist mit vier Auflagen erschienen.

Anschließend an den Workshop zum *Edith-Stein-Platz* in 2015 wurde im Februar 2016 eine Befragung der anliegenden Eigentümer und Dienstleister zur Wahl der neuen Baumart durchgeführt. Die alten Bäume wurden entfernt, neue Bäume gepflanzt und die Pflanzinseln neu gestaltet.



Das Fördergebiet Neuallermöhe hat am 21.05.16 am bundesweiten „*Tag der Städtebauförderung*“ teilgenommen und eine Präsentation zum Thema „Maßnahmen für attraktive und belebte Außenräume“ mit anschließendem Rundgang vorbereitet.

Am 08.07.2016 fand mit der „*Neuallermödiade*“ das erste sportliche Großereignis im Rahmen des Gebietsentwicklungsprozesses statt. In Zusammenarbeit mit Sportvereinen und Schulen wurden viele sportliche Stationen aufgebaut an denen sich die Besucher ausprobieren konnten. Der neue Ritter-*Spielplatz an der Marta-Damkowski-Kehre* wurde am 10.10.2016 zusammen mit den angrenzenden Kitas und Spielhäusern sowie vielen interessierten Anwohnern eingeweiht.

Zusammen mit Sondermitteln des Bezirksamtes konnte die *Calisthenic Anlage* im Grünzug Allermöhe mit einem neuen Fallschutzboden ausgebaut werden. Die Anlage wird durch den neuen Boden nicht nur sicherer, sondern auch barrierefrei.

Für die Gestaltungsmaßnahmen im öffentlichen Raum, wie die Grüne Mitte, der Grünzug Allermöhe und einen Teil des Wegenetzes entlang der Fleete wurde ein *Beteiligungsverfahren* durch den Gebietsentwickler durchgeführt. Mit den Maßnahmen wurde bereits begonnen.

## **Integrierte Sozialplanung**

Die Integrierte Sozialplanung leistet einen planerischen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen der im Bezirk Bergedorf lebenden Menschen.

Hierzu werden fachübergreifend die Lebenslagen aller, in einem Sozialraum, Stadtteil oder statistischem Gebiet lebenden Alters- und Zielgruppen, beispielsweise in Bezug auf Herkunft, Bildung oder Einkommen betrachtet, analysiert und bewertet.

Des Weiteren werden im Abgleich zur beispielsweise sozialen, kulturellen oder baulichen Infrastruktur Potentiale und Defizite benannt sowie daraus notwendige Handlungserfordernisse für Politik und Verwaltung abgeleitet.

Grundlage für diverse Formen der Berichterstattungen sind Auswertungen der soziodemografischen Daten und Leistungsdaten des Statistikamtes Nord sowie die der Fachbehörden Hamburgs oder der Erkenntnisse der Fachämter des Bezirksamtes.

Zudem werden die Ergebnisse des Sozialmonitoring der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen aufgenommen.

Vor diesem Hintergrund wurden im Jahr 2016 für die elf Bergedorfer Sozialräume soziodemografische Bevölkerungsdaten und Infrastrukturübersichten erstellt sowie Beiträge für das sozial-integrative Konzept Mittlerer Landweg mit Datenanalysen zu den Stadtteilen Billwerder, Allermöhe und Neuallermöhe geleistet.

Im Sozialraumbericht >Bergedorfer Kerngebiet< wurden die Sozialräume Bergedorf-Nord, Bergedorf-Kern, Bergedorf-Ost sowie der Stadtteil Bergedorf beschrieben. In diesen Gebieten hat es einen erheblichen, auch verjüngenden Bevölkerungszuwachs gegeben und mit den neuen Wohngebieten wird dieser Trend anhalten. Die hier gewonnenen Erkenntnisse tragen zur infrastrukturellen Konzeptentwicklungen bei.

Der Bericht wurde am 22.11.2016 dem Jugendhilfeausschuss und dem Ausschuss Soziales, Gesundheit und Integration vorgestellt.

Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen an bezirklichen Vorhaben gem. § 33 Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG) wurde im Jahr 2016 weiter vorgebracht und am 25.10.2016 konnte dem Jugendhilfeausschuss ein Fazit der bezirklichen Arbeitsgruppe vorgestellt werden. Der Arbeitsauftrag der bezirklichen Arbeitsgruppe Partizipation begründet sich auf Drs. XIX/1188 vom 18.4.2013 und diese Arbeitsgruppe tagte seit dem Jahr 2013 monatlich.

Mit Beschluss des Jugendhilfeausschuss vom 25.10.2016 wurde festgestellt, dass der Arbeitsauftrag grundsätzlich erfüllt ist, es gleichwohl einen verlässlichen Rahmen sowie bekannte Ansprechpartner braucht, um dieses komplexe Thema mit den damit verbundenen Qualitätsstandards zu bewegen.



Deshalb wurde sich zunächst auf folgendes Verfahren verständigt:

- Die bezirkliche Arbeitsgruppe trifft sich zweimal jährlich: Anfang des Jahres wegen anstehender Planungen und Ende des Jahres zur Überprüfung der Umsetzungen
- Jahresberichte wird es weiter geben
- Jugendworkshops und Jugend im Parlament sind bewährte Formate
- Kinderbeteiligung findet ganz konkret anlassbezogen statt
- Die bezirkliche AG bleibt Ansprechpartner für das Thema Partizipation.

Im Jahr 2016 gab es zwei herausragende Veranstaltungen:

- Die Ausschreibungen von Partizipationsprojekten, um von Jugendlichen eigenverantwortlich initiierte Projekte auszuloben. Dabei ging es um die >Redaktionsgruppe Homepage< und um ein >Sportevent für einen Tag in einer Bergedorfer Dreifeldhalle<. Es konnten nur Bewerbungen für den Sportevent berücksichtigt werden. Die Preisverleihung fand am 8. Juni 2016 im Spiegelsaal des Bergedorfer Rathauses statt und der Sportevent wurde am 10. Juli 2016 in der Dreifeldhalle an der Clara-Grunwald-Schule umgesetzt.
- Jugend im Parlament am 11. November 2016: Hier lädt die Bezirksversammlung Bergedorf Jugendliche ein, selber Politik zu machen. Im Jahr 2016 ging es um Stadtplanung, Integration und Öffentlichen Raum und die Veranstaltung konnte erfolgreich unterstützt werden, so dass es annähernd 80 Bewerbungen gab.

Das Projekt „Kiezläufer für Bergedorf-West“ konnte im Jahr 2016 erfolgreich fortgesetzt werden, wobei zwei neue Mitglieder zwei ausgeschiedene Kiezläufer ersetzt haben.

Die Integrierte Sozialplanung ist der Teil der Steuerungsgruppe, die dieses Projekt regelhaft begleitet und die Entwicklung verfolgt.

## **Integration von Zuwanderern/ Förderung Ehrenamt**

Das verstetigte bezirkliche Beteiligungs- und Begegnungsformat „Bergedorfer Dialog der Kulturen“ wurde 2016 zum fünften Mal durchgeführt mit den Schwerpunkten „Aktivierung, Beteiligung und politische Mitwirkung migrantischer SeniorInnen“ sowie „interkulturelle Begegnungen unter SeniorInnen“. Die Resonanz war erneut sehr erfreulich, mit über 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, darunter einem Migrantanteil von rund 60 Prozent. Als Mitveranstalter des „Dialogs“ waren diesmal der bezirkliche Seniorenbeirat sowie der Bergedorfer Integrationsrat maßgeblich an der erfolgreichen Veranstaltung beteiligt.

Die bezirkliche Flüchtlingsausstellung „Hoffnungsträger – 10 Bergedorfer Fluchtwege“ wurde durch das Bezirksamt Harburg ausgeliehen und im Einkaufszentrum „Harburg Arcaden“ für 14 Tage gezeigt. Der Zuspruch war sehr positiv. Auf- und Abbau der sensiblen Ausstellung erfolgte erneut durch das Fachamt.

Das verstetigte bezirkliche Beteiligungs- und Begegnungsformat „Bergedorfer Weltreise“ für Kinder wurde in 2016 zum sechsten Mal durchgeführt, erneut unter starker Beteiligung überwiegend migrantischer Ehrenamtlicher und mit mehr als 500 Besucherinnen und Besuchern mit und ohne Migrationshintergrund. Sozialsenatorin Dr. Melanie Leonhard hielt neben der Bezirksamtsleitung ebenfalls ein Grußwort. Außerdem waren erstmals auch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMA's) des LEB, insb. aus Somalia, Eritrea und Ägypten, mit eigenen, selbst gestalteten Länderständen beteiligt. Insgesamt stellten sich wieder neun migrantische Gemeinden/ Herkunftskulturen mit eigenen Ständen vor und luden zu Begegnungen und gemeinsamen Spielen ein.



Das bezirkliche Angebot „Bergedorfer WillkommensTour – Stadtteilrundgänge von Migranten für Migranten“ wurde auch in 2016 erfolgreich fortgeführt.

Das ursprünglich vom Bezirk konzipierte und seit 2013 durchgeführte Veranstaltungsformat „Interkulturelle Filmabende“ wurde 2016 erfolgreich in Federführung an einen migrantischen Verein übergeben. Die „Interkulturellen Filmabende Neuallermöhe“ richtete der Träger Miteinander in Bergedorf e.V. in Kooperation mit dem Bezirksamt sowie f & w dreimal aus. Der arabische und der persische Filmabend (beide Filme im Original mit dt. Untertiteln) lockten jeweils rund 400 Besucherinnen und Besucher an, darunter 60 – 70 Prozent geflüchtete Menschen aus den Bergedorfer WUK's. Der letzte Filmabend, auf Kurdisch mit dt. Untertiteln, erreichte wiederum über 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Auch bei diesem Format war weiterhin die logistische wie auch konzeptionelle Unterstützung durch das Fachamt nötig.

## **Planung und Koordination der Sozialräumliche Integration von Flüchtlingsunterkünften**

Das Jahr 2016 stand ganz im Zeichen der Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft mit der Perspektive Wohnen auf dem Gelände des sogenannten Gleisdreiecks Billwerder. Hierzu wurden ein sozialintegratives Konzept entwickelt und bei den Vorbereitungen zur Einrichtung dieser Unterkunft unterstützt. Zudem wurden erste Formate der Bürgerbeteiligung initiiert: Dies waren u.a. Hintergrundgespräche sowie Befragungen von Anwohnerinnen und Anwohnern.

Die bestehenden Vernetzungs- und Informationsformate wurden genutzt, um die freiwillige Unterstützung von Flüchtlingsunterkünften zu sichern, aufrechtzuerhalten und auszubauen. Es wurden Runde Tische einberufen und Arbeitsgruppen mit besonderen fachlichen Schwerpunkten gegründet, wie die bezirklichen „AG Sport“ oder das Treffen bezirklicher Migrations- und Sozialberatungsstellen mit Ehrenamtsvertretern sowie Vertretern von Unterkunftsbetreibern und dem Bezirksamt. Im Sommer 2016 fand eine weitere bezirkliche Koordinationsveranstaltung zentraler Akteure und Multiplikatoren in der Flüchtlingshilfe unter der Überschrift „Bergedorfer Machbarschaft“ sowie zum Thema: „Abschiebung. Was nun?“ statt. Darüber hinaus wurde die bezirkliche Förderung aus den Mittel des Forums Flüchtlingshilfe organisiert und durchgeführt. Außerdem wurden, gemeinsam mit dem Verein Bergedorfer für Völkerverständigung, zahlreiche weitere ehrenamtliche Projekte unterstützt und gefördert.

Das weiterhin hohe öffentliche Interesse führte auch 2016 zu zahlreichen Anfragen, Informations- und Unterstützungsgesuchen.

## **Europäischer Sozialfonds (ESF)**

Das Bezirksamt Bergedorf hatte sich 2015 erfolgreich für das ESF-Programm der Bundesregierung „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ (BIWAQ) mit dem Projekt LuTZi – Lern- und Trainingszentrum für Frauen aus aller Welt beworben, das auch durch die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) gefördert wird.

Das Projekt unterstützt Frauen mit Migrationshintergrund bei der Integration in den Arbeitsmarkt und wird von Mai 2015 bis Dezember 2018 in Bergedorf und Harburg durchgeführt.

Das Bezirksamt koordiniert die Gesamtprojektleitung, die Abrechnung wie das Berichtswesen des Projektes gegenüber dem Bund sowie der Europäischen Kommission und hat zur Aufgabe, für einen nachhaltigen Effekt des Projektes zu sorgen.

## **Bezirkliche Seniorenarbeit**

Stand im Jahr 2015 noch der grundsätzliche Neuaufbau dieser Aufgabe im Vordergrund, konnten in 2016 neben den zuwendungsbedingten Kooperationsgesprächen mit den Trägern der offenen Seniorenarbeit und der damit verbundenen fachlichen Austausch bereits einige inhaltliche Schwerpunkte gesetzt werden. Neben der kontinuierlichen Begleitung und Unterstützung



des Bergedorfer Seniorenbeirates in allen Belangen betrifft dies im Wesentlichen die Weiterentwicklung der bezirklichen Seniorenarbeit und die Interkulturelle Öffnung der Seniorentreffs. Seit 2016 gilt eine neue Globalrichtlinie, die mehr Spielraum für Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet.

Am 05. November 2016 fand der 5. Bergedorfer Dialog der Kulturen zum Thema „Interkulturelles Miteinander unter Senioren“ statt, der dazu einlud, darüber zu diskutieren, wie Begegnungen im Miteinander entstehen können und im Vordergrund der Wahlen zu Seniorenbeiräten im Frühjahr 2017 als zweiten Themenschwerpunkt das Thema Mitwirkung und Teilhabe hatte. Sprach- und Kulturmittler halfen, sich besser zu verstehen.

Über 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den verschiedensten Organisationen, aber auch viele Seniorinnen und Senioren aus vielen verschiedenen Kulturen nahmen an diesem Dialog teil und waren sich schnell einig: Es sollen mehr Angebote für, aber auch mehr Angebote mit Seniorinnen und Senioren mit migrantischem Hintergrund geschaffen werden. Die ersten Kontakte sind geknüpft und gemeinsame Begegnungen sollen gemeinsam weiter entwickelt werden.

Der bevorstehende Neubau des Körperhauses erforderte die intensive Suche und Planung eines vorübergehenden alternativen Standortes für den Seniorentreff der AWO. Hier konnten mit Räumlichkeiten im Hotel Ramada und in der LoLa sehr geeignete Lösungen gefunden werden.

## **Bezirkliches Bildungsmanagement**

Im Februar 2016 startete das Jahr mit einer bezirklichen Bildungskonferenz zum Thema „Flucht und Trauma“. Auf der Konferenz fanden sich 150 Teilnehmer aus den verschiedenen Bildungsbereichen des Bezirks ein, um einen Input zu traumasensibler Arbeit zu erhalten und miteinander ins Gespräch zu kommen.

Im Frühjahr wurde beschlossen, dass eine bezirkliche erweiterte Steuerungsgruppe bestehend aus drei Vertretern der Schulen und drei Vertretern aus dem Jugendhilfeausschuss sowie themenbezogenen Experten, die Steuerungsgruppe im Vorfeld einer Regionalen Bildungskonferenz beratend unterstützen soll. Diese erweiterte Steuerungsgruppe tagte einmal im Juni und einmal im Oktober.

Aufgrund der hohen Teilnehmerüberschneidung und gemeinsamem Themenbedarf wurde die zweite Bergedorfer Machbarschaft Anfang Juli in Kooperation mit der regionalen Bildungskonferenz durchgeführt.

Ende September fand die zweite bezirkliche Bildungskonferenz mit 100 Teilnehmern zum Thema Übergang Schule/Beruf statt. Die bezirklichen Bildungsakteure erarbeiteten Ideen zur besseren Gestaltung des Übergangs und konnten auf einer Messe zum Schluss der Konferenz relevante Projekte und Angebote am Übergang persönlich kennenlernen und sich vernetzen.

Ende November fand der Marktplatz der weiterführenden Schulen in Bergedorf unter maßgeblicher Beteiligung der Bildungskoordinatorin statt.

## **Bezirkliche Arbeitsmarktkoordination und Jugendberufsagentur**

Zu diesem Arbeitsbereich gehörte die Beteiligung an bezirklichen und überbezirklichen Gremien zur Weiterentwicklung der Jugendberufsagenturen in Hamburg. Hinzu kamen die Entwicklung qualitativer Datenerfassung, der Öffentlichkeitsarbeit sowie die eines weitreichenden Netzwerks um die Jugendberufsagenturen.

Die bezirklichen Mitarbeiter der Jugendberufsagentur beraten Jugendliche und junge Erwachsene in der Übergangsphase Schule/Beruf. Sie arbeiten dabei eng mit den jeweiligen Mitarbeitern des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung, der Agentur für Arbeit und des Jobcenters zusammen. Der Schwerpunkt der bezirklichen Mitarbeiter liegt dabei im Bereich der Beratung zu sozialpädagogischen Fragestellungen.



In Bergedorf wurden 2016 insgesamt 539 Beratungen junger Menschen im Alter von 15 bis 25 Jahren zu den Bereichen (absteigende Rangfolge)

1. Finanzen
2. Wohnung
3. Familie
4. Berufsorientierung
5. Gesundheit
6. Sonstiges

durchgeführt.

### **Steuerung, Finanzabwicklung, Stadtteilkultur**

Die Aufgaben der Abteilung Steuerung, Finanzabwicklung, Stadtteilkultur bestanden im abgelaufenen Jahr im Wesentlichen darin, die Zuwendungen an Institutionen sowie an einzelne abgegrenzte Vorgaben unter Beteiligung der zuständigen Gremien der Bezirksversammlung abzuwickeln. Neben der Prüfung der Auszahlungsvoraussetzungen und der Bewilligung der Zuwendungen zählt hierzu die Prüfung der Verwendungsnachweise. Umzusetzen gilt es hierbei die Verwaltungsvorschrift zum § 46 Landeshausordnung sowie die jeweils geltenden Global- und Förderrichtlinien.

Im Berichtsjahr konnten mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zahlreiche Projekte und Einrichtungen gefördert werden. Hierzu zählen insbesondere die finanzielle Förderung von Einrichtungen aus den Bereichen Stadtteilkultur, Bürgerhäuser, Seniorenarbeit, eine Vielzahl von Projekten der Stadtteilkultur, der Familienförderung, der Seniorenarbeit, der sozialräumlichen Hilfen und Angebote sowie der offenen Kinder- und Jugendarbeit.

Darüber hinaus galt es, die aus Mitteln

- des Quartiersfonds,
- des Förder- und Gestaltungsfonds
- der Sondermittel der Bezirksversammlung,
- des ESF-Bundesprogrammes BIWAQ,
- des Rahmenprogrammes Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) sowie
- des Forums Flüchtlingshilfe

geförderten Projekte abzuwickeln.

Mit der Einführung des elektronischen Bestellwesens ist die Abteilung seit dem Jahr 2016 als die zentrale Einheit für den operativen Einkauf von Standardwaren und Dienstleistungen für die kommunalen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit des Bezirksamtes Bergedorf zuständig.

### **Kommunale Einrichtungen zur Förderung der Erziehung in der Familie**

#### **Erziehungsberatungsstelle**

Die Erziehungsberatungsstelle (EB) leistete auch 2016 Jugendhilfe im Rahmen des SGB VIII für Familien im gesamten Bezirk.

Sie bot Familien Unterstützung wenn:

- Eltern Fragen, Unsicherheiten oder Probleme in der Erziehung ihrer Kinder hatten oder



- sich überfordert fühlen,
- Eltern Auffälligkeiten im Verhalten oder in der Entwicklung ihres Kindes wahrnahmen,
  - Eltern persönliche Probleme mit sich oder in ihrer Partnerschaft hatten,
  - Eltern sich in einer Trennungs- oder Scheidungssituation befanden,
  - Kinder/Jugendliche persönliche Probleme oder Konflikte mit Eltern, Lehrerinnen und Lehrern oder Freundinnen und Freunden hatten
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anderer Einrichtungen Rat suchten zum Umgang mit ihnen anvertrauten Kindern und Jugendlichen.

2016 meldeten sich 187 Personen neu an, um für sich und/oder ihre Familie Beratung/Therapie zu erhalten. Für Menschen mit dringendem Beratungsbedarf wurde eine offene Sprechstunde ohne Anmeldung angeboten. Die Sprechstunde (freitags von 10-11.30 Uhr) wurde sehr gut angenommen.

In 2016 hat die EB einen Fachtag der Frühen Hilfen organisiert und durchgeführt. Zudem hat sie an Vernetzungstreffen des Arbeitskreises Frühe Hilfen teilgenommen. Durch Schnittstellenprojekte mit dem Internationalen Bund und dem SAE-Projekt Faktiv sowie durch die Teilnahme am Runden Tisch kultursensible Elternarbeit, die Teilnahme an Stadtteilkonferenzen in Bergedorf-West, am Integrationsrat Bergedorf und der AG §78 konnte die Zusammenarbeit mit den Partnern im Stadtteil weiter verbessert und eine Öffnung des Zugangs für Menschen anderer Kulturen erreicht werden.

Die EB war 2016 beim Hamburger Familientag, auf der Regionalen Bildungskonferenz und beim Fest in West präsent.

## Elternschule

Die Elternschule Bergedorf arbeitet präventiv. Sie förderte auch 2016 durch ihre Angebote die Wahrnehmung von Erziehungsverantwortung und bereitete junge Menschen in der Familiengründung auf Partnerschaft und das Zusammenleben mit Kindern vor.

Darüber hinaus trug die Familienbildung dazu bei, das Gesundheitsbewusstsein zu stärken, Selbsthilfepotentiale zu erschließen und zur aktiven Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen anzuregen. Durch niedrigschwellige Angebote konnte die Elternschule Kontakte und Erfahrungsaustausch fördern und so einen Beitrag zur Verhinderung von Isolation leisten. Für Angebote der Elternschule wurden zwei Programmhefte veröffentlicht. Die Angebotsstruktur bestand aus offenen Angeboten, festen Gruppen in Kursform sowie themenbezogenen Gruppen- und Einzelangeboten.

Die regelmäßige monatliche Versendung des Newsletters der Elternschule Bergedorf per E-Mail hat sich auch 2016 als sinnvoll erwiesen. Ziel des Newsletters ist es, auf den Beginn einzelner Veranstaltungen und Kurse hinzuweisen und den Nutzerinnen und Nutzern das zweimal jährlich erscheinende Programm auch als PDF Datei zur Verfügung zu stellen.

Die Kooperationen mit den Familienhebammen und dem KiFaz Neuallermöhe wurden in 2016 weitergeführt. Eine umfangreiche Kooperation fand wieder mit der Mütterberatung Bergedorf statt, die in den Räumen der Elternschule Babysprechstunden, Babymassage-Kurse und Ernährungsberatung anbot.

Neue Kooperationsvereinbarungen wurden getroffen mit dem EKiz Wabe e.V. und der Kita Springmaus.

Zusätzlich hat die Elternschule in 2016 Angebote für geflüchtete Familien gemacht. Dabei handelt es sich um einen Offenen Treff in einer Folgeunterkunft sowie ein Angebot für Eltern und Kinder in den Räumen der Elternschule. Neu hinzugekommen ist ein Schwimmangebot für ge-



---

flüchtete Mädchen und Frauen in Kooperation mit dem Internationalen Bund und dem Bergedorfer Verein für Völkerverständigung.

### **Kommunale Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit**

Im Bereich der außerschulischen Bildungsarbeit spielen die kommunalen Einrichtungen weiterhin eine wesentliche Rolle. Sie bleiben für viele Kinder und Jugendliche tägliche Anlaufstation. Hier erhalten sie Aufmerksamkeit und ein offenes Ohr für ihre Anliegen. Neben der Arbeit mit unterschiedlichen Ziel- und Altersgruppen leisten die Häuser der Jugend und Spielhäuser eine Vielzahl von Einzelhilfen. Sie ergänzen damit die sozialpädagogische Versorgung der Kinder und Jugendlichen in Bergedorf, schaffen Vertrauen durch Erreichbarkeit und sind an vielen bezirklichen oder sozialräumlichen Kooperationsprojekten und Gremien beteiligt.

Mit der erfolgten Umsetzung der Ganztagesbetreuung an Schulen stehen auch die kommunalen Einrichtungen vor neuen Herausforderungen und meistern diese mit hoher Flexibilität und Veränderungsbereitschaft.

Im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit fanden aufgrund der angestiegenen Flüchtlingszahlen in 2016 vielfältige differenzierte Angebote für geflüchtete Menschen - sowohl innerhalb der Einrichtung als auch innerhalb der Flüchtlingsunterkünfte - statt. Je nach den Anforderungen am jeweiligen Standort wurden Öffnungszeiten angepasst und Programminhalte verändert.

In den Spielhäusern Friedrich-Frank-Bogen und Kurt-Adams-Platz wurden täglich bis zu 50 Kinder mit einem warmen Mittagessen in den dortigen Kinderrestaurants versorgt.

Ferienfreizeiten sind Bestandteil der pädagogischen Arbeit in den kommunalen Einrichtungen. Neben Winterfreizeiten wurden in 2016 erneut Ferienfreizeiten an Nord- und Ostsee durchgeführt.

### **Sportangelegenheiten**

Am 23. April fand für 80 Jugendliche und 105 Erwachsene die Sportlerehrung in der Dreifeldhalle Fünfhausen statt. Dort wurden sie für ihre sportlichen Leistungen mit einer Urkunde ausgezeichnet und erhielten zusätzlich als Preis eine „Powerbank mit Bergedorf-Wappen“.

Das Rahmenprogramm bestand in einem Auftritt der Einradgruppe des SCVM und den Vorführungen der DieDa-Showgruppe (Trampolin) sowie der Linedancegruppe (beide ebenfalls SCVM). Den gemütlichen Abschluss dieser Sportlerehrung mit insgesamt ca. 250 Personen bildete ein Beisammensein bei „Finger-Food“ auf der Empore der Dreifeldhalle.

Auf der Sportanlage Henriette-Herz-Ring fand eine Reinigung der Kunststofflaufbahn statt. Außerdem wurde der SVNA bei der weiteren Planung zum Bau des neuen Umkleidehauses begleitet.

Am 27. Mai wurde der in Kooperation mit RISE auf der Sportanlage 2000 geschaffene neue Kunststoffrasenplatz (inkl. Weit- und Hochsprunganlagen) feierlich eingeweiht.

Im Billtal-Stadion musste der abschüssige Parkplatzbereich an der Daniel-Hinsche-Straße durch das Einbringen von Hohlkehlplaisden abgesichert werden.

Im Vorgriff auf die für 2017 geplante Teilerneuerung der Tribünen wurden die Sitzbänke auf der Sportanlage Sander Tannen in den Außenbereichen demontiert. Im Mittelbereich wurden die schadhaften Bänke ausgetauscht.

Hinsichtlich des Baus eines großen und eines kleinen Kunststoffrasenplatzes sowie einer erweiterten und teilbaren Einfeldhalle auf der Sportanlage Mittlerer Landweg ist mit den ersten Planungen begonnen worden.



Für die Pflege der Baseball-Anlage am Mittleren Landweg wurde ein kleiner Traktor zum Abziehen der dortigen Grandfläche beschafft.

Auf der Sportanlage Elversweg wurde eine abschließbare Einzäunung für kleinere Fußballtore geschaffen.

Nach dem Totalausfall der Beregnungsanlage für den Grandplatz auf der Sportanlage Katen-deich musste eine neue Hochleistungspumpe beschafft werden.

Um auch weiterhin die Pflege des Kunststoffrasenplatzes am Binnenfeldredder sicherstellen zu können, musste ein neuer kleiner Traktor zum Abziehen des Platzes beschafft werden.

Nach einer (durch einen Wasserrohrbruch bedingten) mehrwöchigen Sperrung der Turnhalle Sandwisch in Moorfleet konnte in Zusammenarbeit mit der Sprinkenhof AG der Schaden behoben werden.

Angesichts des bevorstehenden Abrisses des Lichtwarkhauses musste für die dort beheimatete Tae-Kwon-Do-Gruppe eine neue Trainingsmöglichkeit gefunden werden. Bei der erfolgreichen Umsiedlung in die Halle am Brink konnte dem Verein geholfen werden.

### **3.3 Fachamt Jugend- und Familienhilfe (JA)**

	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Beschäftigungsvolumen	78,28	85,61	91,87

#### **Aufgabe und Entwicklung in 2016**

##### **Übergreifende Planung und Steuerung**

Im Jahr 2016 war die Tätigkeit des Jugendamtes durch viele umfassende Aufgaben, Veränderungen und Neuerungen gekennzeichnet.

Alle Abteilungen beschäftigten sich mit der Implementierung des hamburgweit eingeführten Qualitätsmanagements. Ab Sommer haben in fast allen Bereichen die internen Audits stattgefunden. Hier wurde der Umsetzungs- und Kenntnisstand der einzelnen Prozesse evaluiert.

Auch in diesem Jahr haben die Einrichtung einiger neuer Flüchtlingsunterkünfte sowie auch der Baubeginn des Wohnbauprojektes am Mittleren Landweg für ein erhöhtes Arbeitsaufkommen gesorgt. Die an zwei Wochentagen im Jugendamt stattfindenden Sprechstunden für Flüchtlinge wurden gut angenommen. Zahlreiche Familien haben die Gelegenheit auf niedrigschwelliger Ebene Beratung und Unterstützung zu bekommen, genutzt.

Die Ende 2015 vorgenommene Kommunalisierung des Pflegekinderdienstes hat sich in 2016 als bewährt gezeigt und die Pflegestellen und Kinder konnten intensiver betreut werden.

Mit der Erhöhung der Fallzahlen im Bereich Hilfen zur Erziehung ging eine Steigerung der Ausgaben auf 21.882 € Mio. einher. Durch regelmäßig stattfindende Steuerungsrunden und Gesprächen auf unterschiedlichen Ebenen, konnten Projekte bedarfsgerecht gestaltet und eine sozialraumorientierte Haltung im ASD gestärkt werden.



Die umfangreichen Präsenzzeiten der verschiedenen Jugendamtsbereiche von montags bis freitags von 08.00 bis 16.00 Uhr werden von Bürgern, Institutionen und Kooperationspartnern sehr positiv angenommen. Aufgrund der Dienstleistungsorientierung gibt es für die verschiedenen Bereiche darüber hinaus - insbesondere beim ASD - auch noch individuelle Termine bis in die Abendstunden.

### **Koordination für Kinderschutz**

Die bewährte Fachberatung für Mitarbeiter im Jugendamt, für Kinderschutzfachkräfte im Bezirk, für freie Träger, KITAS und Schulen, sowie sogenannte Berufsgeheimnisträger, wurde 201 mal durchgeführt. Der Arbeitsbereich ASD und Kinderschutz wurden dem Projekt „Stadtteilmütter“ vorgestellt. Zudem wurden Fachvorträge zum Thema Kinderschutz gehalten. In 2016 wurden intern Fallwerkstätten zur Qualitätssteigerung und gemeinsamen Lernen in Kinderschutzfällen eingeführt. Die Fortbildungsveranstaltungsreihe - Kinderschutz in Schule - hat in 2016 begonnen, und wird in 2017 im ersten Durchgang für Lehrerinnen und Lehrer an Bergedorfer Grundschulen abgeschlossen werden. Diese Fortbildung wird gemeinsam mit dem Kinderschutzzentrum Hamburg, dem ReBBZ und der Koordinatorin für Kinderschutz durchgeführt. Diese ist für das Jugendamt auch die Kontaktperson und das Bindeglied zur Bergedorfer Polizeirevierwache, der Jugendschutzbeauftragten und der Staatsanwaltschaft und somit für eine gute Kooperation mit verantwortlich.

Überregional wurde an der Arbeitsrichtlinie Kinderschutz und der Arbeitsrichtlinie zur Inobhutnahme gearbeitet. Ebenfalls wurde an der Durchführung eines Fachtages für Kinderschutzfachkräfte im November 2016 mitgewirkt.

Die Begleitung der externen Kinderschutzfachkräfte (Netzwerk Kinderschutz) wurde mit vier Terminen durchgeführt, ebenso die fallbezogene Praxisreflexion.

Im November fand eine Veranstaltung der Koordinatoren für Kinderschutz und des KSZ (Kinderschutzzentrum) für Hamburger Kinderschutzfachkräfte statt, an dem ca. 90 Fachkräfte aus Hamburg teilgenommen haben.

### **Qualitätsmanagement**

Das Qualitäts Management System (QMS) ist in fast allen Abteilungen des Jugendamtes in 2016 implementiert worden. Den Mitarbeiter und Führungskräften sind der Zugang/ Umgang zur Prozesslandschaft, die Lesbarkeit der Flussdiagramme, der Umgang mit Neuerungen und Veränderungsmodalitäten bekannt.

QMS ist gleichzeitig fester Bestandteil des Einarbeitungskonzepts. Bergedorf stellt mit der Qualitätsmanagerin zugleich auch eine externe Auditorin für andere Behördenbereiche. Im Rahmen des Qualitätsmanagements wurden die Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der internen Audits in Bergedorf aufgenommen und durchgeführt. Bergedorf stellt derzeit zudem weitere vier interne, nebenamtliche Auditoren.

Im Qualitätskreis der Jugendämter und der Fachbehörde ist auch Bergedorf vertreten.

Zwischen der Koordination für Kinderschutz und dem Qualitätsmanagement besteht darüber hinaus noch eine enge Zusammenarbeit im Rahmen der Aufarbeitung und Reflexion von Fallverläufen, Fallwerkstätten, in Einzelfällen und bei spezialisierten Aufgaben für den Kinderschutz.

### **Allgemeiner Sozialer Dienst**

Der ASD hatte in 2016 insgesamt über 2.100 neue Anliegen zu bearbeiten, davon 877 mögliche Kinderschutzmeldungen. Mit den neuen Fällen gingen Kostensteigerungen bei den Hilfen zur Erziehung einher.

Auch in 2016 gab es im ASD leider einen erheblichen Personalwechsel, sowohl bei den Mitarbeitern als auch auf Leitungsebene. Dieses konnte durch ein eigenes, bezirkliches Einarbei-



tungsprogramm gut aufgefangen werden, so dass die Handlungsfähigkeit des ASD erhalten werden konnte.

Mit der Hochschule HAW und dem Rauhen Haus bestehen Kooperationen in der Ausbildung von Sozialarbeitern. Mehrere Studierende wurden in die praktische Arbeit eingewiesen und können in einem Fall auch übernommen werden.

## Projekte

Sowohl die Bergedorfer Präventionsketten, als auch die sozialraumorientierte Arbeit des ASD, werden durch rund 50 Projekte gestützt. Ziel der vielfältigen Projektlandschaft, die sich in und um die bestehenden Institutionen im Sozialraum fügt (KiTa, Schule, OKJA, KiFaz usw.), ist es, für die Familien und Jugendlichen präventive, flankierende, lebenswelt- und ressourcenorientierte Unterstützungsangebote vorzuhalten. Dadurch soll der Hilfebedarf von Familien und Jugendlichen in Bergedorf gemindert werden.

Eine besondere Herausforderung stellt derzeit der erhöhte Bedarf durch die Unterstützung der Flüchtlingseinrichtungen dar. Hierfür wurden u.a. insbesondere die Kapazitäten der Familienteams mit zusätzlichen Mitteln ausgebaut (Sprechstunden) und die „Stadtteilmütter“ als Integrationsunterstützer aufgestockt.

Für das Netzwerk Frühe Hilfen haben die Mitarbeiterinnen der Träger Sprungbrett und Pestalozzi in enger Kooperation mit der Mütterberatung und den Seeyou-Babylotsen eine gemeinsame Arbeitsplattform entwickelt. In den Stadtteilen Lohbrügge und Allermöhe mit den Vier- und Marschlanden ist jeweils ein Familienhebammenprojekt angesiedelt und in Bergedorf West ist das Projekt Nestlotsen vertreten.

Das ESF-Projekt für den Bereich „Arbeit“, Jugend Aktiv, wird mit leichten Veränderungen mit der Lawaetz Stiftung als Dachträger und dem Internationalen Bund (IB) als Kooperationspartner vor Ort fortgeführt.

In **Bergedorf Kern** ist der Träger Familienhelden mit dem Beratungsprojekt Kernkontor zugleich zuständig für das Handlungsfeld Gewaltprävention im Kindesalter für ganz Bergedorf sowie für das Handlungsfeld Frühe Hilfen/Eltern-AG.

In **Lohbrügge** ist der LEB geschäftsführender Träger. Er besetzt zugleich selbst mit einem Projekt Integrierte Kinder- und Familienhilfe das Handlungsfeld Familienförderung. Das daraus resultierende KITA-Projekt verläuft gut und konnte um zwei weitere Kitaprojekte verstärkt werden. Am Kinder- und Familienzentrum ist ein Angebot für suchtbelastete Familien entstanden, ebenso kann die Sozialberatung in 2017 weiter angeboten werden.

In **Neuallermöhe** zeichnen mittlerweile drei geschäftsführende Träger verantwortlich: Sprungbrett mit dem Angebot „Commit“ und den Kooperationspartnern IB und HaKiJu mit den Themen der Familienförderung (u.a. durch Kultura), Familienteams mit Hebammen sowie Sozialberatung und einem Kita Projekt, DRK mit seinem Kita-Projekt und dem Angebot der „Blauen Welle“ als Gruppenangebot, Mittendrin! mit seinem Beratungs- und Betreuungsangebot. Der Ausbau des Kitaprojektes (Henriette) war erfolgreich.

Im Kontext der Rahmenvereinbarung Schule und Jugendhilfe konnte ein neues Schulprojekt etabliert werden. In Bergedorf werden damit insgesamt neun Schulprojekte durchgeführt. Besonders hervorzuheben ist hierbei das Projekt INTERA, das psychisch kranken Schülern den Verbleib an der Stammschule ermöglicht.

## Gewaltprävention im Kindesalter (GiK)

Diese Aufgabe hat weiterhin Bestand und konnte ausgebaut werden. Sie beinhaltet die Einzelfallhilfe für betroffene Kinder und Erziehende, die regionale Vernetzung, die Angebotsentwicklung (Schwerpunkt: Gewaltauffälligkeiten bei Kindern) und die Fachberatung im ASD.



Neben der Planung und Begleitung von verschiedenen Präventionsmaßnahmen wurde das Konzept dem Bedarf angepasst: die Mittel für das GiK Budget konnten für individuelle Unterstützungsangebote erhöht werden.

### **Hilfen zur Erziehung**

Kennzahlen	2014	2015	2016
Anzahl der Fälle in ambulanten Hilfen zur Erziehung (gem. §§ 28,29,30,31,32 SGB VIII)	204	237	270
Anzahl der Fälle in Vollzeitpflege (gem. § 33 SGB VIII)	130	130	125
Anzahl der Fälle in stationären Hilfen zur Erziehung (gem. §§ 34, 35 SGB VIII)	278	285	308
Anzahl der Fälle seelisch behinderter Kinder und Jugendlicher (gem. § 35a SGB VIII)	48	46	60
Ausgaben für Hilfen zur Erziehung in T€*	19.740	21.249	21.882

\* ab 2016 werden die Ausgaben abzgl. aller Forderungen u. Verrechnungen abgebildet

### **Pflegekinderdienst**

Im Mittelpunkt stand die Neuorganisation des Pflegekinderdienstes und der Angebotsberatung als ganzheitliches Angebot zur Unterstützung des Allgemeinen Sozialen Dienstes. Arbeitsbereiche und Arbeitsabläufe wurden klar strukturiert und den Vorgaben des Qualitätsmanagement angepasst. Durch die Einführung einer festen wöchentlichen Telefonsprechzeit wurde ein Beitrag zur guten Erreichbarkeit des Pflegekinderdienstes geschaffen.

Das Ziel einer Erhöhung der Pflegestellen und Pflegekinder wurde nicht ganz erreicht, wenn es sich auch nicht in den Stichtagszahlen widerspiegelt. Im Laufe des Jahres belief sich die Anzahl der positiv geprüften Pflegestellen auf sieben. Insgesamt wurden sechs Kinder in neue Pflegestellen vermittelt, sowie neun Verwandtenpflegestellen geprüft (sogenannte Nachvollzüge). Dem gegenüber steht die fast gleiche Anzahl der Beendigungen von Pflegeverhältnissen durch Veränderung der Hilfe, Erreichen des Hilfeziels oder Abgabe der Zuständigkeit.

Durch PFIFF wurde zum Ende des Jahres eine Bereitschaftspflegestelle in Bergedorf installiert, so dass nach langer Zeit wieder eine im nahen Einzugsgebiet zur Verfügung stehen wird.

### **Amtsvormundschaft / Beistandschaft**

Im Bereich der Beistandschaften mussten die Fälle auch in 2016 einzelfallbezogen überprüft und angepasst werden. Weiter wurden vorbereitende Maßnahmen zur Anpassung für die zum 01.01.2017 anstehende Erhöhung des Mindestunterhalts und Kindergeldes erforderlich. Mit 1.225 Beurkundungen wurde die Anzahl des Vorjahres erneut überschritten.

Die für die qualitative Weiterentwicklung im Bereich AV angestrebte Zielzahl für die je Vollzeitstelle geführten Fälle, konnte teilweise umgesetzt werden. Persönliche und zeitnahe Kontakte zu Mündeln konnten weitgehend eingehalten werden.

In beiden Bereichen wurde qualitative Weiterentwicklung betrieben und das Qualitätsmanagement implementiert.



Kennzahlen	2014	2015	2016
Anzahl der Amtsvormundschaften	253	205	180
Anzahl der Beistandschaften	1.365	1.411	1.311
Anzahl der Urkunden und Sorgeerklärungen	1.105	1.164	1.225

### **Kindertagesbetreuung**

Die Abteilung für Kindertagesbetreuung besteht aus den Bereichen Kita und Tagespflege. Die Aufgaben sind u. a. die Beratung der Eltern über Einrichtungen, die Prüfung von Bewilligungskriterien, Vermittlung von behinderten und von Behinderung bedrohten Kindern in geeignete Angebote, Berechnung von Familieneigenanteilen/Teilnahmebeiträgen und Erteilung von Kita-Gutscheinen, Werbung, Qualifikation und Eignungsprüfungen von Tagespflegepersonen und deren Vermittlung.

Auch im Jahr 2016 hat eine gemeinsame Sitzung mit allen Kita-Leitungen Bergedorfs und der Abteilung Kindertagesbetreuung zum Austausch für eine bessere Zusammenarbeit erfolgreich stattgefunden. Die langen Sprechzeiten des KTB Bereiches werden von den Eltern gerne angenommen.

Alle 33 Tagespflegepersonen konnten in ihren Tagespflegestellen in diesem Jahr besucht werden.

Es wurden 11.576 Kita Gutscheine erstellt, davon 40% am Tag der Antragstellung. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit betrug weniger als 10 Tage.

Kennzahlen	2014	2015	2016
Bescheide für Kita-Besuch / Eingliederungshilfen, Kindergartenbesuch (Rechtsanspruch) und Tagespflege	12.472	11.287	11.576

### **Unterhaltsvorschuss**

Im Bereich Unterhaltsvorschuss wird in den Fällen Mindestunterhalt für Kinder bis zur Vervollendung des 12. Lebensjahres gezahlt, für die kein Unterhalt vom getrennt lebenden Elternteil vorhanden ist.

Kennzahlen	2014	2015	2016
Bescheide für UV-Anträge	451	424	496



### **3.4 Fachamt Gesundheit (GA)**

	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Beschäftigungsvolumen	32,57	29,7	30,16

Das Gesundheitsamt Bergedorf ist Teil des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und nimmt eine Vielzahl von Aufgaben im Interesse der Gesunderhaltung des Einzelnen und der Bevölkerung wahr. Hierzu zählen unter anderem Gesundheitsförderung und -vorsorge sowie Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor der Ausbreitung von Infektionskrankheiten. Im Gesundheitsamt werden Kinder und Jugendliche untersucht und beraten und Eltern bei der Gesundheitsvorsorge ihrer Kinder unterstützt. Es werden psychisch Kranke sowie Menschen mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen beraten und betreut. Dabei arbeitet das Gesundheitsamt mit anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens zusammen. Für Behörden und Ämter werden amtsärztliche und sozialmedizinische Begutachtungen durchgeführt.

Weitere Aufgaben des Gesundheitsamtes sind die Gesundheitsberichterstattung und die Organisation von Gesundheitskonferenzen. Ziel ist die bessere Vernetzung und Steuerung von Initiativen und Projekten zur Verbesserung der Gesundheit der Bergedorfer Bevölkerung.

#### **Aufgabe und Entwicklung in 2016**

Auch im Jahre 2016 hat die große Zahl von Flüchtlingen im Bezirk das Gesundheitsamt vor große Herausforderungen gestellt. Die beiden großen Notunterkünfte in der Kurt-A.-Körper-Chaussee und in der Osterrade standen besonders im Fokus des Infektionsschutzes. Durch weiterhin ständigen und intensiven Austausch mit dem Träger der Unterkünfte und den Beschäftigten vor Ort konnten die hygienischen Verhältnisse im Jahre 2016 deutlich gebessert werden. Im März richtete das Gesundheitsamt eine medizinische Erstversorgungseinheit in einer möglichen bezirklichen Notunterkunft im Lichtwarkhaus ein; schließlich war es nicht erforderlich, von dieser Noteinrichtung Gebrauch zu machen. Die Situation entspannte sich mit der Schließung der Unterkunft in der Kurt-A.-Körper-Chaussee. Das Gesundheitsamt steht weiterhin in engem Austausch mit dem für die medizinische Versorgung in der Osterrade zuständigen Gesundheitsamt Altona und anderen Kooperationspartnern. Dazu gehören neben dem Jugendamt und dem Fachamt Sozialraummanagement auch der Verein Sprungbrett, dessen Familienteams in der Erstaufnahmeeinrichtung und den Folgeunterkünften tätig sind.

Das Gesundheitsamt setzte in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb Erziehung und Beratung die Impfungen von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen fort. Insgesamt wurden 167 Impfungen bei 60 Jugendlichen aus diesem Personenkreis verabreicht.

Der Jugendpsychiatrische Dienst hat weiterhin ein hohes Gutachtenaufkommen. Dies stellt eine besondere Anforderung an diesen kleinen, aber kompetenten Fachdienst dar.

Die Einführung der neuen Software für die Gesundheitsämter geht weiter. Nach den Modulen für das Gutachtenwesen, den Infektionsschutz und den Sozialpsychiatrischen Dienst wurde auch die Medizinalaufsicht in die Software eingebunden. Als nächste Module stehen die Orts- und Krankenhaushygiene, der Schulärztliche Dienst und der Schulzahnärztliche Dienst an.

In 2016 gab es drei weitere Kunstausstellungen in den Räumen des Dienstleistungszentrums. Diese wechselnden Kunstausstellungen werden von den Kunden und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gut angenommen.



## **Kommunales Gesundheitsförderungsmanagement (KGFM)**

Das Kommunale Gesundheitsförderungsmanagement (KGFM) ist für die bezirkliche Gesundheitsförderung, die Gesundheitsberichterstattung, die Gesundheitsplanung und die Koordination der Gesundheits- und Pflegekonferenz in Bergedorf zuständig.

Im Jahr 2016 wurden die Bergedorfer Gesundheitsgespräche fortgeführt. In Zusammenarbeit mit dem Haus im Park und KISS (Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfegruppen) fanden im Haus im Park zwei Gesundheitsgespräche statt: *Mentalisierungsfähigkeit – Die Macht der Gefühle. Die Welt ist im Umbruch. Wie Gefühle unser Denken bestimmen* und im Rahmen der Hamburger Hospizwoche: *Wie versorgt Bergedorf seine Palliativpatienten?* Die Evaluierung ergab, dass die Gespräche weiterhin als sehr gut bewertet werden.

In dem EU-Projekt *HASIC- Healthy Aging Supported by Internet and Community*, wurden 2016 *Gesund ab 65+* Gesundheitsgruppen im Bille-Treff, im Haus im Park, im Westibül und in Lauenburg angeboten. Insgesamt haben seit Kursbeginn 89 Seniorinnen und Senioren an den Gesundheitsgruppen teilgenommen. Das EU-Projekt endete im Juli 2016. Eine Verstetigung mit Beteiligung des Gesundheitsamtes ist geplant.

Seit Februar werden zusätzliche HASIC-Gesundheitsgruppen speziell für pflegende Angehörige von demenziell Erkrankten im Westibül, im Haus Brügge und im Haus im Park durchgeführt. Die Finanzierung ist bis August 2018 gesichert. Das Gesundheitsamt unterstützte das Demenzprojekt bei der Antragstellung und der Öffentlichkeitsarbeit.

Die Gesundheitsförderung von Migrantinnen und Migranten wurde weiter ausgebaut. In Zusammenarbeit mit MiMi (*Mit Migranten für Migranten*) wurde ein Anschlusskurs *Gesunde Ernährung und Bewegung fördern* für russisch sprechende Seniorinnen und Senioren durchgeführt. Diese Maßnahme wurde durch die Hamburger Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung (HAG) finanziert.

In Zusammenarbeit mit dem Verein der Bergedorfer für Völkerverständigung (BfV) konnten verschiedene gesundheitsfördernde Maßnahmen in den Bereichen Mutter-Kind-Gesundheit und psychische Gesundheit sowie Gesundheit von Ehrenamtlichen umgesetzt werden. Das Gesundheitsamt unterstützte die Erstellung von zwei Bachelorarbeiten zum Thema *Gesundheitliche Belastungen und Unterstützungsbedarfe von Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe*. Gemeinsam mit der Hochschule für Angewandte Wissenschaften wurde ein wissenschaftlicher Artikel in einer nationalen Fachzeitschrift dazu eingereicht. Im Bereich psychische Gesundheit konnte das UKE für eine Projektdurchführung in Bergedorf gewonnen werden.

Die Maßnahmen der Gesundheits- und Pflegekonferenz (GPK) wurden im Fachausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration vorgestellt.

Das Bezirksamt beteiligt sich am Pakt für Prävention *Gesund alt werden* und *Gesund leben und arbeiten in Hamburg*.

## **Sozialpsychiatrischer Dienst**

Der Sozialpsychiatrische Dienst (SpD) bietet Hilfen und Schutzmaßnahmen für volljährige psychisch Kranke und geistig Behinderte sowie deren soziales Umfeld an. Er ist sowohl ein Kriseninterventionsdienst als auch eine Beratungs- und Begutachtungsstelle.

Bei der originär vom SpD betreuten Klientel handelt es sich häufig um chronisch kranke Patienten mit komplexen psychosozialen Problemlagen bei gleichzeitig eingeschränkter Bereitschaft zur Mitarbeit und reduziertem Hilfesuchverhalten. Hier hat die aufsuchende und motivierende Arbeit, die zeitaufwändig ist, eine besondere Bedeutung.

Die Diagnosen der im SpD betreuten Patienten erstrecken sich über das ganze Spektrum psychiatrischer Erkrankungen. Die fünf führenden Diagnosegruppen im Jahre 2016 waren affektive



Störungen, d.h. krankheitsrelevante Störungen der Stimmung wie Depression oder Manie (24,1%), Sucht- bzw. Suchtfolgeerkrankungen (16,4%), neurotische Störungen (15,1%), schizophrene Störungen (14,4%) und Persönlichkeitsstörungen (8,7%).

Ferner werden Angehörigenberatungen und Beratungen des sozialen Umfeldes von psychisch kranken Menschen weiterhin stark nachgefragt, beispielsweise auch von anderen Dienststellen wie Jugendamt, Fachstelle für Wohnungsnotfälle, von Pflegediensten sowie Wohnunterkünften.

Der Sozialpsychiatrische Dienst erstellte im Jahr 2016, neben der umfänglichen Beratungs- und Kriseninterventionstätigkeit, für andere Behörden und Ämter insgesamt 206 Stellungnahmen/Gutachten.

Es werden regelmäßig Gruppentreffen für Betroffene angeboten. Traditionell trifft sich an jedem Montag der Patientenclub in den Räumen des Gesundheitsamtes. Darüber hinaus finden einmal im Jahr ein gemeinsamer Tagesausflug und eine externe Weihnachtsfeier des Patientenclubs statt.

Der Sozialpsychiatrische Dienst arbeitet in einem Netzwerk unterschiedlicher Einrichtungen und Institutionen aus dem psychiatrischen Bereich innerhalb und außerhalb des Bezirkes. So beteiligt sich der Sozialpsychiatrische Dienst u.a. an der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG), dem Forum Angehörigenarbeit und an Arbeitsgruppen der Fachbehörde.

### **Beratungsstelle für körperbehinderte Menschen**

Die Beratungsstelle berät und betreut körperbehinderte und von Behinderung bedrohte Menschen und vermittelt bedarfsorientierte Hilfen für diesen Personenkreis. Die Aufgabe umfasst persönliche Unterstützung bei Fragen, die in Zusammenhang mit der Behinderung stehen, Beratung zu sozialhilferechtlichen Fragen und sonstigen gesetzlichen Bestimmungen, Begleitung und Koordinierung weitergehender Hilfen sowie Stellungnahmen zu Anfragen anderer Dienststellen.

Neben der beratenden und begleitenden Aufgabe bleibt die Begutachtung mit jährlich der Hälfte aller sozialpädagogischen Gutachten-Anfragen die wichtigste Säule der Arbeit der Beratungsstelle.

Zusätzlich zu komplexen gesundheitlichen und sozialen Problemlagen der Klienten ist ein Zuwachs an psychisch belasteten und auffälligen sowie schwerstpflegebedürftigen körperbehinderten Menschen zu verzeichnen. Der aufsuchenden Arbeit kommt eine zunehmend bedeutende Rolle zu. Die gestiegene Nachfrage nach selbstbestimmten und individuellen Versorgungsmodellen (Arbeitgebermodell, persönliches Budget, Beschäftigung ausländischer Pflegekräfte) stellen die Beratungsstelle vor besondere Herausforderungen.

Die Netzwerkarbeit wurde im Jahre 2016 weiter ausgebaut. Es fanden Treffen mit Mitarbeiterinnen des Projektes Gesundheit 25 (Sengelmann Institut für Medizin und Inklusion) und dem Bergedorfer Rollenden Stadtführer statt.

Im November 2016 nahmen die Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle an einer Fortbildung zum Pflegestärkungsgesetz teil.

### **Jugendpsychiatrischer Dienst**

Der Jugendpsychiatrische Dienst berät Eltern, deren Kinder geistig, psychisch oder mehrfach behindert oder von einer solchen Behinderung bedroht sind, über rehabilitative Maßnahmen und psychosoziale Hilfen. Er unterstützt Kinder, Jugendliche und deren Bezugspersonen in Krisensituationen und bietet Beratung für Institutionen wie Jugendamt, Schulen, Kindergärten etc. und natürlich für Familien in Bergedorf an. Im Auftrag anderer Ämter werden gutachtliche Stellung-



nahmen erstellt. Zu den Fragestellungen gehören u.a. Eingliederungshilfen für geistig, seelisch oder mehrfach behinderte Kinder, Frühförderung in der Kita und heilpädagogische Leistungen.

Insgesamt ist weiterhin wie in den Jahren zuvor eine deutliche Zunahme der Gutachtaufträge zu verzeichnen. Wurden im Jahre 2011 noch 229 Gutachten erstellt, stieg die Zahl kontinuierlich auf 418 im Jahre 2016.

<b>Kennzahlen</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Anzahl der Klienten im SpD	757	718	689
Anzahl der Gruppentermine im SpD	50	50	48
Anzahl der Klienten im JpD	396	440	367
Anzahl der Klienten in der Beratungsstelle für Körperbehinderte	428	455	486
Anzahl der ärztlichen, sozialpädagogischen, psychologischen Gutachten und Stellungnahmen	1212	1179	1103
Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei der Erstellung von Gutachten/ Stellungnahmen in Tagen	24	24	27

### **Kinder- und Jugendgesundheitsdienst**

Der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst umfasst den Schulärztlichen Dienst, den Schulzahnärztlichen Dienst und die Mütterberatung.

#### **Schulärztlicher Dienst**

Der Schulärztliche Dienst des Gesundheitsamtes fördert und schützt die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und berät Eltern in Fragen der Gesundheitspflege- und -förderung ihrer Kinder. Die Schulärztinnen sind in allen medizinischen Fragen Ansprechpartner der Bergedorfer Schulen. Sie wirken darauf hin, dass Problemlagen frühzeitig erkannt und Fördermaßnahmen zeitnah eingeleitet werden. Die Schulärztinnen arbeiten dabei eng mit den Eltern, den Schulen und anderen sozialen und medizinischen Einrichtungen zusammen.

Die Schulärztinnen sind zusätzlich in der Mütterberatung tätig und decken die Impfsprechstunden ab. Bei notwendigen Riegelungsimpfungen im Rahmen von Ausbrüchen oder anderen Impfkationen stellen sie die Einsatztruppe des Gesundheitsamtes dar.

Im Schuljahr 2015/2016 wurde bei den Schuleingangsuntersuchungen eine Untersuchungsquote von 94 % erreicht. Neben den Schuleingangsuntersuchungen sind alle dringlichen Fälle und alle von den Schulen gemeldeten Kinder schulärztlich untersucht worden.

Im Berichtsjahr wurden zahlreiche Erst- und Auffrischungsimpfungen bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen durchgeführt. Die Gripeschutzimpfung im November, die sich besonders an ältere und chronisch kranke Bürger richtete, wurde sehr gut angenommen. Dagegen fand die hamburgweite Impfkation, die von der Gesundheitsbehörde beworben wurde, in allen Bezirken kaum Resonanz.



## Schulzahnärztlicher Dienst

Der Schulzahnärztliche Dienst im Gesundheitsamt Bergedorf untersucht jedes Jahr die Zähne der Kinder in den Kindergärten und der Schulkinder (Vorschule bis 6. Klasse).

Die Schulzahnärztlichen Dienste der Bezirke beteiligten sich im Schuljahr 2015/2016 an einer bundesweiten Studie der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Jugendzahnpflege (DAJH). Zu der untersuchten Gruppe gehörten auch die Schülerinnen und Schüler der Jahrgänge 5 und 6 aller Schultypen. Dadurch wurde eine sehr hohe Zahl von Schülerinnen und Schülern untersucht. Darüber hinaus konnten sehr viele Kinder in Kindertageseinrichtungen untersucht werden.

Die Kariesprophylaxehelferin führt an Grundschulen bis zur 4. Klasse Kariesprophylaxemaßnahmen einschließlich Zahnschmelzhärtung (Fluoridierung) durch. Dieses Angebot wird sehr gut angenommen. Im Schuljahr 2015/2016 wurden insgesamt 461 Grundschüler im Kariesprophylaxeprogramm betreut.

### Schulzahnärztlicher Dienst<sup>6</sup>

Kennzahlen	2014	2015	2016
Anzahl der gemeldeten Schüler der 1. - 6. Klasse einschl. Vorschule	7044	6949	8505 <sup>7</sup>
davon 85% = Soll	5987	5907	7229
Tatsächlich durchgeführte Untersuchungen (Ist)	6467	3736	7417
Anzahl der untersuchten Kinder im Verhältnis zu den gemeldeten Kindern in Prozent	92	54	87
Zahnärztliche Untersuchungen nach dem Kinderbetreuungsgesetz	2618	1785	2281
Zahnärztliche Gutachten	3	2	4

## Mütterberatung

Die Mitarbeiterinnen der Mütterberatung beraten Eltern von Säuglingen und Kleinkindern in regelmäßigen Sprechstunden und bei Hausbesuchen. Zusätzlich werden auch Gruppen für Barmassage und Babyernährung angeboten. Zum Team der Mütterberatung gehören Kinderärztinnen, Kinderkrankenschwestern und Krankenschwestern. Sie unterstützen und beraten in allen Fragen rund um das Baby und koordinieren weiterführende Hilfen. Die Mütterberatung beteiligt sich aktiv an der Umsetzung des Bezirkskonzeptes „Frühe Hilfen Hamburg“ im Rahmen des Landesprojektes „Guter Start für Hamburgs Kinder“ - unterstützt durch die Bundesinitiative Frühe Hilfen.

<sup>6</sup> In Analogie an die SNH-Kennzahlen, die zweimal jährlich an die Bürgerschaft berichtet werden, erfolgt die Erfassung nach Kalenderjahr.

<sup>7</sup> Die hohe Zahl erklärt sich durch die Teilnahme der Bezirke an der DAJ-Studie (Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugendzahnpflege). Im Zusammenhang mit dieser Studie wurden mehr Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 und 6 gemeldet und untersucht.



Im Jahr 2016 konnten 78 % der Bergedorfer Familien mit einem Säugling und außerdem den Familien, die neu in Bergedorf zugezogen sind und kleine Kinder haben, ein Hausbesuch angeboten werden. Dieses Hausbesuchsangebot wird auch Flüchtlingsfamilien in den Wohnunterkünften Bergedorfs gemacht. Insgesamt wurden die Hausbesuche gut angenommen. Bei Familien mit Säuglingen werden sie mit einem Begrüßungsbrief des Bezirksamtsleiters angekündigt. Außerdem erhalten die Familien einen Babyschlafsack als Willkommensgeschenk. Das Schlafen des Säuglings in einem Schlafsack in Rückenlage ist ein besonders wichtiger Faktor, um das Risiko des Plötzlichen Säuglingstodes zu mindern und eine gesunde Entwicklung zu fördern.

An zwei Standorten (Elternschule Bergedorf-West und Eltern-Kind-Zentrum Röpredder) wurden Kurse für Babymassage angeboten. Eine Kinderkrankenschwester des Mütterberatungsteams hat sich darin qualifiziert. Bei der Babymassage kommt es darauf an, das Baby zu beobachten und seine Signale aufzunehmen, ob und wie es berührt werden möchte. Daher hilft diese Methode Müttern und Vätern, mit ihrem Baby in emotionalen Kontakt zu kommen und es einfühlsam zu berühren.

„Ernährung im ersten Lebensjahr“ als weiteres Gruppenangebot für Mütter und Väter mit Säuglingen wurde sehr positiv von den Eltern angenommen.

Die Sprechstunden der Mütterberatung an vier verschiedenen Standorten im Bezirk wurden kontinuierlich durchgeführt, auch unter Beteiligung der Kinderärztinnen des Gesundheitsamtes. Ein besonderes Angebot in den Sprechstunden und in vereinbarten Einzelterminen ist die Tragetuchberatung. Eine Krankenschwester des Teams hat sich auf diesem Gebiet entsprechend fortgebildet. Das Beratungsangebot der Mütterberatung insgesamt wird in Bergedorf in hohem Maße nachgefragt.

Das Team der Mütterberatung beteiligt sich regelhaft an dem Bergedorfer Gesamtarbeitskreis Frühe Hilfen und am Runden Tisch Bergedorf zum Thema „seelische Gesundheit in Schwangerschaft und Postpartalzeit“.

Im April und im Juni 2016 führte das Gesundheitsamt zwei kinderärztliche Fortbildungen für Kindertagesstätten in ganz Hamburg durch. Themen waren Fieberkrämpfe und Kinder mit Krampfanfällen in der Kita. Die Resonanz war sehr positiv. Insgesamt nahmen 40 Mitarbeiter/innen von Kindertagesstätten aus fünf Bezirken an den Fortbildungen teil.

### **Mitarbeit der Mütterberatung in den Familienteams**

In den Familienteams arbeiten die Familienhebammen und Sozialpädagoginnen der früheren Familienhebammenprojekte und die Kinderkrankenschwestern und Krankenschwestern der Mütterberatung verbindlich zusammen. Sie haben die Schlüssel- und Lotsenfunktion für das bezirkliche Hilfesystem der Frühen Hilfen und leisten aufsuchende Arbeit im Rahmen der Arbeitsteilung im Netzwerk. An den Standorten KiFaZ Lohbrügge, KiFaZ Neuallermöhe und Oberer Landweg 2 (Nestlotsen) arbeiten jetzt das Familienteam Lohbrügge, zuständig für Lohbrügge, das Familienteam Neuallermöhe, zuständig für Neuallermöhe und Vier- und Marschlande, und das Familienteam Nestlotsen, zuständig für Bergedorf West und Kerngebiet. Damit wird die Versorgung des gesamten Bezirkes Bergedorf gewährleistet. Mit den Babylotsen Hamburg, die schon in den Geburtskliniken Mütter/Familien mit speziellem oder umfassendem Hilfebedarf identifizieren sollen, ist eine verbindliche Zusammenarbeit vereinbart worden.



<b>Kennzahlen</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Anzahl der Kinder in den Mütterberatungsstellen, die untersucht bzw. zu denen beraten wurde.	1822	1677	1400
Anzahl der Hausbesuche im Rahmen der Gesundheitsvorsorge bei Säuglingen und Kleinkindern	434	428	498

### **Projekt „Einladungswesen U6/U7“**

Das Projekt „Einladungswesen für die Kindervorsorgeuntersuchungen U6 und U7“ ist Bestandteil des Hamburger Landeskongzeptes „Frühe Hilfen: Guter Start für Hamburgs Kinder“.

Waren in 2015 noch 1198 Meldungen an das Gesundheitsamt erfolgt, so betrug die Zahl der gemeldeten Kinder in 2016 894. Damit wurde jedes dritte Kind, das für eine U6 oder U7 infrage kommt, gemeldet.

### **Schulärztlicher Dienst**

<b>Kennzahlen</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Untersuchungen gem. § 34 (4) HmbSchulG	27	12	9
Untersuchungen gem. § 34 (5) HmbSchulG (Schuleingangsuntersuchungen)	960	1096	1143
Allgemeine Betreuung/ Untersuchung gem. § 34 (3) Hmb-SchulG (auf Ersuchen der Schule)	51	49	80
Untersuchungen im Einzelfall gem. § 34 (1) HmbSchulG (z.B. Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs)	90	122	144
Anzahl der Impfungen (Mütterberatung, Schulärztlicher Dienst, Impfsprechstunde)	129	206	302

### **Gesundheitsschutz**

#### **Gesundheitsaufsicht**

Die Gesundheitsaufsicht ermittelt bei Meldung von Infektionserkrankungen, bewertet die Daten und veranlasst entsprechende Maßnahmen. Bei gehäuft auftretenden Erkrankungen (Ausbrüchen) und Epidemien werden Schutzmaßnahmen gegen die Weiterverbreitung für die Bevölke-



rung und Einrichtungen geplant, vermittelt und veranlasst. Gleichzeitig führt die Gesundheitsaufsicht die Medizinalaufsicht über die nicht in Kammern organisierten Heilberufe aus. Sie überwacht die Umsetzung der Hygienestandards in Krankenhäusern, Arztpraxen, Kindertagesstätten sowie in Gemeinschaftsunterkünften, bei privaten Rettungsdiensten, in Tattoo- und Piercingstudios, Podologen sowie bei Heilpraktikern und Hebammen.

Die administrative Erfassung im Rahmen der Medizinalaufsicht über die nicht in Kammern organisierten Heilberufe wird ab 2016 vom Geschäftszimmer des Gesundheitsamtes übernommen. Bewertung und Überwachung im Medizinalbereich nach dem Gesundheitsdienstgesetz erfolgen durch die Gesundheitsaufsicht.

In dem Fachdienst arbeiten neben der Fachamtsleitung ein Arzt und zwei Gesundheitsaufseherinnen, von denen eine ausgebildete Gesundheitsingenieurin ist. Diese Mitarbeiterin ist gleichzeitig auch für das Verbraucherschutzamt tätig.

Im Jahr 2016 wurden die routinemäßigen Begehungen der Krankenhäuser und Kindereinrichtungen sowie der Podologen und der Senioreneinrichtungen fortgesetzt. Die hygienischen Standards der invasiv tätigen Heilpraktiker werden überwacht. Insgesamt 13 Arztpraxen wurden begangen und auf die hygienischen Verhältnisse hin überprüft.

Die verbesserte Zusammenarbeit mit den Gemeinschaftseinrichtungen im Bezirk hat auch im zurückliegenden Jahr zu einer deutlich höheren Meldezahl im Rahmen von Ausbrüchen geführt.

Die gesamte Versorgungssituation in den Flüchtlingsunterkünften und insbesondere die anfangs besorgniserregenden hygienischen Verhältnisse in den Notunterkünften konnten schrittweise verbessert werden. In den Einrichtungen wurde kein gehäuftes Auftreten von nach dem Infektionsschutzgesetz meldepflichtigen Erkrankungen beobachtet. Das Gesundheitsamt selbst hat Impfungen von 60 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen durchgeführt.

<b>Kennzahlen</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Fälle im Infektionsschutz	1613	2303	2200
Begehungen (regel- und anlassbezogen) und Anlassprüfungen in der Kommunalhygiene und im Medizinalbereich	55	45	75

### **Wohn-Pflege-Aufsicht**

Die Wohn-Pflege-Aufsicht berät ältere, behinderte und auf Betreuung angewiesene Bewohnerinnen und Bewohner sowie Angehörige. Ebenso gilt das Beratungsangebot für Betreiber von Einrichtungen und Personen mit berechtigtem Interesse.

Das Hamburgische Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz ist die gesetzliche Grundlage für die Arbeit der Wohn-Pflege-Aufsicht. Hierunter fallen:

- Servicewohnanlagen (ehemals betreutes Wohnen)
- Wohngemeinschaften für Pflegebedürftige
- Wohneinrichtungen für Senioren (alt: Heime)
- Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderungen
- Tagespflegestätten und Hospize
- Ambulante Pflegedienste und Dienste der Behindertenhilfe.

Die Wohn-Pflege-Aufsicht führt Kontrollen durch und prüft die Qualität der Pflege- und Betreuungsleistungen. Das Ziel ist, die Interessen und Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner



zu schützen und insbesondere die Selbstbestimmung und Teilhabe sowie die Selbstverantwortung zu wahren. Neben den Aufgaben als Kontroll- und Beratungsinstanz ist die Wohn-Pflege-Aufsicht auch Beschwerdestelle für die oben aufgeführten Zielgruppen.

Der Arbeitsschwerpunkt der WPA in 2016 war das Bearbeiten von Beschwerden in Wohneinrichtungen der Eingliederungshilfe und für Senioren, ambulanten Pflegediensten sowie Service-wohnanlagen. Die Inhalte der Beschwerden sind sehr komplex und umfassen häufig mehrere Prüfbereiche wie z.B. Pflege, Selbstbestimmung und Teilhabe sowie Personal- und Qualitätsmanagement. Die Anzahl der Anlassprüfungen von ambulanten Pflegediensten hat sich in 2016 verdoppelt.

Die durchgeführten Anlassprüfungen zeigten, dass die Beschwerden meist begründet waren und die Bearbeitungen incl. Mängelvereinbarungen und Bescheiden einen erheblichen Zeit- und Arbeitsumfang in Anspruch nehmen.

Im April 2016 trat eine Durchführungsverordnung des Hamburgischen Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetzes in Kraft, die umfangreiche einheitliche Prüfstandards festlegte. Gleichzeitig wurden durch zwei von der Gesundheitsbehörde eingesetzte externe Institute das Gesetz selbst und der damit verbundene Arbeitsaufwand sowie die notwendigen Personalressourcen evaluiert. Die Ergebnisse stehen noch aus. Eine Projektgruppe prüft seit 2016 eine mögliche Zentralisierung der bezirklichen Wohn-Pflege-Aufsichten.

<b>Kennzahlen</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Anzahl der Wohneinrichtungen	23	25	25
Anzahl der regelhaft zu prüfenden Wohneinrichtungen	12	10	24
Anzahl der regelhaft geprüften Wohneinrichtungen	3	11	4
Anzahl der bearbeiteten Beschwerden	70	21	56
Anzahl der anlassbezogenen Prüfungen	35	24	29
Anzahl der stichprobenhaften und anlassbezogenen Überprüfungen von ambulanten Pflegediensten	6	7	15



#### 4. Dezernat für Wirtschaft, Bauen und Umwelt

Kennzahlen	2014	2015	2016
Beschäftigungsvolumen	177,22	174,89	180,96
Sachkostenbudget in €			
Ansatz und Rest Vorjahr <b>Soll</b>	116.300	163.000	154.215
Ausgaben <b>Ist</b>	95.992	144.895	140.476
übertragbarer Rest	0	0	0
Vertretung der Bezirksamtsleitung in den Fachausschüssen	Stadtplanungsausschuss, Fachausschüsse für Landschaftsplanung, Grünangelegenheiten und Umweltschutz, für Bauangelegenheiten, für Verkehr und Inneres, für Wirtschaft, Arbeit und Verbraucherschutz sowie gelegentlich für Sport und Kultur.		
Sowie Vertretung im	Regionalausschuss, Unterausschuss für Bauangelegenheiten		
Schriftliche Anfragen/Eingaben aus der Bevölkerung	31	59	37
Eröffnungstermine der Ausschreibungsangebote	30	36	29
davon öffentliche Ausschreibungen	0	0	1
davon beschränkte Ausschreibungen	30	36	28

Im Dezernat sind im Wesentlichen die technisch-baulichen und ökonomischen Dienstleistungen des Bezirksamtes in den Fachämtern Stadt- und Landschaftsplanung, Management des öffentlichen Raumes, Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt sowie dem Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt konzentriert.

##### 4.1 Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung (SL)

Kennzahlen	2014	2015	2016
Beschäftigungsvolumen am 31.12.	11,57	10,54	12,28
Einnahmen in €	28.865	28.744	33.479
Ausgaben in €	351.284	351.310	785.577
Anzahl der eingeleiteten bezirklichen Bebauungspläne (Grobabstimmung) im Jahresverlauf	22	20	24



Anzahl der bezirklichen Bebauungspläne, die Vorweggenehmigungsreife erlangt haben	1	6	2
Anzahl städtebauliche Verträge und Durchführungsverträge	5	6	12
Anzahl der teilräumlichen Planungen und sonstiger Konzepte	6	11	10
Anzahl der bezirklichen Wettbewerbsverfahren	7	6	4
Anzahl der öffentlichen Veranstaltungen (z.B. ÖPD, Stadtwerkstatt, sonstige Anhörungen)	8	4	5

## Aufgabe und Entwicklung 2016

### Allgemeines

Das Fachamt ist für die übergeordnete bzw. vorbereitende Planung aller für den Bezirk relevanten stadtplanerischen bzw. städtebaulichen und landschaftsräumlichen Entwicklungen und entsprechenden konkreten Projekten sowie deren Umsetzung in verbindliche Bauleitpläne zuständig. Diese Aufgaben werden in enger Verzahnung der drei Abteilungen SL1, SL2 und SL3 durchgeführt und reichen von ersten Gesprächen mit potentiellen Investoren über die Organisation und fachliche Begleitung von städtebaulichen und landschaftsplanerischen Wettbewerbs- bzw. Gutachterverfahren, die Schaffung des Bauplanungsrechts bis zur planungs- und naturschutzrechtlichen Beurteilung von Planverfahren und Bauvorhaben.

Des Weiteren nimmt das Fachamt die Aufgabe des Federführers für alle Bezirke im Bereich der Stadt- und Landschaftsplanung wahr. In diesem Zusammenhang müssen zum Beispiel grundsätzliche und überwachende Aufgaben auf dem Gebiet der „Strategischen Neuausrichtung des Haushaltswesens“ erledigt werden und wurden Beschleunigungsmaßnahmen für Bebauungsplanverfahren erwogen.

Weiterhin erfolgte die federführende Abstimmung einer Vielzahl von Drucksachen, parlamentarischen Anfragen und dergleichen. Ein Schwerpunkt der Anfragen bezog sich auch dieses Jahr auf die Wohnungsbauentwicklung und die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden. Mit großem zeitlichem und personellem Aufwand verbunden waren zudem die federführende Abstimmung von Grundlagen für die in Erarbeitung befindlichen Nahversorgungs- und Gewerbeflächenkonzepte aller sieben Bezirke, die Entwicklung der Fläche für Flüchtlinge und Asylbegehrende am Mittleren Landweg, die im 2. Halbjahr aufgenommenen planerischen Vorbereitungen für das Gebiet Oberbillwerder sowie die Wettbewerbsverfahren für das neue KörperHaus und das Stuhlrohrquartier.

Zudem nimmt das Fachamt federführende und steuernde Aufgaben auf dem Gebiet der elektronischen Bauleitplanung und Planungsinformationssysteme für den gesamten Bereich der FHH wahr, die auch in 2016 aufgrund von Systemumstellungen, zu erarbeitenden Programmverbesserungen und der zunehmenden Vernetzung personal- und zeitintensiv waren.



## Übergeordnete Planung

### Wohnungsbau

Wie bereits in den vorangegangenen Jahren stand auch 2016 der Wohnungsbau im Fokus der Tätigkeiten des Fachamtes. Der Senat hat 2016 die Zielzahlen für den Wohnungsbau auf 10.000 genehmigte Wohneinheiten pro Jahr erhöht. Für Bergedorf bedeutet dies, dass statt der bisherigen 600 Wohneinheiten jetzt planerische Voraussetzungen für 800 Wohneinheiten im Jahr geschaffen werden müssen. Bergedorf hat diese neue Zielzahl bereits im Jahr 2016 erreicht bzw. überschritten.

In der Übergeordneten Planung werden sowohl das Wohnungsbauprogramm als auch verschiedene Sonderthemen des Wohnungsbaues und die planerische Vorbereitung und Entwicklung einzelner Flächen bearbeitet.

Für das Jahr 2016 hervorzuheben sind zwei große Flächen für den Wohnungsbau, die 2015 noch nicht auf der Agenda standen.

Zum einen handelt es sich hier um das sog. Stuhrohrquartier in unmittelbarer Zentrumslage von Bergedorf. Nach einem Eigentümerwechsel soll das Gesamtquartier neu entwickelt werden. Es soll ein attraktives und urbanes Stadtquartier mit ca. 800 - 1.000 Wohnungen und ergänzenden Nutzungen entstehen. 2016 wurde hier ein städtebauliches und landschaftsplanerisches Gutachterverfahren durchgeführt, welches mit der Jurysitzung Anfang Januar 2017 abgeschlossen wird. Die Entwicklung des Gebietes soll dann möglichst schnell vorangetrieben werden.

Zum anderen hat die Senatskommission für Stadtentwicklung im September 2016 die IBA Hamburg damit beauftragt, zusammen mit dem Bezirk Bergedorf und der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, eine Masterplanung für die Fläche Oberbillwerder zu erarbeiten. Hierfür wurde 2016 die ersten planerischen Schritte eingeleitet und die Öffentlichkeit in einer Auftaktveranstaltung am 21.12.2016 erstmalig informiert. Hier soll das Konzept von „Mehr Stadt an neuen Orten“ umgesetzt werden.

Beide Gebiete führen dazu, dass der Bezirk auch mittelfristig über ausreichend Wohnbaupotenziale verfügen wird und somit in der Lage sein wird, die Zielzahl von 800 Wohneinheiten pro Jahr auch in den kommenden Jahren zu erfüllen.

Weitere große Wohnungsbauvorhaben, die 2016 auch deutlich vorangetrieben werden konnten, waren die Flächen westlich und östlich des Schleusengrabens (Wohnen am Weidensteg, Glasbläserhöfe und Schleusengärten/Schilfpark) sowie nördlich des Reinbeker Redder.

Bei der Entwicklung von Wohnbauflächen ist zu berücksichtigen, dass das Bezirksamt bei der Förderung von Wohnungsbauvorhaben nur begrenzte Einflussmöglichkeiten hat bzw. nur Rahmenbedingungen für Investitionen schaffen kann. Für die Umsetzung sind Eigentümer und Investoren selbst verantwortlich.

### Unterkünfte für Flüchtlinge und Asylbegehrende

Ebenfalls ein Schwerpunkt der Arbeit des Fachamtes war auch 2016 wieder die Suche nach Flächen für die Errichtung von Unterkünften für Flüchtlinge und Asylbegehrende sowie deren Prüfung und Bewertung. Das Bezirksamt trifft sich hierzu in regelmäßigen Abständen mit den Zentralen Koordinierungsstab für Flüchtlinge.

Hervorzuheben sind hier die Flächen am BUKH, am Binnenfeldredder und natürlich die Fläche am Mittleren Landweg. Auf der letzteren Fläche konnte in enger Zusammenarbeit mit dem Eigentümer bzw. Investor das Ziel erreicht werden, noch in 2016 die ersten Wohnungen fertigzustellen, so dass ein Einzug der ersten Flüchtlinge realisiert werden konnte.



### Schleusengraben

Die Entwicklung am Schleusengraben ist auch in 2016 erneut deutlich vorangeschritten. Neben der weiteren Realisierung des Gebietes Glasbläserhöfe I und der planerischen Vorabstimmung des Gebietes Glasbläserhöfe II wurde in Abstimmung mit dem Bezirk das Bebauungskonzept für die Fläche Wohnen am Weidensteg überarbeitet. Außerdem konnte erfreulicherweise östlich des Schleusengrabens im Bereich Schleusengärten/Schilfpark zusammen mit den neuen Eigentümern die bauliche Realisierung auf den Weg gebracht werden.

Zudem wurde die Planung und Umsetzung der Fuß- und Radwegeverbindung an beiden Gewässerseiten und die Realisierung der Brücke über das Gewässer durch das Fachamt begleitet.

### Stuhlrohrquartier

Für den Bereich „Stuhlrohrquartier“ wurde im 4.Quartal 2017 ein einphasiges städtebauliche-freirumplanerisches Gutachterverfahren ausgelobt. Zu diesem Verfahren hat es eine parallel laufende intensive Bürgerbeteiligung u.a. in Form einer sog. Gläsernen Werkstatt und einer online-Beteiligung gegeben. Preisgerichtssitzung 11.01.2017.

### KörperHaus

Für das Projekt KörperHaus ist im 4.Quartal 2017 ein EU-weiter hochbaulicher Realisierungswettbewerb ausgelobt worden. Eine Eckpunktevereinbarung zwischen Körper-Stiftung und Bezirksamt wurde geschlossen. Weitere Gespräche mit einem potentiellen Realisierungsträger wurden geführt und die Rahmenseetzungen einer möglichen Zusammenarbeit konnten konkretisiert werden. Preisgerichtssitzung 05.04.2017.

### Oberbillwerder

Aufgrund eines Beschlusses der Senatskommission für Stadtentwicklung am 28.09.2016 wurden in 2016 auch die Planungsvorbereitungen für das Gebiet Oberbillwerder aufgenommen. Mit dem Senko-Beschluss wurde die IBA Hamburg GmbH als Projektentwickler eingesetzt und mit der ersten Planungsphase zur Erarbeitung eines Masterplans beauftragt. Die Abstimmungen und Planungsschritte finden in sehr enger Abstimmung mit dem Bezirksamt und der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen statt. Noch im Dezember 2016 hat die erste Öffentlichkeitsbeteiligung stattgefunden. Über 400 Bürger und Betroffene haben diese Veranstaltung genutzt, um sich zu informieren und eigene Vorschläge und Ideen einzubringen.

### Vier- und Marschlande

Auch im Jahr 2016 hat der Arbeitskreis Vier- und Marschlande in unregelmäßigen Abständen getagt. Dieses nicht entscheidungsbefugte Gremium hat sich insofern bewährt als dass dort viele für die Vier- und Marschlande wichtige Themen besprochen und Befassungen des Stadtentwicklungsausschusses vorbereitet werden können.

Neben vielen Einzelthemen wurde auch in 2016 erneut eine Abstimmung über die Wohnbauflächenpotenziale durchgeführt.

### Bezirkliche Nahversorgungskonzepte

Das federführende Fachamt SL in Bergedorf hat Anfang 2016 den Gesamtauftrag zur Erarbeitung der bezirklichen Nahversorgungskonzepte an die GMA vergeben.

In 2016 erfolgten mehrere Abstimmungsgespräche zwischen dem Auftragnehmer und den sieben Bezirken, um eine möglichst einheitliche Basis für alle Konzepte zu erarbeiten. In 2016



wurde die Arbeit an den Konzepten für Mitte, Altona und Nord aufgenommen. 2017 folgen die restlichen vier Bezirke einschl. Bergedorf.

Außerdem erfolgte in 2016 eine komplette Bestandsaufnahme aller Einzelhandelsbetriebe in Hamburg durch das Büro GMA.

### Bezirkliche Gewerbeflächenkonzepte

Anfang 2016 wurde zwischen den Bezirken, der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation und der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen abgestimmt, dass die Bezirke mit Unterstützung der beiden Fachbehörden ihre Gewerbeflächenkonzepte fortschreiben. Hierzu wurde durch die BWVI und die BSW eine Kompletterhebung des Bestandes der Gewerbegebiete in Auftrag gegeben und in 2016 weitestgehend abgeschlossen. Dem federführenden Bezirksamt oblag es, diesen Abstimmungsprozess zwischen den Bezirken zu organisieren und die Bezirke in Terminen mit der BWVI und der BSW zu vertreten. In 2017 werden voraussichtlich alle sieben Bezirke ihre Gewerbeflächenkonzepte fortschreiben.

### **Bebauungsplanung**

Im Wesentlichen wurden im Jahr 2016 folgende Leistungen erbracht:

Fünf Planverfahren wurden neu eingeleitet: Bergedorf 119 (Gewerbegebiet westlich Curslacker Heerweg), Billwerder 29 / Allermöhe 29 / Neuallermöhe 1 (Mittlerer Landweg Mitte), Lohbrügge 87 (Änderung, Dorfanger Boberg), Lohbrügge 93 (östlich Sterntwiete) und Ochsenwerder 14 (Hotel Ochsenwerder Kirchendeich).

Für die Bebauungsplanverfahren Lohbrügge 93, Kirchwerder 33 (Stadtteilschule Kirchwerder) und Kirchwerder 34 (Wohngebiet südlich Karkenland) wurden öffentliche Plandiskussionen durchgeführt. Für das Bebauungsplanverfahren Bergedorf 119 wurde eine öffentliche Anhörung durchgeführt.

Mit den Trägern öffentlicher Belange wurde der Planentwurf Bergedorf 116 abgestimmt. Für vier weitere Verfahren wurde die Abstimmung eingeleitet: Bergedorf 113 (Weidensteg), Bergedorf 115 (Südlich Mohnhof), Lohbrügge 87 (Änderung), Lohbrügge 93,

Drei öffentliche Auslegungen fanden für folgende Bebauungsplanentwürfe statt: Bergedorf 82 (Änderung, Edith-Stein-Platz), Bergedorf 112 (Bergedorfer Tor) und Bergedorf 116.

Folgende vier Bebauungspläne wurden festgestellt: Bergedorf 82, Lohbrügge 17 (Gewerbegebiet Osterade), Lohbrügge 89 (Hirtenland) und Lohbrügge 92 (Westlich Tienrade).

Für die Verfahren Bergedorf 113, Bergedorf 115, Bergedorf 110 (Änderung, Glasbläserhöfe II), Bergedorf 119, Lohbrügge 93 und Ochsenwerder 14 wurden städtebauliche Verträge entworfen und teilweise oder abschließend abgestimmt.

Für das Bebauungsplanverfahren Lohbrügge 91 (Moosberg) wurde die Auswertung der Nachgebote zur Konzeptausschreibung fachlich begleitet.

Das Verfahren zur Änderung der Hamburger Baustufenpläne, das federführend von der BSW durchgeführt wird, wurde fachlich begleitet.

Im Rahmen der fachlichen Federführung wurden u.a. folgende Leistungen erbracht:

- Entwicklung einer Datenbank für die Bauleitplanverfahren aller Bezirke und der BSW.
- Mitwirkung an der Verbesserung der Fachanwendung „Bauleitplanung online“, an entsprechenden Fachplaner-Schulungen und an einer Informationsveranstaltung für die Träger öffentlicher Belange.
- Mitwirkung an der Überführung der Fachanwendung „Bauleitplanung online“ in eine neue Rechenzentrums Umgebung (sog. Migration). Unterstützung der bezirklichen sowie fachbehördlichen Sachbearbeiter bei der Bauleitplan-Verfahrensdurchführung während dieses Migrationsprozesses.



- 
- Die Prüfung von Innovationen im Rahmen der Fachanwendung „Bauleitplanung ne“ wurde unter Berücksichtigung der Praxiserfahrung fortgeführt.
  - Steuernde und prüfende Aufgaben bei den Leistungskennzahlen im Rahmen des neu eingeführten Berichtswesens der Bezirksverwaltung.
  - Inhaltliche Vorbereitung und Abstimmung von fachspezifischen Fortbildungsveranstaltungen.
  - Abstimmung von SNH-Kennzahlen
  - Abstimmung der bezirklichen Position zu den Optimierungsmaßnahmen für Bauleitplanverfahren
  - Abstimmungen zur Qualitätssicherung der Digitalen Stadtkarte Hamburg als Grundlage für Bauleitplanverfahren sowie Abstimmungen zu Inhalten des bezirklichen Standarddatenpakets
  - Teilnahme an Abstimmungsgesprächen und Mitarbeit an einer Vereinbarung zwischen Amt für Landesplanung und Stadtentwicklung und hamburgischen Planungsbüros zum Thema „Innovation durch XPlanung“.
  - Mitarbeit in der Projektgruppe „Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Planungsinfrastruktur“ der Behörde für Umwelt und Energie
  - Prüfung von Innovationen im Rahmen von „Digital First / Digitale Stadt“
  - Mitarbeit im Auftrag der Senatskanzlei zur Vorbereitung und Durchführung eines Workshops „Digitale Bauleitplanung“ auf Staatsratsebene.
  - Mitarbeit an der Prüfung und Konkretisierung der Impulse aus dem Workshop aus bezirklicher fachlicher Sicht und im Sinne einer Prozessoptimierung und Vereinfachung des Zusammenspiels vorhandener Anwendungen in Zusammenarbeit mit der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen und der Behörde für Umwelt und Energie.
  - Mitarbeit an der Vorbereitung des zweiten Workshops „Digitale Bauleitplanung“ in der Senatskanzlei mit dem Ziel der Entwicklung eines „Planercockpits“.

Das Fachamt entwickelte ein erweitertes Konzept für die Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen (Bergedorfer Modell), welches von den politischen Gremien beschlossen wurde.

Hinzu kamen u.a. folgende Leistungen:

- Städtebauliche Beratung von Bürgern, Vorhabenträgern, Behörden und politischen Gremien.
- Städtebauliche Beurteilung von Bauvorhaben während der Bebauungsplanverfahren.
- Erarbeitung von Veränderungssperren.
- Erarbeitung und Überwachung von städtebaulichen Verträgen und Aufträgen.
- Betreuung von externen Büros und Bauträgern.
- Mitwirkung an Normenkontroll- und Vergleichsverfahren.
- Mitwirkung bei Rechnungshofprüfungen.
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Insgesamt ist das Bezirksamt seinem Ziel, verlässliches und zukunftsorientiertes Planungsrecht zur städtebaulichen Entwicklung und Ordnung zu entwickeln, näher gekommen.



## Landschaftsplanung

Die Abteilung Landschaftsplanung vertritt naturschutzfachliche und weitere landschaftsplanerische Belange in Bezug auf alle städtebauliche Projekte bzw. Bebauungsplanverfahren des Bezirks. Schwerpunkte dieser Arbeit sind insbesondere die Anwendung der städtebaulichen Eingriffsregelung, die Beachtung des besonderen Artenschutzes (insbesondere Vögel, Fledermäuse, Amphibien, Reptilien und Weichtiere) und die Freiraumqualitätsschaffung und -sicherung.

Im 4. Quartal des Jahres 2015 wurde die Abteilung mit der inhaltlichen Federführung der Umweltverträglichkeitsprüfung im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens zur Realisierung einer Unterbringung für 2.500 Flüchtlinge östlich des Mittleren Landwegs betraut. Diese prioritäre Tätigkeit von gesamthamburgischer Bedeutung wurde im Jahr 2016 fortgesetzt. Die Umweltverträglichkeitsprüfung wurde Teil der im Februar 2016 erteilten Teilbaugenehmigung und im April 2016 der alle Genehmigungserfordernisse umfassenden Baugenehmigung. Ende Dezember 2016 wurden die ersten Wohnungen bezogen. Bei der Beantwortung naturschutzfachlicher oder landschaftsplanerischer Fragestellungen seitens Presse und Politik war die Abteilung auch über die Baugenehmigung hinaus beteiligt und weiterhin bezüglich der Kommunikation mit der Bürgerinitiative „Integration Ja-Ghetto Nein“.

Die Abteilung war aktiver Teil der ersten Arbeitstreffen, Gesprächsrunden mit Akteuren/Verbänden und der Vorbereitung der Auftaktveranstaltung zum neuen Stadtteil Oberbillwerder.

Der „Bericht zum Monitoring der Versuchsphase zur geplanten Umsiedlung der im Bereich des Bebauungsplanentwurfs Bergedorf 99 festgestellten Vorkommen der Zierlichen Tellerschnecke“ wurde erstellt und der Politik vorgestellt. Das konkrete Umsiedlungs- und Monitoringkonzept wurde beauftragt. Das Fachamt begleitete auch im Jahr 2016 die Gutachter und beantwortete Anfragen aus Politik und Presse.

Bezüglich des Ausgleichsflächenkonzeptes Bergedorf wurde weitere Daten und Informationen gesammelt sowie der Fachaustausch mit den anderen Bezirken und der Fachbehörde fortgesetzt.

Für die Kleingartenersatzpotentialprüfung wurde die Arbeit an einer Lagebestandskarte aufgenommen. Darüber hinaus erfolgte federführend für den Bezirk die Abstimmung mit der BUE bezüglich Kleingartenersatzpotentialen.



## 4.2 Fachamt Management des öffentlichen Raumes

Kennzahlen		2014	2015	2016
Beschäftigungsvolumen		104,03	101,74	102,41
Einnahmen in EUR <sup>1)</sup>	Soll	1.273.849	2.491.256	2.529.262,50
	Ist	1.299.763	2.763.855	3.543.343,72
Ausgaben in EUR		13.899.869	12.318.959	18.789.685

1) Gebühren, Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, Zwangs- und Bußgelder, Arbeiten für fremde Rechnungen u.a.

### Aufgabe und Entwicklung in 2016

Die Aufgaben dieses Fachbereiches bestehen in der Planung, dem Bauen, dem Herrichten und der Unterhaltung aller öffentlichen Flächen, die in der Zuständigkeit des Bezirksamtes liegen wie: Grünanlagen, Spielplätze, Dauerkleingartenanlagen, Wander- und Radwege, bezirklicher Friedhof, Straßen, Straßenbegleitgrün, Brücken, Herrichten der Depotcontainer-Standorte, Unterhaltung von Gewässern aller Art, Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen, Naturschutzgebiete sowie Bergedorfer Forstflächen.

In Amtshilfe werden Dienstgärten, Sportplätze und Liegenschaftsflächen unterhalten.

2016 sind insbesondere folgende Projekte bearbeitet worden:

### Straßen- und Tiefbauprojekte

- Planung Sanierung Soltaustraße
- Verschiedene Grundinstandsetzungen und Sanierungsmaßnahmen im bezirklichen Straßennetz entsprechend dem Tiefbauprogramm 2016: z. B. Umgestaltung Lohbrügger Markt, Umgestaltung Weidenbaumsweg / Alte Holstenstraße, Beendigung der Sanierung von Straßengräben und der Heinrich-Osterath-Straße
- Verschiedene Grundinstandsetzungen und Sanierungsmaßnahmen im bezirklichen Straßennetz entsprechend dem Tiefbauprogramm 2015: z. B. Billwerder Billdeich, Heinrich-Osterath-Straße, Leuschnerstraße, Beendigung der Sanierung von Straßengräben und des Geh- und Radweges am Curslackter Heerweg
- Vorbereitung und Ausführung von allgemeinen und privaten Erschließungsmaßnahmen Glasbläserhöfe, Schleusengärten/Schilfpark, Irmgard-Pietsch-Ring, Albeke-Bleken-Ring, Fritz-Bringmann-Ring, Hirtenland, Tienrade und Weidenstieg
- Weiterführung des Straßenbaus Wohnerschließung Allermöhe West (z.B. Hans-Stoll-Straße, Marie-Henning-Weg)
- Vorbereitung und Bau von diversen Maßnahmen der erstmaligen, endgültigen Herstellung von Straßen (Straßen Lüttwetter und Blaue Brücke)
- Vorbereitung und Ausführung von Baumaßnahmen zur Grundinstandsetzung und Verbesserung von Bushaltestellen im Rahmen des Titels „Förderung des ÖPNV“
- Vorbereitung und Bau von diversen Maßnahmen zur Grundinstandsetzung und Verbesserung von Radwegen im Rahmen des Titels „Förderung des Radverkehrs“ (z.B. Veloroute 8, Knoten Lohbrügger Landstraße / Weberade, Ludwig-Rosenberg-Ring / Alte Holstenstraße, Querung Binnenfeldredder/Röpraredder, Ochsenwerder Norderdeich, Bergedorfer Straße von Vierlandenstraße bis Neuer Weg, Verbesserung des Fahrradparkens durch Aufstellen von Fahrradbügeln, Planung von Radfahrstreifen an der Anschlussstelle A25 Allermöhe)



- 
- Erarbeitung eines Radverkehrskonzeptes für den Bezirk Bergedorf
  - Mitarbeit bei der Erarbeitung diverser B-Pläne hinsichtlich der Erschließung (Grün-, Straßen-, Tief- und Wasserbau)

### **Unterhaltungsmaßnahmen Straßen und Wege**

- Fortführung der Sanierung von Teilflächen an Hauptverkehrsstraßen
  - Überwachung, Anpassung und Ausarbeitung des Winterdienstes
  - Instandsetzungsprogramm „öffentliche Toiletten“ an den Badeseen
  - Wildkrautbeseitigung an Haupt- und Nebenstraßen
  - Förderung des nichtmotorisierten Verkehrs an Haupt- und Nebenstraßen
  - Schulwegsicherungsprogramm: Fahrbahnmarkierungen spez. an Überwegen
  - Wiederherstellung von Straßenentwässerungssystemen (u.a. an der B 5 und in den Vier- und Marschlanden).
  - Erfüllung des fortlaufenden Schlaglochbeseitigungsprogrammes
  - Durchführung des EMS-Programmes zur Beseitigung von Gefahrenstellen auf Straßen und Wegen
  - Durchführung von Maßnahmen zur Beseitigung von Winterschäden
  - Instandsetzung und Unterhaltung von Deichverteidigungsstraßen und dazugehöriger Sperreinrichtungen
  - Instandsetzung des Marschbahndammes als Teil des Europa-Radfernweges
  - Unterhaltung Fahrbahnmarkierung/Verkehrsleiteinrichtungen
  - Koordinierung, Planung und Umsetzung Straßenbau- sowie Straßenverkehrsbehördlicher Anordnungen
  - Unterhaltung und Neuanlage von Containerstandorten
  - Überprüfung und Unterhaltung der nichttragenden Bauteile an Brückenbauwerken
  - Bearbeitung von Trassenanträgen von Leitungsunternehmen
- Durchführung Pilotprojekt Gehwegüberfahrten

### **Unterhaltungsmaßnahmen Grün**

- Führung und Aktualisierung des Straßenbaumkataster
- Kontrolle und Pflege der Straßenbäume und des Straßenbegleitgrüns
- Führung und Aktualisierung des Spielgerätekatasters
- Kontrolle und Pflege der Kinderspielplätze, Grünanlagen und Dauerkleingartenanlagen
- Umsetzung von Maßnahmen aus den Pflege- und Entwicklungsplänen für den Eichbaum-park, Marschbahndamm, Fleetgrün Allermöhe-Ost, an der Sternwarte / Schorhöhe und Grünes Zentrum Lohbrügge, sowie deren Fortschreibung
- Durchführung von Pflege- und Verkehrssicherungsmaßnahmen in Naturschutzgebieten
- Arbeiten in Amtshilfe auf Liegenschafts- und Sportflächen sowie in Dienstgärten
- Pflege- und Unterhaltung des Bergedorfer Friedhofes mit Durchführung des Gruftbetriebes
- Ausbildung von Landschaftsgärtnern

### **Forstprojekte**

- Außenaufnahme aller Wege und Außengrenzen, mit Erstellung einer Dokumentation und eines Maßnahmenkatalog zur Verkehrssicherungssituation
- Maßnahmen zur Verkehrssicherung in den Forsten gemäß Maßnahmenkatalog
- Umsetzung der forstlichen Pflegeplanung aus der Forsteinrichtung
- Durchführung des FSC-Hauptaudits für die FHH
- Kontinuierliche Wegeinstandsetzung, insbesondere nach Starkwetterereignissen
- Aufarbeitung von Sturmholz
- Läuterung der Außengrenzen als vorgezogene Verkehrssicherung
- Durchführung des Weihnachtsbaumverkaufs mit Rahmenprogramm



- Etablierung Schmuckgrün- und Brennholzverkauf
- Einsatz von Selbstwerbern
- Durchführung von Gruppenführungen

### **Wasserwirtschaftliche Maßnahmen**

- Vorbereitung und Ausführung von diversen Grundinstandsetzungen am Staatlichen Be- und Entwässerungssystem in den Vier- und Marschlanden
- Grundinstandsetzung Schulbrooksbek, 2. Bauabschnitt, Erneuerung einer Uferwand
- Bau eines Sandfangs am Knollgraben, in Planung
- Monitoring bis 2017 Regenwasserbehandlungsanlage am Bornmühlenbach
- Gewässerbezirk Gauert: Abbruch von 4 Brücken und Ersatz von 3 Brücken, im Bau, abgeschlossen
- Regenwasserbehandlungsanlage Sander Damm, Ausführung abgeschlossen
- Erweiterung Schöpfwerk Kiebitzbrack, Kontrakt mit LSBG, abgeschlossen
- Entschlammung Fleete Wohngebiet Allermöhe, Planung und Vergabe
- Erneuerung der Rechenreinigungsanlagen an den Schöpfwerken Allermöhe und Eichbaum, Planung und Vergabe
- Verbesserung der Leittechnik zur Überwachung der wasserwirtschaftlichen steuerbaren Anlagen (Pumpen und Wehranlagen)
- Herrichtung binnenseitiger Schutzstreifen nach Ankauf der Flächen und Übernahme in den Deichgrund, fortlaufend.

### **Landschaftsbauprojekte**

- Planung und Bau einer Kleingartenanlage für den B-Plan Bergedorf 108/Altengamme 11, 1.+ 2. Bauabschnitt abgeschlossen, 3. Bauabschnitt in Planung
- Weiterentwicklung der Planung / Konzeption von Wegeverbindungen und Grünanlagen (Ost und West) am Schleusengraben im Rahmen des Projektes Erschließung der Schleusengrabenachse
- Vorbereitung und Ausführung der Grundinstandsetzung von diversen Spielplätzen und Grünanlagen, z.B. Spielplatz Brookdeich und Spielplatz von-Halen-Straße, Außenanlagen am Rieckhaus
- Abschluss der Arbeiten zum 7. Bauabschnitt – Parkanlage - für den Stadtteilpark Neuallermöhe-West,
- Ausbau des Reitwegenetzes im Bezirk im Rahmen der ELER-Förderung
- Historischer Rundwanderweg Zollenspieker im Rahmen der ELER-Förderung

### **Ordnungswidrigkeiten und Ermittlungen**

Die 2015 neu eingerichtete OWI-Zentrale mit 3 Ermittlern im Außendienst hat schwerpunktmäßig die Überprüfung von nicht zugelassenen unbefugt abgestellten Kraftfahrzeugen im gesamten Bezirksamtsbereich vorgenommen. Ein weiterer Einsatzschwerpunkt waren die anlassbezogenen Kontrollen in Bezug auf die Einhaltung der Hamburgischen Bauordnung, welche für das Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt durchgeführt werden. Daneben erfolgten verschiedene Überprüfungen in den Bereichen Grün- und Erholungsanlagen, Gewässer und weiteren Themenfeldern. Insgesamt wurden 1909 Vorgänge in 2016 bearbeitet.



## Kennzahlen MR

<b>Unterhaltung Straße</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Angaben zum Anlagenbestand Fläche der zu unterhaltenden Haupt- und Bezirksstraßen einschl. Nebenflächen in m <sup>2</sup>	5.565.000	5.582.000*	5.582.000*

\*Grundlage digitales Straßenkataster aus 2015

<b>Unterhaltung von Brücken und Ingenieurbauwerken</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Angaben zum Anlagenbestand Flächengröße in m <sup>2</sup>	44.262	44.262	44.262
Anzahl	465	465	465

<b>Unterhaltung Gewässer und Deiche</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Angaben zum Anlagenbestand: Flächengröße in ha	437	662	669

<b>Unterhaltung Straßenbegleitgrün</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Angaben zum Anlagenbestand Flächengröße m <sup>2</sup>	2.866.000	2.866.000	2.866.000
Anzahl der Bäume	24.199	24.289	24.331

<b>Unterhaltung öffentlicher Grünanlagen</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Angaben zum Anlagenbestand Flächengröße m <sup>2</sup>	4.129.342	4.129.342	4.129.342
Anzahl	193	193	193

<b>Unterhaltung Kleingärten</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Angaben zum Anlagenbestand Flächengröße in m <sup>2</sup>	2.049.895	2.049.895	2.049.895
Anlagen	23	23	23

<b>Friedhof</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Angaben zum Bestand Flächengröße in m <sup>2</sup>	621.887	621.887	621.887



<b>Naturschutzgebiete</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Angaben zum Bestand NSG Flächengröße in ha	1.200	970*	970*

\* Fläche ohne NSG Boberger Niederung (BUE)

<b>Forst</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Angaben zum Bestand Bergedorfer Gehölz, Geesthang, Sander Tannen, Geesthacht (Edmundstal), Großensee Flächengröße in ha	296	296	296

<b>Amtshilfen <sup>1)</sup></b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Ausgaben	244.466		
MR5 Grabenunterhaltung LIG und Kulturbehörde	17.750	76.071	95.500

1) Unter Amtshilfe fallen z.B. Arbeiten für fremde Rechnung, Schnee- und Eisbeseitigung, Herrichtung von Depotcontainerstandorten

<b>Sondernutzungen KFZ</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Anzahl d. unerlaubten Sondernutzungen KFZ	605	662	578
Anzahl der Ordnungswidrigkeit-Verfahren	79	108	97

## Übersicht Ausbildung und Beschäftigungsmaßnahmen

<b>Ausbildung, Beschäftigungsmaßnahmen</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Anzahl Auszubildende Ga La Bau Verwaltung	7	9	6
Anzahl § 16 SGB - Mitarbeiter bei kooperierenden Freien Trägern (Sprungbrett)	8	8	8
Praktikanten im Landschaftsbau	5	3	3
Internationaler Bund	20	20	20
Alsterarbeit im Grünbereich	10	10	10
Praktikanten im Forstbereich	3	5	5



### **4.3 Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt (VS)**

	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Beschäftigungsvolumen	19,18	18,26	20,4

#### **Aufgabe und Entwicklung in 2016**

Die 2015 durchgeführte Optimierung des Konzeptes zur Bekämpfung einer Tierseuchenkrise sah schwerpunktmäßig vor, die im Konzept vorgesehenen bezirklichen und fachbehördlichen Organisationseinheiten zeitlich beschränkt auf die Bekämpfungsmaßnahmen räumlich in der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) zusammenzuführen. Ziel war die Nutzung kurzer Wege und damit einhergehend eine beschleunigte und inhaltlich verbesserte Zusammenarbeit mit den eingebundenen Einheiten. Diese konzeptionellen Änderungen waren Gegenstand einer Aufbau- und Ablaufübung in der BGV, die maßgeblich vom Fachamt mit der BGV koordiniert wurde. Die Übung konnte am 13.9.16 erfolgreich absolviert werden.

Auch bei der Bewältigung der seit 20.11.16 in Hamburg aufgetretenen aviären Influenza (Geflügelpest) kam das Fachamt seiner Federführungsrolle im Zusammenhang mit der Tierseuchenbekämpfung nach. Alles in allem zeichnete sich das Jahr 2016 durch zahlreiche Aufgaben im Zusammenhang mit der Tierseuchenbekämpfung aus, die mit einer erheblichen Bindung von Personalkapazitäten verbunden waren.

Das Fachamt eröffnete ab September 2016 ein Interessenbekundungsverfahren für die Durchführung der Bergedorfer Hafenmeile ab 2018. Das Verfahren endete am 15.12.2016 ohne dass eine Bewerbung vorlag. Dies zeichnete sich schon kurz vorher ab, so dass im Einvernehmen mit dem Fachausschuss für Wirtschaft und Arbeit entschieden wurde, die Kriterien für die Durchführung zu überarbeiten und das Interessenbekundungsverfahren im Januar 2017 erneut zu starten.

Die bis 2014 vom Bezirksamt ausgeführten Volksfeste (Frühjahrsmarkt Bergedorf, Herbstmarkt Lohbrügge, Spieker Pfingstmarkt, Spieker Herbstmarkt sowie die Weihnachtsmarktbereiche Alte Holstenstraße Lohbrügge und Bergedorfer Markt) wurden in 2015 und 2016 erfolgreich von der WAGS Hamburg Events GmbH durchgeführt. Die Spieker Märkte stellen die WAGS dabei weiterhin vor besondere Probleme, da die Marktfläche auf dem Sülzbrack durch eine Verwendung für die Flüchtlingsunterbringung auf unabsehbare Zeit für Veranstaltungen nicht mehr zur Verfügung steht. Die Ersatzfläche auf den Parkplätzen des REWE-Marktes am Süderquerweg wird nach derzeitiger Kenntnislage auf absehbare Zeit nicht mehr zur Verfügung stehen. Das Fachamt ist bei der Suche nach einer Ersatzfläche behilflich.

### **Gewerberecht, Marktwesen, Lebensmittelüberwachung 2016**

#### **Gewerbe- und Ordnungsrecht**

Die Abteilung ist u.a. zuständig für Erlaubnisse nach der Gewerbeordnung in Verbindung mit diversen Spezialgesetzen sowie für Ordnungswidrigkeitenverfahren, Entzug von Erlaubnissen und Gewerbeuntersagungsverfahren. Außerdem werden die Verwaltungsverfahren zur Umsetzung des Hundegesetzes und des Passivraucherschutzgesetzes ausgeführt.

Das Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt hat 2016 weiterhin daran mitgewirkt, eine möglichst vollständige Erfassung der Hunde in Bergedorf zu gewährleisten und damit für



mehr Sicherheit (u.a. Einhaltung der Haftpflichtversicherungspflicht) im Umgang mit den Tieren beizutragen. Zum 31.12.2016 waren in Bergedorf 5.939 Tiere im Hunderegister erfasst. Diese Zahl erscheint nicht realistisch. Es ist davon auszugehen, dass viele Hundehalter bei Wegzug oder Tod des Tieres die Abmeldung versäumen. Daher wurden in 2016 die Daten von Hunden der Geburtsjahrgänge 1996 und älter gelöscht. Denn es ist davon auszugehen, dass diese Tiere nicht mehr leben. Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Hundegesetzes wurde 2016 keine Haltungsverursachung ausgesprochen.

Insgesamt wurden 46 Hundehalter schriftlich aufgefordert, ihrer Meldepflicht nach dem Hundegesetz nachzukommen. Zwangsmittelverfahren zur Durchsetzung der Anzeigepflicht waren in 2016 nicht erforderlich. In 2016 wurden insgesamt 18 Befreiungen von der allgemeinen Anleinplicht erteilt.

Sechs Hunde wurden von der Erlaubnispflicht nach § 14 Absatz 1 Hundegesetz befreit. In fünf Fällen handelt es sich um Hunde der sog. Kategorie 3, deren Gefährlichkeit durch einen Wesenstest widerlegt werden konnte. Eine Erlaubnis wurde für die Haltung eines Hundes der sog. Kategorie 1 erteilt. Haltungsverbeschränkende Maßnahmen, wie z. B. die Anordnung des Besuchs einer Hundeschule, wurden auch in diesem Jahr nur in sehr geringem Maße erforderlich. In den meisten Fällen sind Ermahnungen und damit verbundene Hinweise auf die Einhaltung der Aufsichts- und Anleinplicht ausreichend.

Alles in allem bleibt festzustellen, dass das Hundegesetz auch in 2016 erfolgreich umgesetzt wurde und Wirkung zeigt. Hinweise auf nicht gemeldete Hunde erhält das Fachamt hauptsächlich durch Beschwerden und Polizeiberichte. In der Vergangenheit waren rd. 46% der Verfahren nach dem Hundegesetz Einladungen zur Rasseprüfung und Aufforderungen zur Anmeldung. In 2016 lag der Anteil bei 80%.

Im Bereich des Jugendschutzes hat sich die Anzahl der festgestellten Verstöße gegen das Jugendschutzgesetz nicht wesentlich verändert. Verstöße festzustellen bleibt weiterhin schwierig, da die Jugendlichen oft ihre Quellen verschweigen. Eine eindeutige Beweisführung ist dann kaum möglich. Insgesamt wurden 2016 lediglich zwei Bußgeldverfahren eingeleitet, davon ging es einmal um Alkohol und einmal um Tabakwaren.

Die Einführung des Hamburgischen Spielhallengesetzes vom 04.12.2012 stellte den Abschnitt auch 2016 wieder vor besondere Herausforderungen. Das Gesetz beinhaltet zahlreiche Übergangsvorschriften und bedarf wegen der zahlreichen unbestimmten Rechtsbegriffe umfangreicher Abstimmung zwischen der Fachbehörde und den Bezirksämtern, um eine präzise und einheitliche Rechtsauslegung zu gewährleisten. Im September 2016 trat die Verordnung zu Verfahren über die Erteilung von Erlaubnissen zum Weiterbetrieb von Bestandsunternehmen nach dem Hamburgischen Spielhallengesetz (Spielhallen-Weiterbetriebserlaubnisverordnung – SpielWeiterbetrErlVO) in Kraft. Darin enthalten ist die Ausschlussfrist 1. Dezember 2016 für die Antragstellung. Für alle Bergedorfer Spielhallen liegen Anträge fristgerecht vor. Es geht nun um die Frage, welche Betriebe tatsächlich am weiteren Verfahren teilnehmen. Die Stadt Hamburg rechnet mit einer Reihe von Klageverfahren, es wird nach wie vor angestrebt ein aussagekräftiges Musterverfahren zu führen.

Das Bestreben der Bezirksämter, eine zentrale überbezirkliche Erlaubnisbearbeitung einzurichten ist auf Grund fehlender Personalressourcen gescheitert. Um dennoch durch eine überbezirkliche Steuerung eine einheitliche Verfahrensweise sicherzustellen, wurde unter dem Vorsitz des federführenden Bezirksamtes Hamburg-Mitte im Dezember 2016 eine Steuerungsgruppe ins Leben gerufen, die sich zusammensetzt aus dem Leiter des Bezirksamtes Hamburg-Mitte und den jeweiligen Fachamtsleitern aus den Bezirken.

Die bisher bewertete und unverzichtbare Arbeit des Arbeitskreises Spielrecht (bestehend aus Vertretern der Fachbehörden BWVI, BGV und Sachbearbeitern der Bezirke) wird ebenfalls unter Federführung des Bezirksamtes Hamburg-Mitte fortgeführt.

Aufgrund der vorgegebenen Priorität und der daraus resultierenden starken Beanspruchung des Personals in Sachen Spielhallengesetz, konnte die Wahrnehmung anderer Aufgaben nicht mit



der eigentlichen gebotenen Intensität wahrgenommen werden. Dennoch konnte der Abschnitt 2016 17 Gewerbeuntersagungsverfahren abschließen. Ferner waren 32 Verfahren einzustellen, weil die Gewerbetreibenden u. a. entweder Gegenstand eines Insolvenzverfahrens waren oder durch intensive und erfolgreiche Beratungen die Zuverlässigkeit im gewerberechtlichen Sinne in der Betriebsführung wiederherstellen konnten. Zum 31.12.2016 waren darüber hinaus noch 34 Verfahren anhängig, von denen einige ruhen, weil den Gewerbetreibenden nach erfolgter Beratung die Gelegenheit gegeben wird, ihre Zuverlässigkeit unter Beweis zu stellen.

Seit Februar 2012 ist die Einrichtung von speziellen Raucherräumen in Speisegaststätten wieder zulässig. Die Gastronomie in Bergedorf hat sich aber offensichtlich entschieden, davon kaum Gebrauch zu machen. In 2016 wurden drei nicht zertifizierte Raucherräume bekannt, die Betreiber wurden aufgefordert, die Zertifikate nachzuweisen.

Verstöße gegen das Rauchverbot in Gaststätten gibt es kaum. Zwei Hinweise auf Verstöße erwiesen sich als haltlos.

Das Rauchen in Spielhallen ist zwar nach § 2 Abs. 1 Nr. 13 Passivraucherschutzgesetz verboten. Jedoch stellt der Verstoß nach wie vor keinen Ordnungswidrigkeitentatbestand dar. Somit kann der Verstoß auch nicht mit einem Bußgeld geahndet werden. Ob der Weg der Ordnungsverfügung mit Zwangsgeldfestsetzung durchsetzbar ist, muss sich noch zeigen. Von zwei Zwangsgeldbescheiden hat bislang nur einer Rechtskraft erlangt.

## Kennzahlen

<b>Passivraucherschutzgesetz</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Hinweise auf Missstände	3	2	4
Anzahl der Beratungen	2	2	4
<b>Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Festsetzungen von Veranstaltungen nach § 69 GewO (Marktfestsetzungen ohne Wochenmärkte)	24	24	22
Zahl der Beschwerden, die auf Außennutzung von Gaststätten zurückzuführen sind	2	2	2
Zahl der gaststättenrechtlichen Erlaubnisverfahren	157	146	147
davon Vollkonzessionen (Erlaubnisse nach § 2 GastG)	37	26	21
davon Tageskonzessionen (Gestattungen nach § 12 GastG)	85	106	100
Gewerbeuntersagungen, Erlaubniswiderrufe und -versagungen	43 <sup>8</sup>	22	17
Spielhallenstandorte	16	15	15
Spielhallen	28	27	27
vorhandene Geldspielgeräte in Spielhallen (ohne in Gaststätten aufgestellte Automaten)	294	288	288
Sondernutzungserlaubnisse nach dem Hamb. Wegegesetz	24	22	25
Ausnahmen von der Sperrzeit	6	5	3

<sup>8</sup> 32 Gewerbeuntersagungen und 11 Erlaubniswiderrufe



Weitere Arbeitsbereiche	2014	2015	2016
Vorgänge nach dem Hundegesetz, in denen Handeln gefordert war; davon wurde	154 <sup>9</sup>	93	133
die Hundehaltung reglementiert (Leinen- und Maulkorbzwang)	1	3	2
die Haltung eines „gefährlichen Hundes“ verboten oder wegen „Unzuverlässigkeit“ eines Halters untersagt	1	2	0
Freistellung von der Erlaubnispflicht nach § 14 (widerlegbar gefährliche Hunde – Kat 3)	7	5	5
Sicherstellung oder Tötung	2 <sup>10</sup>	2 <sup>10</sup>	0
Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet	71	47	45
Weitere Ordnungswidrigkeiten-Verfahren nach anderen Rechtsgrundlagen (z.B. GewO, GastG, KrW-/AbfG und JuSchG)	115 <sup>11</sup>	112	88
Ausstellung von Fischereischeinen	330 <sup>12</sup>	396 <sup>13</sup>	399 <sup>14</sup>

## Lebensmittelüberwachung und Marktwesen 2016

### Lebensmittelüberwachung

Mit der Kontrolle von Lebensmitteln, Kosmetik, Tabak und Bedarfsgegenständen leistet die Lebensmittelüberwachung einen aktiven Verbraucher- und Gesundheitsschutz im Spannungsfeld zwischen den wirtschaftlichen Interessen von Anbietern und Gewerbetreibenden auf der einen und dem Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher an einwandfreier und gesundheitlich unbedenklicher Ware auf der anderen Seite.

Die Aufgabe Lebensmittelüberwachung wird hauptsächlich im Außendienst durch die Lebensmittelkontrolleure wahrgenommen, die mit einem Anteil von ca. 30 % zusätzlich auch in der Gewerbeüberwachung, u. a. in der Kontrolle der Spielhallen nach dem Hamburgischen Spielhallengesetz i. V. mit der Spielverordnung tätig sind.

Erneut mussten viele Betriebe wegen verschiedener Auffälligkeiten mehrfach aufgesucht werden. Im Vordergrund der Lebensmittelüberwachung steht nach wie vor eine präventive Beratung, Ursachenermittlung bei Missständen sowie die Entwicklung einzelfallbezogener Lösungsansätze unter sorgfältiger Abwägung der unterschiedlichen Interessenlagen und Gefahren. Die Bergedorfer Lebensmittelkontrolleure setzen dabei ihr umfangreiches, durch langjährige Erfahrung erworbenes Fachwissen, ihre Betriebskenntnisse und ihre Kommunikationsfähigkeiten ge-

<sup>9</sup> 71 Bußgeldverfahren weg. verspäteter Anmeldung u.a., 28 Aufforderungen zur Anmeldung, 22 Einladungen zur Vorführung zwecks Rasse- oder Gefährlichkeitsbestimmung, 33 weitere Verfahren

<sup>10</sup> lediglich Sicherstellungen zur Gefahrenabwehr, keine Tötung

<sup>11</sup> Durch Aufgabenverlagerung konnten gerade im Bereich der Gewerbeordnung festgestellte Ordnungswidrigkeiten konsequenter verfolgt werden, dies auch unter dem Gesichtspunkt, dass weniger Verstöße nach dem HundeG bekannt werden.

<sup>12</sup> Im Einwohneramt wurden 242, von VS 88 Fischereischeine ausgestellt.

<sup>13</sup> 223 Fischereischeine wurden von VS ausgestellt, 173 im Einwohneramt.

<sup>14</sup> 292 Fischereischeine wurden von VS ausgestellt, 107 vom Einwohneramt



zielt ein Der Zielerreichungsgrad für die Anzahl der Probenentnahmen (Soll-Ist-Vergleich) wurde auch in 2016 übertroffen. Der Anteil der zu beanstandenden eigenen Probenentnahmen hat im Vergleich zum Vorjahr um 20 % abgenommen. Die Beanstandungen anderer Lebensmittelkontrollbehörden, die sich auf Hamburger Betriebe beziehen, haben sich dagegen fast verdoppelt. Die addierte Anzahl der Beanstandungen ist jedoch nahezu unverändert. Die Anzahl der registrierten Lebensmittelbetriebe hat sich im Verhältnis zum Vorjahr um 361 (= 22%) verringert. Ursache ist die hamburgweite Regelung, Schaf- und Pferdehaltungen, Geflügelhaltungen unter 30 Tieren und Imker bis zu 2 Völkern aus der statistischen Betrachtung der Lebensmittelüberwachung herauszufiltern.

## Marktwesen/Wochenmärkte

In Bergedorf finden wöchentlich 6 staatliche Wochenmarktveranstaltungen statt, die von drei Marktmeistern hinsichtlich einer reibungslosen Marktorganisation verantwortlich betreut werden.

Trotz eines stetigen Wandels durch Zu- und Abgänge der Marktbesucher steht die Optimierung des Marktaufbaus und des Branchenmixes im Sinne des Kunden nach wie vor im Vordergrund.

Die Auslastungsgrade der Wochenmärkte haben sich im Vergleich zum Vorjahr im Durchschnitt leicht verringert. Es haben im Verlauf des Jahres einige alters- und gesundheitsbedingte Geschäftsaufgaben von Stammbesuchern stattgefunden. Außerdem war der Marktbetrieb auf dem Lohbrügger Wochenmarkt durch die von April bis Anfang September durchgeführten Umbauarbeiten räumlich eingeschränkt. Aus Platzmangel konnten während dieser Zeit an den Samstagen außer an die Stammbesucher grundsätzlich keine Flächen an Tagesbesucher vergeben werden. Die umgestaltete Marktfläche wird als Marktfläche wegen des Ausscheidens mehrerer Stammbesucher nicht mehr benötigt. Der Marktaufbau konnte verdichtet und somit attraktiver gestaltet werden.

Der Anteil der Dauerzulassungen ist je Markt und Markttag unterschiedlich, hat sich leicht erhöht und bewegt sich im Rahmen von 55 % bis 82 %.

## Kennzahlen

<b>Verbraucherschutz</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Gewerbebetriebe insgesamt:			
Davon	11.166	11.312	11.611
überwachungspflichtige Betriebe i. S. d. Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes (LFGB) einschl. Marktstände	2.682	2.682	2.637
In diesen Betrieben erfolgten insgesamt:			
Kontrollen und Beratungen	2.059	2.004	2.015
Probenentnahmen			
Soll	614	720	658
Ist	694	769	680
davon Beanstandungen	87	93	74
Weitere Beanstandungen anderer Lebensmittel-Kontrollbehörden	19	19	35
Zahl der registrierten <u>Lebensmittel</u> betriebe (inkl. Gewerberecht nicht meldepfl. Betriebe, z.B. Urproduktion, Kindertagesstätten, Krankenhausküchen)	1.899	1.668	1.307



hiervon kontrollierte Betriebe	1.048	855	975
Betriebe, die einer Kontrollpflicht nach § 22 Pflanzenschutzgesetz unterliegen	17	10	10
davon kontrolliert	0	10	0

Veranstaltung von bezirklichen Wochenmärkten	2014	2015	2016
Gesamtzahl der Wochenmärkte	307	305	311
Gesamtzahl der Stände über alle Markttag	13.724	13.453	12.446
Maximal mögl. Frontmeter aufgeteilt nach Märkten	Auslast. in %	Auslast. in %	Auslast. in %
Di / Bergedorf 534	70	76	73
Mi / Lohbrügge 530	70	76	73
Do / Bergedorf West 303	76	82	84
Fr / Bergedorf 534	83	91	89
Sa / Lohbrügge 530	81	87	84
Sa / Fleetplatz 224	46	49	50
Ø Auslastungsgrad über alle Märkte [%]	71	77	76

## **Veterinärwesen 2016**

Die Arbeit der Abteilung Veterinärwesen war auch im Jahr 2016 wesentlich geprägt durch Tätigkeiten in den Fachgebieten Tierseuchenbekämpfung und Tierschutz. Weder Tierseuchen noch Hinweise über Missstände im Tierschutz sind planbar und werden daher auch in Zukunft hier, im viehreichsten Bezirk Hamburgs, für einen erheblichen und kaum steuerbaren, gleichwohl zwingend zeitnah zu erledigenden Arbeitsaufwand sorgen.

Der Schwerpunkt der Aufgabenbewältigung lag auf Aufgaben zur Gefahrenabwehr. Dazu zählten anlassbezogene tierschutzrechtliche Kontrollen, die Bemühungen Hamburgs um die Anerkennung als BHV-1-freies Gebiet und die Bewältigung der Wildvogel-Geflügelpest.

### **Tierseuchenbekämpfung**

In den ersten beiden Quartalen stand die Anerkennung ganz Hamburgs als BHV1-freie Region gemäß Artikel 10 der Richtlinie 64/432/EWG im Fokus der Arbeit bei rinderhaltenden Betrieben. Hierzu erarbeiteten die Veterinäre des Fachamtes federführend für alle Bezirke die Allgemeinverfügung (BHV1-Verordnung) und nahmen an länderübergreifenden Besprechungen in Schleswig-Holstein teil. Außerdem gab es einen außerordentlichen Beratungsbedarf auf Seiten der Rinderhalter. Zum Ende des Jahres waren alle Voraussetzungen der Hamburger Rinderhalter erfüllt, um gemeinsam mit Schleswig-Holstein bei der EU einen Antrag auf Anerkennung als BHV1-freie Region zu stellen.

Als nächster Schritt folgt die formale Anerkennung durch die Europäische Kommission, anschließend ist die rechtliche Umsetzung der Anerkennung erforderlich. Erst dann ist Hamburg offiziell als BHV1-freie Region anerkannt und die Erleichterungen für BHV1-freie Regionen treten in Kraft.



Das überbezirkliche Tierseuchen-Krisenmanagement für Hamburg war in 2016 geprägt durch die weitere Arbeit an dem Organisationskonzept und die überbezirkliche Abstimmung dessen. Die Vorbereitung und Durchführung einer bezirksübergreifenden Tierseuchenübung in der BGV verursachte dabei einen nicht unerheblichen Aufwand. Zusätzlich nahmen die Veterinäre an mehreren Schulungen zum Thema TSN (Tierseuchen-Nachrichten) teil.

Seit 2015 verfügen die Fachämter der Bezirke über ein Veterinärverwaltungsprogramm (BALVI-Vet), dessen Einführung und Anwendung nach wie vor mit umfangreichen Arbeiten und Ausbildung der Anwender verbunden ist. Die Rolle Bergedorfs als überbezirklicher Ansprechpartner für das Balvi-Vet-Modul hat hierbei wieder <viel Zeit durch koordinierende Aufgaben gebunden.

Die Teilnahme Bergedorfs an dem europäischen Fortbildungsprogramm EuFMD (European Commission for the Control of Foot and Mouth Disease) zum Thema der Maul- und Klauen-seuche führte zu einer weiteren Inanspruchnahme der Abteilung.

Im letzten Quartal war die Abteilung Veterinärwesen fast vollständig mit den aus der Geflügelpest-Schutz-Verordnung resultierenden Aufgaben befasst.

Seit November 2016 ist die Geflügelpest (H5N8) bundesweit und somit auch in HH in Erscheinung getreten. Bei den aufgetretenen Fällen in Bergedorf und in den anderen Hamburger Bezirken handelte es sich um infizierte Wildvögel unterschiedlicher Arten. In diesen Fällen müssen nach der Geflügelpest-Schutz-Verordnung Sperr- und Beobachtungsgebiete verfügt und eingerichtet werden. Diese Aufgabe erfordert ein hohes Maß an Zusammenarbeit und Koordination mit allen Bezirken und der Fachbehörde. Des Weiteren sind die Geflügelhalter in den Restriktionszonen zu überwachen und Tiere stichprobenweise zu untersuchen. In der Bevölkerung entstand ein großer Informationsbedarf, weswegen verschiedene Hotlines eingerichtet und auch der Hamburg Service mit einbezogen wurden. Die Befriedigung des Informationsbedarfes der Hamburger Bürger erforderte hierbei zunächst einen sehr großen Zeitaufwand in der Abteilung Veterinärwesen, konnte dann aber zu einem Großteil auf den Hamburg Service verlagert werden, sodass eine Konzentration auf die wesentlichen tierseuchenrechtlichen Aufgaben gewährleistet war.

### **Tierarzneimittel**

Durch Regelungen im Zusammenhang mit Tierarzneimitteln (Antibiotikadatenbank) besteht weiter ein großer Beratungsbedarf auf Seiten der betroffenen Tierhalter, die Maßnahmenpläne vorzulegen und umzusetzen hatten.

Darüberhinaus wurden Tierarzneimittelrechtliche Kontrollen in den Nutztierbetrieben risikoorientiert durchgeführt.

### **Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Lebensmittelüberwachung**

Der gesundheitliche Verbraucherschutz beginnt bei der Gewinnung von gesundheitlich unbedenklichen Lebensmitteln in der landwirtschaftlichen Urproduktion und umfasst in der Folge alle Stufen der Lebensmittelverarbeitung und des Lebensmittelhandels bis hin zum Verbraucher. Anlassbezogen wird die Fachlichkeit der Tierärzte im Bereich Lebensmittelhygiene regelmäßig eingebracht.

Im Lebensmittelbereich agieren Betriebe an verschiedenen Standorten über Bezirks- und Ländergrenzen hinweg. Aus diesem Grunde mussten 2016 in Amtshilfe für ein anderes Bundesland wiederholt umfangreiche Nämlichkeitskontrollen in einem Bergedorfer Betrieb vorgenommen werden. Ziel dieser engen Zusammenarbeit ist es, Gesundheitsgefahren für den Verbraucher und mögliche Falschdeklarationen von Lebensmitteln zu verhindern.

### **Tierschutz**

Ein facettenreiches Aufgabengebiet ist die Überwachung der Einhaltung tierschutzrechtlicher Vorgaben. Bestimmte Einrichtungen wie etwa Tiertransportunternehmen, Wanderzirkusse, Pensionstierhaltungen, Tieraussstellungen aber auch landwirtschaftliche Nutztierhaltungen sind regelmäßig zu kontrollieren. Festzuhalten ist ein nach wie vor ungebrochenes Tierschutzbewusst-



sein in der Bevölkerung, welches zu einer hohen Anzahl an Tierschutzanzeigen führt. Aus solchen Tierschutzanzeigen entwickelten sich auch in 2016 einige „Dauerbrenner“, welche durch einen immer wiederkehrenden hohen Arbeitsaufwand gekennzeichnet waren.

Eine Neuerung im TierSchG ist der Erlaubnisvorbehalt für Organisationen, die Hunde oder Katzen aus dem Ausland nach Deutschland einführen und diese hier vermitteln. In Bergedorf erhielten zwei Organisationen eine solche Erlaubnis. Die Erteilung einer solchen Erlaubnis und Überwachung der Tätigkeit der Organisationen ist mit einem hohen Zeitaufwand verbunden.

Weiterhin ist die Erlaubniserteilung für Hundeschulen Thema bei bezirksübergreifenden Abstimmungen und in der täglichen Arbeit.

### Hunde- und Gefahrtiergesetz

Wie in den Vorjahren wurden zahlreiche Untersuchungen von Hunden sowie die daraus folgende Erstellung von gerichtsfesten Gutachten zur Rassefeststellung und Beurteilung von Hunden nach Beißvorfällen ausgeführt. Mit der Anfertigung von Stellungnahmen zu externen Gutachten und der fachlichen Beratung im Amt bezüglich Fragestellungen zur Durchführung des Hamburger Hundegesetzes wurde ein erheblicher Beitrag zur Rechtssicherheit anstehender Verwaltungsverfahren geleistet.

Die Auswirkungen des neuen Hamburger Gefahrtiergesetzes waren erfreulicherweise nur gering.

### Kennzahlen

Veterinärwesen	2014	2015	2016
Tierseuchenrecht Anlassbezogene Bestandskontrollen	28	24	113
Tierseuchenrecht Ausgestellte Atteste im Amt	165	170	105
Tierseuchenrecht Ausgestellte Atteste vor Ort	13	16	13
Tierseuchenrecht -Betriebskontrollen (z. B. Viehhändler, Betriebe gem. VO 1774/2002, Zolllager)	3	2	1
Tierseuchenrecht -Erfassung Tier- und Warenbewegungen für TRACES	1338	1151	130015
Tierschutz-/Tierseuchenrecht Überwachungen landwirtschaftlicher Nutztierhaltungen (Rinder, Schweine, Schafe/Ziegen, Pferde, Geflügel)	31	28	14
Tierschutzrecht -Kontrollen Tiertransporte	8	13	8

<sup>15</sup> Die Anzahl der erfassten Tier- und Warenbewegungen wird zentral von Altona geliefert und Lag zum Redaktionsschluss des Tätigkeitsberichtes noch nicht vor.



Tierschutzrecht -Kontrollen erlaubnispflichtige Betriebe einschl. Tierbörsen, Zirkusse	12	15	8
Tierschutzrecht -anlassbezogene Kontrollen	125	110	119
Tierschutzrecht -Erteilung von Erlaubnissen nach § 11 Tierschutz- gesetz und Genehmigungen gem. Tierschutzrechts- verordnungen	7	20	16
Ahndung von Verstößen -Anzahl Bußgeldbescheide, Verwarnungen	2	1	1
Ahndung von Verstößen -eingestellte Verfahren	0	0	2
Anzahl von Berichten, Stellungnahmen, Gutachten,	172	148	164
schriftliche Abmahnungen, schriftliche Anordnungen	12	4	1

### **Technischer Umweltschutz**

Aufgabe der Abteilung ist es, schädliche Einwirkungen auf die Umwelt zu unterbinden bzw. ihrer Entstehung vorzubeugen. Die Schwerpunkte liegen in den Bereichen:

- Überwachung der Badegewässer, technischer Bäder und des Trinkwassers insbesondere bei Eigenversorgungsanlagen und Hausinstallationen mit einer Abgabe an die Öffentlichkeit; Schutz des Bodens vor schädlichen Einflüssen,
- Schutz der Bevölkerung vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Lärm, Licht und Erschütterungen sowie Luftverunreinigungen (Immissionsschutz),
- Erhaltung des Bestandes an Wohnungen und deren Qualität unter Berücksichtigung der Anforderungen des Wohnraumschutzgesetzes.

Die Anzahl immissionsschutzrechtlicher Stellungnahmen insbesondere im Rahmen der Baugenehmigungsverfahren ist nach Wiederaufnahme dieses Prüfthemas in das vereinfachte Baugenehmigungsverfahren in 2016 um 20% gestiegen. Hierbei waren verschiedene immissionsschutzrechtliche Aspekte zu berücksichtigen. Sehr häufig mussten in diesem Zusammenhang mögliche Immissionen durch Lichtquellen und Tiefgaragen beurteilt werden. Erheblichen Raum nahmen auch weiterhin Diskussionen um die Beurteilung immissionsschutzrechtlicher Aspekte im Zusammenhang mit einer Verdichtung der Bebauung sowie an gewerbliche Nutzungen heranrückende Wohnbebauung ein.

Um einerseits die Organisation im Bereich des Fachamtes an die aller anderen Bezirksämter anzugleichen, aber auch eine Optimierung von Arbeitsabläufen zu erreichen, wurden die Verfolgung der Zweckentfremdung von Wohnraum vom WBZ in die Abteilung Technischer Umweltschutz übertragen und damit die Aufgaben des Wohnraumschutzgesetzes an dieser Stelle konzentriert. Im Gegenzug fand eine Verlagerung der Vollzugsaufgaben im Zusammenhang mit der Prüf-Verordnung aus der Abteilung für Technischen Umweltschutz in das WBZ statt.



## Kennzahlen

Technischer Umweltschutz	2014	2015	2016
Anzahl der Überwachungsvorgänge	376	448	442
Anzahl der Stellungnahmen	306	302	283
Anzahl der Anträge n. LärmSchG od. BImSchG	0	1	4
Bericht über bakt. Wasserqualität in öffentlichen + gewerblichen Schwimmbädern	190	152	170
Überprüfung von Hofstellen gemäß Düngemittelanwendungsverordnung	5	5	5
Beprobung von Hausinstallationen in Einrichtungen, die Trinkwasser für die Öffentlichkeit abgeben	12	22	20
Zukünftig an dieser Stelle: Darstellung Zahlen Wohnraumschutz/Zweckentfremdung	-----	-----	-----
Vorgänge Wohnraumschutz/Wohnungspflege	39	27	15

### 4.4 Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt (WBZ)

	2014	2015	2016
Beschäftigungsvolumen	36,44	37,27	38,45

Das Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt ist der zentrale Ansprechpartner für alle Aufgaben und Dienstleistungen im Zusammenhang mit bau-, umwelt- und gewerberechtlich zu beurteilenden Vorhaben. Dem Grundsatz „Dienstleistungen aus einer Hand“ folgend sind damit alle für Bauwillige, Unternehmen und Gewerbetreibenden wichtigen Genehmigungsaufgaben hier gebündelt. Gleichzeitig sind unter dem Dach des WBZ auch die Aufgaben und Servicefunktionen der bezirklichen Wirtschaftsförderung integriert. Als bezirklicher Federführer ist das WBZ Bergedorf außerdem Ansprechpartner und Koordinator für alle bezirksübergreifenden Grundsatzfragen sowie die zentrale Schnittstelle zu den Fachbehörden in Hamburg.

Prägende Themen für die Arbeit im WBZ waren im Jahr 2016 erneut der Wohnungsneubau sowie der Bau einer großen Flüchtlingsunterkunft am Mittleren Landweg. Mit 869 genehmigten Wohneinheiten hat das Bezirksamt Bergedorf das auf 800 Wohneinheiten erhöhte Ziel des Vertrages für Hamburg erreicht und sogar übertroffen.

Zur Umsetzung des Senatsauftrages vom Herbst 2015, wonach der Bezirk Bergedorf seinen Anteil zur Schaffung von Flüchtlingsunterkünften durch den Bau eines neuen Quartiers mit Platz für bis zu 2.500 Flüchtlingen am Gleisdreieck/Mittlerer Landweg zu erfüllen hat, ist das Baugenehmigungsverfahren mit integrierter Umweltverträglichkeitsprüfung samt Öffentlichkeitsbeteiligung in äußerst kurzer Zeit von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des WBZ durchgeführt und erfolgreich abgeschlossen worden. Bereits Ende Februar 2016 hat das WBZ die Teilbaugenehmigung für die Erdarbeiten erteilt, die Genehmigung für die Hochbauten ist Mitte April gefolgt. Voraussetzung für diese Leistung war eine intensive und konstruktive Zusammenarbeit sämtlicher Fachbereiche innerhalb des WBZ und der beteiligten Fachämter des Dezernates 4.



## Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing

Einen Schwerpunkt der Arbeit der Abteilung Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing stellte auch 2016 die Vermarktung und der Verkauf städtischer Gewerbeflächen dar. Die bezirkliche Wirtschaftsförderung kann insbesondere kleinen Unternehmen Gewerbeflächen ohne „gesamstädtische Bedeutung“ anbieten – ohne langwierigen Abstimmungsbedarf mit zentralhamburgischen Behörden. Das Bezirksamt ist außerdem in der Dispositionsrunde der Finanzbehörde vertreten und nimmt hier die Interessen des Bezirks wahr. In dieser Runde werden Vorentscheidungen über die Vergabe von „gesamstädtisch bedeutsamen“ Gewerbegrundstücken getroffen. Insgesamt wurden 2016 zwei bezirkliche und drei gesamstädtisch bedeutsame Flächen neu disponiert.

2016 konnten zudem zwei Verkäufe von Gewerbegrundstücken durch den Bezirk abgeschlossen werden. Der gesamte Prozess der Vermarktung, Vertragsverhandlung, Befassung der Kommission für Bodenordnung bis zur Beurkundung dieser beiden Flächen wurde durch die bezirkliche Wirtschaftsförderung erbracht.

Der Bestand der durch den Bezirk zu vermarktenden Gewerbeflächen beträgt ca. 6,7 ha Gesamtfläche. Diese Gesamtzahl beinhaltet u.a. auch aktuell disponierte Flächen und vermietete Flächen. Sie ist also nicht mit den zum Verkauf verfügbaren Flächen gleichzusetzen.

Im Jahr 2016 wurden folgende Dispositionen beschlossen:

<b>Tätigkeitsfeld</b>	<b>Belegenheit</b>	<b>Größe in m<sup>2</sup></b>
Gebäudereinigung	Allermöhe	2.072
Logistik	Allermöhe	6.531
Großhandel	Allermöhe	647
Tankstellentechnik	Brookkehre	1.674
Elektriker*	Helmut-Nack-Straße	480
Elektriker*	Helmut-Nack-Straße	1.400
Maschinenbau*	Mette-Harden-Straße	1.400
Landmaschinenreparatur	Mette-Harden-Straße	2.668

\*verlängert

Seit der Aufstellung des Gewerbeflächenkonzepts 2012 ist der Bestand an verfügbaren Gewerbeflächen im Bezirk merklich zurückgegangen, insbesondere weil zahlreiche Flächen erfolgreich vermarktet wurden. Nicht jedem ansiedlungsinteressierten Unternehmen kann derzeit ein passendes städtisches Flächenangebot unterbreitet werden. Daher müssen kreative Lösungen gefunden werden. Die Wirtschaftsförderung unterstützte deshalb eine Gruppe von Handwerksbetrieben bei ihrem Dialog mit Verwaltung und Politik, die einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan für einen neuen Gewerbestandort anstrebt.

Ein größeres Arbeitspensum nahmen auch 2016 die Tätigkeiten als Federführer für die Koordination zwischen Bezirken und Behörden ein. Dies umfasst die Vertretung der Bezirksinteressen in verschiedenen Hamburg-weiten Arbeitsgruppen, z.B. zu Themen wie BID (Business Improvement Districts), Gewerbeflächenkonzepte oder das neue Verfahren der bezirklichen Gewerbeflächenvergabe. Außerdem wurde eine Reihe von Stellungnahmen auf Anfragen der Politik sowie zu wirtschaftsrelevanten Strategiepapieren federführend erarbeitet. Darüber hinaus lassen sich weitere übergeordnete Tätigkeiten wie die Vertretung von Bergedorfer Standortinteressen im gesamt-Hamburgischen Kontext und die liegenschaftliche Immobilienkoordination nennen.

Die dritte Auflage des BID (Business Improvement District) Sachsentor ist 2016 mit einem neuen Aufgabenträger erfolgreich gestartet. Der BID-Antrag lag im April erneut aus und ergab eine geringere Widerspruchsquote als bei der ersten Auslegung Ende 2014.



Auch die Koordination und Aufsicht für das BID Alte Holstenstraße wurde im vierten Quartal durch die Wirtschaftsförderung fortgesetzt. Schwerpunkte der BID-Tätigkeit liegen in den Bereichen Marketing, Quartierspflege und Aufwertung des Innovationsbereichs (z.B. Weihnachtsbeleuchtung).

Über das Förderprojekt „Kurs Elbe. Von Hamburg bis Wittenberge“ wurde im April 2016 der dritte „Kurs Elbe-Tag“ mit wieder rund 10.000 Besuchern in Lauenburg durchgeführt, Bergedorf war als Projektpartner präsent. Auch im Rahmen des Hamburger Hafengeburtstags konnte sich Bergedorf in Kooperation mit den anderen Projektpartnern auf einem Gemeinschaftsstand präsentieren. Ebenso hat das Projekt Kurs.Elbe über das gesamte Jahr intensiv Öffentlichkeitsarbeit betrieben und eine Reihe von Werbemedien verteilt (Broschüren, touristische Ausflugsplaner, Homepage u.a.). Das durch die Metropolregion finanzierte Projekt gemeinsam mit Kreisen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern fördert den Elbe-Tourismus. Ziel ist es, die Region gemeinsam als Naherholungs- und Tourismusziel zu profilieren und ihre wasserbezogenen Potenziale zu stärken.

Die bezirkliche Wirtschaftsförderung leitete 2016 die „Lenkungsgruppe Tourismus“, in der sich die wichtigsten Tourismus-Akteure aus Bergedorf und den Vier- und Marschlanden engagieren, unter anderem der Wirtschaftsverband WSB und die Gemeinschaft Vier- und Marschlande GVM. Zielsetzung der Lenkungsgruppe ist, eine professionelle Struktur für die Vermarktung des Tourismus im Bezirk zu schaffen. Aufbauend auf gemeinsam mit der HAW erarbeitete Konzeptstudien konnten Fördermittel der Wirtschaftsbehörde erfolgreich beantragt werden, mit denen 2017 ein Tourismusmanagement finanziert werden soll.

Auch das Standortmarketing gehörte wieder zum Aufgabenspektrum der Abteilung. So wurden zahlreiche Aktivitäten zur Kommunikation der „Marke Bergedorf“ vorgenommen (u.a. Bewerbung von Veranstaltungen).

Die Vernetzung der Wirtschaft war auch 2016 wieder ein wichtiger Aufgabenbereich der Wirtschaftsförderung. Neben der Kontaktpflege zu Wirtschaftsverbänden (z. B. WSB, GVM) und einzelnen Unternehmen wurden verschiedene branchen- und standortbezogene Veranstaltungen organisiert. Darunter waren jeweils zwei Netzwerktreffen des „Initiativkreises Maschinenbau und Technik in der Region Bergedorf“ und des Unternehmensnetzwerks Allermöhe (UNA).

Auch 2016 wurde wieder eine „Bergedorfer Wirtschaftskonferenz“ in enger Zusammenarbeit mit Bezirkspolitik und Kammern durchgeführt. Diese bietet ein Forum für den Dialog zwischen Unternehmen, Politik, Verwaltung und Institutionen. Die Veranstaltung am 16. November im Haus in Park stand unter dem Hauptthema „Forschung und Innovation in Bergedorf: Was hat die regionale Wirtschaft davon?“ Die Veranstaltung mit rund 130 Teilnehmern stieß auf ein sehr positives Echo. Im Rahmenprogramm der Veranstaltung präsentierten sich Bergedorfer Forschungsinstitute mit Ständen im Foyer dem Publikum.

### **Bauaufsicht**

Die Bauaufsichtsbehörden (Bezirksamt/WBZ 2) sind Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet des öffentlichen Baurechts.

Die Aufgaben und Befugnisse der Bauaufsichtsbehörden sind in der Hamburgischen Bauordnung geregelt.

Bei der Erteilung von Baugenehmigungen überprüfen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von WBZ 2 auf Antrag die Vereinbarkeit von baulichen Anlagen mit den Vorschriften des öffentlichen Rechts, insbesondere solche des Bauordnungs- und Bauplanungsrechts. Im Rahmen der Baugenehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung prüfen und entscheiden sie abschließend über weitere Rechtsbereiche, für die andere Fachdienststellen verantwortlich zeichnen (z.B. Natur-, Landschaftsschutzrecht; Immissionsrecht, Wasserrecht etc.)

Im Bereich der Gefahrenabwehr schreiten sie gegen genehmigungsbedürftige, aber ohne Genehmigung erbaute, sogenannte "Schwarzbauten" ein. Außerdem können sie Maßnahmen zur allgemeinen Abwehr von Gefahren ergreifen, die beispielsweise von auffälligen Bauwerken



ausgehen. So können sie nach einer Anhörung des Betroffenen mit sofortiger Baueinstellung, Untersagung der Nutzung des errichteten Bauwerks, Auferlegen von Bußgeldern oder sogar einer Anordnung zum Abbruch der nichtgenehmigten oder baufälligen Bauten darauf reagieren. Bergedorf wächst, aber mit Augenmaß.

Neben der Prüfung und Genehmigung diverser gewerblicher und landwirtschaftlicher Bauten war auch die Prüfung und Genehmigung von Unterkünften für Flüchtlinge und Asylsuchende in 2016 erneut ein weiteres zentrales Thema für die Arbeit der Bauaufsicht.

Insbesondere die Koordination und Bearbeitung des Bauantragverfahrens zum „Neubau einer Unterkunft für Flüchtlinge oder Asylbegehrende mit der Perspektive Wohnen“ am Mittleren Landweg hat seit Herbst 2015 als herausgehobenes und bedeutsames Projekt die Aufgaben der Bauaufsicht und aller beteiligten bezirklichen Dienststellen entscheidend geprägt. Für dieses Projekt wurde im Frühjahr 2016 gerichtsfest eine Baugenehmigung erteilt.

Im Jahr 2016 sind 869 Wohneinheiten genehmigt worden. Damit ist die im „Vertrag für Hamburg- Wohnungsneubau“ für Bergedorf festgesetzte Zielzahl von 800 Wohneinheiten im vergangenen Jahr sogar übertroffen worden. Dies konnte maßgeblich durch die Genehmigung von Wohnungen im Geschosswohnungsbau in den Neubaugebieten am Reinbeker Redder und am Hirtenland (B-Pläne Lohbrügge 89 und 92), also durch die Anträge für größere Wohnbauprojekte, erreicht werden. Von den 869 genehmigten Wohnungen wurden allein ca. 350 Wohnungen in Lohbrügge am Reinbeker Redder genehmigt.

In den Vier-und Marschlanden bildet vorrangig die Klärung von planungsrechtlichen Abgrenzungsfragen zwischen Außen- und Innenbereich sowie von Fragen zur planungsrechtlichen Einschätzung der Einfügung von Bauvorhaben im Innenbereich den Gegenstand von Vorbescheids-Anträgen. Mit ca. 300 Vorbescheids-Anträgen (Vorjahr ca. 170) ist erneut ein deutlicher Anstieg festzustellen. Die vielen Vorbescheide machen es möglich, eine frühzeitige Klärung über die Bebaubarkeit herbeizuführen und so den Innenbereich sinnvoll zu verdichten und das Außengebiet vor Zersiedlung zu schützen. Die Vorbescheide haben hauptsächlich Wohnbauvorhaben zum Inhalt, das heißt das Wohnen im grünen Landgebiet ist und bleibt weiter attraktiv. Mit 303 genehmigten Wohnungen im Jahr 2016 (Vorjahr 267) wurde auch hier das Vorjahresergebnis übertroffen.

In 2016 wurden Umbaugenehmigungen für Ladennutzungen im Sachsenor, Am Mohnhof und in der Alten Holstenstraße erteilt. Im Bereich Alte Holstenstraße/ Ecke Reetwerder wird das alte Flachdachgebäude durch ein modernes an die denkmalgeschützten Nachbargebäude angepasstes Wohn- und Geschäftshaus ersetzt werden. Auch hier haben die Bauarbeiten 2016 bereits begonnen. Im Bereich des Vorhabengebietes „Bergedorfer Tor“ sind neben Büro- und Praxenflächen und betreutes Wohnen auch ca. 100 Wohnungen geplant.

Im Bereich Schleusengraben /Schilfpark wurden Vorbescheide für ca. 400 Wohnungen erteilt. Hier besteht die berechtigte Hoffnung, dass 2017 entsprechende Bauanträge gestellt werden.

Auf den bereits bebauten Gewerbegrundstücken werden weiterhin Erweiterungen, Umbauten und Aufstockungen vorgenommen, um die Betriebe an die veränderten Betriebsnotwendigkeiten anzupassen.

<b>Kennzahlen</b>		<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Wohnbauvorhaben		326	217	412
Anzahl genehmigter Wohnungen		572	588	869
Gewerbliche Bauvorhaben		183	523	477
Sonstige bauaufsichtliche Verfahren		954	916	921
Eingaben und Anfragen (neu)		120	121	879
Anzahl der Owi-Verfahren		2	14	2
Einnahmen in €	Soll	775.637	1.425.255	1.434.056
	Ist	880.179	1.355.776	2.035.241



## Service und Verwaltung

### **Kundenservice**

Als erste Anlaufstelle für jeden Besucher des WBZ ist der Kundenservice bestrebt, die Qualität seiner Arbeit ständig zu verbessern. Das Kundenfeedback-System wird laufend geführt und ausgewertet. Die Auswertung dieser Karten ergab auch im vergangenen Jahr durchweg positive Rückmeldungen. Besonders die schnelle Bearbeitung, die Kompetenz und die Freundlichkeit werden durch die Besucher hervorgehoben. Die erbrachten Anregungen und Verbesserungsvorschläge werden auf deren Nutzen und Umsetzung, unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen, geprüft.

Die Anzahl der persönlichen Vorsprachen ist in 2016 leicht angestiegen.

Auch im Jahre 2016 fanden diverse Veranstaltungen statt, für die ein besonderer Abstimmungsaufwand erforderlich gewesen ist.

Die Aktivitäten des Kundenservice werden quartalsmäßig gemessen und ausgewertet.

Die persönlichen Vorsprachen werden in der unterstehenden Tabelle dargestellt.

Neben der persönlichen Vorsprachen, werden immer mehr Anliegen auf dem elektronischen Wege erledigt, besonders im Bereich Sondernutzungen und Aufgrabescheine sind die persönlichen Vorsprachen in den letzten Jahren zurückgegangen, dafür erhöhte sich die Zahl der digitalen Anträge. Insgesamt waren es lt. BaCom –Verfahren rd. 1400 Sondernutzungsverfahren und 1.790 Aufgrabescheine, die in 2016 bearbeitet wurden.

### **Kennzahlen Kundenservice**

<b>Kundenservice</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Anzahl der <b>persönlichen</b> Vorsprachen gesamt	11.193	9.983	10.387
davon			
Gewerbeangelegenheiten (ohne Auskünfte)	3.739	3.281	3.592
Akteneinsicht / -ausleihe	557	504	558
Sondernutzungen, Wege und Grünanlagen	233	228	191
Aufgrabescheine	936	46	27
Hundeanmeldungen	245	209	293
Verlängerung der Fischereierlaubnis	643	606	630
Verkauf von Auszügen aus dem Liegenschaftskataster (seit 01.08.2009)	460	348	318
Gebühren Bauberatungen	364	317	465
Sonstige Anliegen	3.070	1.132	3.321
Terminvergaben für das Back-Office	1.293	3.212	991
Telefonkunden	13.494	10.259	11.193
Durchschnittliche Wartezeit	1,0 Min.	1,0 Min.	1,0
Durchschnittliche Bearbeitungszeit (ab 2010 erhoben)	10,5 Min.	11,5 Min.	13 Min.



## Verwaltung

Mit seinen vielfältigen Querschnittsaufgaben verbindet der Verwaltungsabschnitt alle Abteilungen des WBZ und versteht sich somit als interner Dienstleister des Dezernats 4.

In 2016 wurde die Aufgabenwahrnehmung in diesem Bereich überprüft und einer Optimierung unterzogen.

Das hatte zur Folge, dass die Aufgabe der Zweckentfremdung von Wohnraum mit dem Bereich Wohnungspflege bei VS zusammengeführt wurde. Weiter wurde die Überwachung von Tankanlagen für wassergefährdende Stoffe in den Bereich Bauprüfung verlagert.

Durch die verstärkte Bautätigkeit im Bezirk hat die Aufgabe der Hausnummernvergabe an Bedeutung gewonnen und einen erheblich höheren Arbeitsaufwand ausgelöst.

Im Bereich Schornstiefegerwesen verlagerten sich 2016 die Schwerpunkte weiter. Insbesondere die Fälle, bei denen ein ordnungsbehördliches Eingreifen notwendig ist, bilden mittlerweile den Aufgabenschwerpunkt.

Die Abarbeitung von Friedhofsangelegenheiten lief im Jahre 2016 ausschließlich mit dem digitalen Friedhofsprogramm. Die Rückstände bei der Altdatenerfassung in das Fachverfahren konnten 2016 durch den Einsatz von zusätzlichen Personalressourcen aufgearbeitet werden.

## Kennzahlen Verwaltung

<b>Friedhof</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Bestattungen gesamt	656	672	675
Erdbestattungen	237	248	235
Urnenbestattungen	419	424	440

## Umwelt

Die Abteilung Umwelt bearbeitet alle naturschutzrechtlichen Tatbestände im Rahmen des naturschutzfachlichen Bundes- und Landesrechts, insbesondere der Hamburgischen Baumschutzverordnung und der im Bezirk geltenden Landschaftsschutzverordnungen. Sie überwacht drei der Naturschutzgebiete im Bezirk (Kirchwerder Wiesen, Kiebitzbrack, Zollenspieker), setzt Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Rahmen des § 15 BNatSchG (Eingriffsregelung) fest und kontrolliert die Ausführung von Ersatzpflanzungen, Ausgleichsmaßnahmen und Festsetzungen in Bebauungsplänen. Darüber hinaus werden Große und Kleine Anfragen beantwortet und Stellungnahmen zu Senatsdrucksachen erarbeitet. Im Jahr 2016 waren dies die Drucksachen zur neuen Zuständigkeitsanordnung naturschutzrechtlicher Aufgaben in Hamburg und zum neuen Landschaftsschutzgebiet Stromelbe.

Die Abteilung Umwelt ist weiterhin zuständig für die vielfältigen Aufgaben im Bereich des Wasserrechtes. Sie trägt einerseits dafür Sorge, dass das Entwässerungssystem der Vier- und Marschlande funktionstüchtig bleibt bzw. Problemstellen wieder ordnungsgemäß hergerichtet werden. Im Gegensatz zu anderen Bezirken hat Bergedorf zudem umfassende Zuständigkeiten an Gewässern 1. Ordnung und nach Hafen- und Schifffahrtsrecht. Mit fast 12 km<sup>2</sup> Wasserfläche ist Bergedorf der wasserreichste Bezirk außerhalb des Hafens. Die reine Wasserfläche setzt sich zusammen aus 19,7 km Gewässer 1.Ordnung (Bille, Schleusengraben, Dove Elbe), davon 13,5 km schiffbar (Hafenrandgewässer); > 200 km Fleete, Hauptentwässerungsgräben und wichtige Vorfluter (z.B. Gose Elbe, Brookwetterung, Schulenbrooksbeek, Bornmühlenbach), davon 5,8 km schiffbar; ~1.600 km Siel- und Schaugräben; weitere 1.300 km sonstige Gräben. Insgesamt befinden sich über 3.000 km Gewässerstrecke im Zuständigkeitsbereich der Wasserbehörde.



Ein bedeutendes Schwerpunktthema war im Jahr 2016 insbesondere die Erarbeitung und Genehmigung einer geordneten Entwässerung für die Flüchtlingsunterkunft „Am Gleisdreieck“.

Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt stellten auch 2016 die wasserwirtschaftlichen Erschließungen neuer Wohngebiete in Ochsenwerder, Kirchwerder und Lohbrügge und deren dezentrale Regenwasserbewirtschaftung dar. Für die Bebauungsplangebiete Ochsenwerder 13 „Beim Avenberg“, Kirchwerder 30/Ochsenwerder 11 „BIG-Gelände“ und Lohbrügge 89 „Hirtenland“ sind 2016 die wasserrechtlichen Plangenehmigungen für die geplanten Entwässerungssysteme erteilt worden. Diese Systeme beinhalten zumeist die Herstellung natürlicher Rückhalteräume in Form von Becken oder typischen Vier- und Marschländer Gräben, sowie eine verzögerten/gedrosselten Abgabe an den nächsten Hauptvorfluter.

Ebenso stand im Jahre 2016 die Erweiterung/Neuerstellung von Windenergieanlagen im Fokus. In diesem Zusammenhang wurden bezirkliche Tätigkeiten von einer Beteiligung/Stellungnahme zum BImSchG-Verfahren bis hin zur Durchführung eines eigenständigen wasserrechtlichen Planverfahrens erforderlich.

Im Herbst 2016 wurden zwei Grabenschauen durch die Wasserbehörde vorgenommen. Der Sielgraben 15 in Curslack, welcher die Hauptentwässerung des Curslackter Heerweges bildet, wurde wieder auf seine wasserwirtschaftliche Funktion beschaute. Ebenso die Eschenhofsiedlung und deren Hauptentwässerungsgräben, die in den letzten Jahren zeit- und personalbedingt etwas vernachlässigt worden waren. Im Januar/Februar 2017 ist noch eine weitere Schau an der Oberen Bille geplant.

Im vergangenen Jahr wurden 357 Ausnahmegenehmigungen nach der Baumschutzverordnung erteilt. In gut 38 % der Fälle wurden Ersatz- oder Ausgleichspflanzungen angeordnet, um dem Verlust von Gehölzen entgegenzuwirken. Die Überprüfung der tatsächlichen Umsetzung von Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen ist in diesem Jahr vereinzelt fortgesetzt worden. Ein Schwerpunkt war in 2016 allerdings die Überwachung des Städtebaulichen Vertrages für den Bebauungsplan Ochsenwerder 13 hinsichtlich Naturschutzrechtlicher Belange. Der Investor hat sich bisher an den Zeitplan und die Vorgaben gehalten. Die Überwachung wird im nächsten Jahr fortgesetzt. Zusätzlich kamen zu den Ausnahmegenehmigungen nach der Baumschutzverordnung noch weitere 210 naturschutzrechtliche Verfahren (zumeist Genehmigungen nach der Landschaftsschutzverordnung) hinzu.

Für die Naturschutzgebiete Kiebitzbrack (35 ha), Zollenspieker (80 ha) und Kirchwerder Wiesen (860 ha) bearbeitet die Abteilung hoheitliche naturschutzrechtliche Fragestellungen und erteilt und überwacht Befreiungen nach § 67 BNatSchG sowie die ordnungsgemäße Ausführung von Maßnahmen, die nach den Naturschutzgebietsverordnungen freigestellt sind.

<b>Umwelt</b>		<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Naturschutz:				
Ausnahmen nach der Baumschutzverordnung (davon mit Auflagen zu Ersatzpflanzungen)		323 (95)	372 (143)	357 (137)
Ausnahmen und Befreiungen, Sonstiges in NSG		7	12	16
Ersatz und Ausgleich prüfen		119	42	5
Sonstige naturschutzrechtliche Verfahren (davon mit Auflagen zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen)		167 (32)	143 (41)	210 (45)
Gesamt		293	197	239